

14. Sitzung

Freitag, den 11. November 2011

Mainz, Deutschhaus

Landeshaushaltsgesetz 2012/2013 (LHG 2012/2013)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 16/519 –

Erste Beratung

dazu: Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2011 bis 2016

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 16/522, Vorlage 16/464 – 775

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/519 – wird zusammen mit dem Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2011 bis 2016 – Drucksache 16/522, Vorlage 16/464 – an den Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung der Fachausschüsse gemäß § 54 Abs. 3 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtags überwiesen.

826

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Frau Irene Alt, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Jochen Hartloff, Frau Ulrike Höfken, Dr. Carsten Kühl, Roger Lewentz; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Der Abgeordnete Christian Baldauf; Staatsministerin Frau Eveline Lemke; die Staatssekretärinnen Frau Margit Gottstein und Frau Jaqueline Kraege.

Rednerverzeichnis:

Abg. Dr. Weiland, CDU:.....	824
Abg. Frau Demuth, CDU:.....	825
Abg. Frau Klöckner, CDU:	775, 779, 812, 813
Abg. Hering, SPD:	788
Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	794
Abg. Schreiner, CDU:	813
Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	819, 820
Abg. Wansch, SPD:	816
Beck, Ministerpräsident:	800
Präsident Mertes:.....	775, 778, 788, 813, 816
Vizepräsident Dr. Braun:	799, 819, 820, 824, 825, 826
Vizepräsidentin Frau Klamm:	794, 812

**14. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 11. November 2011**

Die Sitzung wird um 09:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie herzlich zur 14. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Frau Dr. Tanja Machalet und Herrn Andreas Biebricher. Herr Biebricher führt die Redeliste.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Christian Baldauf, Frau Staatsministerin Lemke sowie Frau Staatssekretärin Gottstein und Frau Staatssekretärin Kraege.

Ich begrüße dieses Mal aus Vorsicht wegen der Redezeit die Gäste sofort. Ich heiße sehr herzlich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 126. Mainzer Landtagsseminar willkommen! Des Weiteren begrüße ich Bürgerinnen und Bürger aus der Mainzer Oberstadt. Herzlich willkommen im Deutschhaus!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung hatten wir bereits beschlossen. Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

**Landeshaushaltsgesetz 2012/2013 (LHG 2012/2013)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/519 –
Erste Beratung**

dazu:

**Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die
Jahre 2011 bis 2016**

**Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
– Drucksache 16/522, Vorlage 16/464 –**

Wir setzen nun die unterbrochene Beratung des Landeshaushaltsgesetzes mit der Aussprache fort. Die Aussprache wird traditionell von der Opposition eröffnet. Frau Klöckner, bitte schön, Sie haben das Wort.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland ist hervorragend – sogar weltweit am besten – aus der Finanz- und Wirtschaftskrise herausgekommen. Wir sind ein starkes Land, dank des Fleißes der Bürgerinnen und Bürger, dank auch der klugen politischen Entscheidungen der Bundesregierung

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Pörksen, SPD: Das fängt ja gut an!)

und dank des klugen Verhaltens der Tarifpartner.

(Beifall der CDU)

Ihnen verdankt Deutschland eine starke wirtschaftliche Dynamik bei annähernder Vollbeschäftigung. Dies ist handfest spürbar für die Bürgerinnen und Bürger, und es schlägt sich für den Staat auch in beträchtlichen Steuermehreinnahmen nieder. Es ist gut, dass wir uns darüber freuen können. Von diesen Mehreinnahmen profitiert auch Rheinland-Pfalz, und dies sogar ganz erheblich.

Herr Finanzminister Kühl, umso verwunderter waren wir, als Sie in Ihrer Rede eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts festgestellt haben wollen. – Wie kommen Sie zu diesem Ergebnis bei den sprudelnden Steuereinnahmen, bei der brummenden Wirtschaft und bei dieser Arbeitsplatzsituation? – Herr Finanzminister Kühl, ich weiß nicht, welcher volkswirtschaftlichen Lehre Sie anhängen, aber wer bei diesen günstigen Rahmenbedingungen von einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts spricht, der redet die Krise geradezu herbei.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist keine Frage, angesichts der Schuldenbremse – und es ist gut, dass wir die Schuldenbremse in unserem Haushalt verankert haben – wird die Politik der Gegenwart und der Zukunft anders aussehen müssen als bisher. Haushaltsdisziplin ist anstrengend: Weniger Geld zu verteilen bringt auch weniger Applaus, am wenigsten bei denen, die es trifft. Aber selbst beim Sparen kann man Schwerpunkte setzen, übrigens auch beim Ausgeben.

Herr Kühl, ich stimme Ihnen darin zu, was Sie gestern sagten: Es kann in Rheinland-Pfalz nicht mehr so weitergehen wie bisher. Sie haben auch recht damit, wenn Sie sagen, dass die Schuldenlast in unserem Land erdrückend hoch ist. Ich teile Ihre Ansicht, die Landesregierung muss umdenken.

Wir stellen fest und konstatieren, die Landesregierung gibt sich alle Mühe, bemüht zu wirken.

(Beifall der CDU)

Herr Minister, Sie haben diese Mühe in Ihrer Rede gestern authentisch widergespiegelt. Form und Inhalt waren gestern übereinstimmend, und Ihre Rede war an Enthusiasmus kaum zu unterbieten.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Ach, wie witzig! Ironisch
werden wir also auch noch!)

Sie wollen in dieser Legislaturperiode sparen, und dieses Mal soll es dann auch endlich soweit sein mit dem Sparen. Ihr Ministerpräsident hat das übrigens schon viermal angekündigt, aber jedes Mal kam dabei eine Rekordverschuldung heraus, die höher war als im Jahr zuvor.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kollegen, natürlich bemisst sich der Wert unseres Lebens und unseres Zusammenlebens nicht nur am Geld, das wir zur Verfügung haben; aber dennoch, finanzielle Spielräume haben erheblichen Einfluss auf die Zukunftschancen einer Generation. Wenn wir heute das Geld ausgeben, aber die Bezahlung der Rechnung anderen überlassen, dann ist das schlichtweg nicht fair, nicht gerecht und auch nicht nachhaltig.

(Beifall der CDU)

Natürlich schafft eine Generation von heute auch bleibende Werte für die Generation von morgen. Problematisch wird es aber dann, wenn die Weitergabe sich auf den wachsenden Schuldenberg konzentriert. Unsere heutigen politischen Entscheidungen und auch Nichtentscheidungen sind Grundlage für die Spielräume oder Nichtspielräume unserer Nachkommen.

Auch wenn Sparen wehtut, wir sind es der kommenden Generation schuldig. – Und warum? – Weil auch die Menschen der kommenden Generation das Recht haben, in Wohlstand, in Freiheit, in sozialer Wärme,

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Schlagen Sie doch einmal etwas vor!)

in einer intakten Umwelt und in einer sich entwickelnden Wirtschaft aufzuwachsen. Ärzte auf dem Land, Krankenhäuser in der Stadt, Schulen auf den Dörfern, Universitäten in den Städten, Pflege für Bedürftige, gute Straßen, Schienen und Brücken, sichere Nahrungsmittel, bezahlbare Energie –

(Ministerpräsident Beck: Und schönes Wetter!)

das und noch viel mehr muss im Sinne des Gemeinwohls auch noch in vielen Jahren möglich sein.

(Beifall der CDU)

Liebe Kollegen, dies muss nicht nur für einige wenige möglich sein, sondern für alle Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer. Deshalb müssen wir uns einschränken, damit andere auch noch Luft zum Atmen haben. Wir müssen daran mitarbeiten, dass unsere Nachkommen zu Recht einmal sagen: Die Männer und Frauen in Rheinland-Pfalz, die Verantwortung getragen haben, haben vieles angestoßen. Sie haben nicht alles richtig, aber auch nicht alles falsch gemacht.

Liebe Kollegen, unser Erbe darf nicht nur aus maroden Straßen und erdrückenden Schuldenbergen bestehen.

(Beifall der CDU)

Herr Minister, Sie wissen doch, die Staatsschulden in Deutschland sind die Schulden des Bundes, aber auch die der Länder, der Gemeinden, der Sozialversicherung, und umgekehrt trägt das Land Rheinland-Pfalz mit seiner Rekordverschuldung auch Mitverantwortung für die Finanzen des Bundes und in Europa. Das ist der Maßstab, den wir an diesen Landeshaushalt anlegen müssen. Die verfassungsgemäße Aufgabe der Opposition ist es, den Haushaltsentwurf der Landesregierung kritisch zu bewerten. Wir sind nicht dazu da, das Weihrauchfass

zu schwenken. – Das tun ungefragt sowieso schon die Koalitionsfraktionen.

Aber die Grundlage für jegliche Diskussion muss Ehrlichkeit sein, und diese Ehrlichkeit im Umgang mit Zahlen und die Anerkennung der Realitäten erwarten wir auch von der Landesregierung.

Herr Staatsminister Kühl, eines ist in Ihrer Rede gestern ausgefallen, nämlich eine Bestandsaufnahme, weshalb wir heute hier stehen und diese Last der Schulden zu schultern haben. 2012 ist das 21. Jahr, in dem eine SPD-geführte rheinland-pfälzische Landesregierung einen Landeshaushalt einbringt. Schuldenstand und Verantwortung haben also etwas miteinander zu tun und auch einen Namen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der CDU)

Sehr deutlich wird das dieser Tage wieder kurz vor der Einbringung des Haushalts, weil es vor allen Dingen die SPD-Kollegen waren, die sich in den Zeitungen haben feiern lassen und stolz noch nicht beschlossene Zuwendungen bereits verkündet haben. Deutlich wurde es auch in den vergangenen Jahren, weil sich Regierungsmitglieder immer gern zu Schlüsselübergaben, zu Spatenstichen, zu Banddurchschnitten sehen und feiern ließen. Dass dies geballt vor den Wahlen vorkam, war natürlich Zufall.

(Zuruf der Abg. Frau Elsner, SPD)

Aber dieser Zufall hat natürlich auch Väter und Mütter in nicht ganz so schönen Zeiten. – Also, bitte dann auch ein Bekenntnis zur Elternschaft in schlechten Zeiten, wenn die Rechnung kommt, verehrte Regierungskollegen! Dann haben auch Sie etwas damit zu tun.

(Beifall der CDU)

Denn in der 21-jährigen SPD-Herrschaft stieg die Schuldenlast von 10 Milliarden Euro auf sage und schreibe 35 Milliarden Euro an. In dieser Wahlperiode geht die Schuldenpolitik weiter; denn 40 Milliarden Euro sind mehr als 35 Milliarden Euro.

Kein anderes westliches Flächenland – das Saarland einmal ausgenommen – ist so rasant in die Schulden marschiert. Zugegeben, da haben die GRÜNEN ein schweres Erbe übernommen. Das möchte ich hier auch konstatieren. Die GRÜNEN müssen mit dem Haushalt und mit dem Erbe zurechtkommen, das sie vorgefunden haben. Deshalb schaue ich auch gerne einmal in Protokolle von ehemaligen Landtagsdebatten.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Jawohl!)

Was sagte jüngst noch Frau stellvertretende Ministerpräsidentin Frau Lemke – leider nicht da – am 25. Oktober 2011

(Pörksen, SPD: Da hätten Sie zuhören müssen!
Der Präsident hat sie entschuldigt!)

in einer Pressemitteilung? Ich zitiere: „Nachhaltig ist der Haushalt, weil er seriös finanziell unterlegt ist und nicht

zulasten von künftigen Generationen geht.“ Wohlge-
merkt, sie sagte das bei einer Neuverschuldung von
über 1 Milliarde Euro.

Interessant ist, was Frau Ise Thomas von den GRÜNEN
– damalige Fraktionsvorsitzende – an dieser Stelle in
einer Plenardebatte zum Haushalt sagte. Es ist im Land-
tagsprotokoll der 56. Sitzung in der 14. Wahlperiode
nachzulesen.

(Pörksen, SPD: Was Sie alles schon gesagt haben!)

Ich zitiere: „Dieser Haushaltsentwurf, verbunden mit
einer Neuverschuldung von mehr als 1 Milliarde Euro, ist
doch kein Ausrutscher, sondern die Fortsetzung des
Systems.“ Frau Lemke und Herr Köbler, Sie sind also
Teil des Systems Beck geworden!

(Beifall der CDU)

Aufgeschrieben hatte das damals übrigens Herr Stein-
bach.

(Zurufe von der CDU: Oh je!)

Herr Steinbach war Finanzreferent der damaligen Frak-
tionsvorsitzenden. Heute ist er finanzpolitischer Spre-
cher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der CDU: Oh! Oh!)

Ein kluger Mann – zumindest damals.

Verehrte Kollegen, der Landesrechnungshof findet deutliche
Worte für diese Mitgift. Diese deutlichen Worte hei-
ßen – ich darf zitieren –: „Angesichts der hohen Ver-
schuldung droht dem Land der Verlust seiner finanzpoli-
tischen Handlungsfähigkeit.“ Dass dem Land noch nicht
ganz die Luft ausgegangen ist, hat nur einen Grund:
eine so noch nie dagewesene lange Phase extrem nied-
riger Zinsen. – Aber hier tickt eine Zeitbombe – die Ge-
fahr, vor der der Landesrechnungshof auch so dringend
warnt. Steigen die Zinsen, ist es bis zu einer dramati-
schen Haushaltsnotlage gar nicht mehr weit.

Für einen erheblichen Teil der Altschulden müssen jedes
Jahr neue Kredite zu neuen Konditionen aufgenommen
werden. Jede Zinserhöhung in der Zukunft wirkt sich
schnell und auch unmittelbar auf unseren Landeshaus-
halt aus.

Für die bestehenden Schulden – damit man das einmal
vor Augen hat – zahlt dieses Land unter 21-jähriger
SPD-Herrschaft schon jetzt jedes Jahr 1,2 Milliarden
Euro bei niedrigen Zinsen. Das muss man sich noch
einmal vor Augen halten. 1,2 Milliarden Euro – so viel
kosten rund 20.000 Lehrer im Jahr. Rheinland-Pfalz hat
rund 40.000 Lehrer. Allein mit den Zinszahlungen wäre
fast die Hälfte aller rheinland-pfälzischen Lehrer finan-
zierbar.

(Beifall der CDU)

Von dem Verlust der finanzpolitischen Handlungsfähig-
keit ist es nicht mehr weit bis zur Unfähigkeit! Allein im

Zeitraum 2000 bis 2009 stiegen die Schulden um
sage und schreibe 38 %. In den fünf Jahren der SPD-
Alleinregierung waren es 23,4 %.

(Pörksen, SPD: Also besser!)

– Umso besser, sagt Herr Pörksen.

(Pörksen, SPD: „Also besser“ habe ich gesagt!)

Also das ist auch eine Frage, wie man ein Erbe mit stei-
genden Schulden weitergibt.

2008 war das Jahr der Rekordsteuereinnahmen. Jetzt
haben wir diese Rekordeinnahmen fast wieder erreicht.
Was macht die Landesregierung bei einer so konjunkt-
rell positiven Phase? Sie macht neue Schulden. Sie
bringt die Finanzen eben nicht in Ordnung.

Wann, wenn nicht jetzt, will sie denn die Schulden in
Ordnung bringen, wenn wir ein so hohes Einnahme- und
Steueraufkommen haben? Wann soll das geschehen,
wenn nicht jetzt, lieber Herr Beck? Wenn Sie nicht mehr
da sind?

(Beifall der CDU)

Neue Schulden werden gemacht, während andere die
Finanzen in Ordnung bringen. Das ist möglich. Das ist
kein Hexenwerk.

Fünf Länder haben in diesem Jahr mit Überschüssen
Altschulden getilgt: Bayern, Mecklenburg-Vorpommern,
Sachsen, Hamburg und Berlin. Vier Länder glichen den
Haushalt aus: Baden-Württemberg, Brandenburg, Sach-
sen-Anhalt und Thüringen. Und Rheinland-Pfalz? Rhein-
land-Pfalz macht immer mehr Schulden. Auch wer weni-
ger Schulden macht als geplant, weil es mehr Einnah-
men als geplant gibt, spart noch lange nicht und baut
auch keine Schulden ab. Er gibt nur weniger Geld aus.
Aber das ist noch kein Sparen.

(Beifall der CDU)

Es fließen mehr Steuern als angenommen. Das ist ein
günstiger, ein glücklicher Umstand, aber noch keine
Leistung, für die Sie sich hier feiern lassen können.

(Beifall der CDU)

Eines will ich festhalten: Die Einnahmen sind in Rhein-
land-Pfalz nicht schlechter als in anderen Bundeslän-
dern. Soweit mir bekannt ist, gelten in allen Bundeslän-
dern die gleichen Bundesgesetze.

(Ministerpräsident Beck: Das stimmt
zwar nicht, aber – –)

– Ich kann auch noch erwähnen, was Sie alles aus dem
Länderfinanzausgleich bekommen.

Trotzdem hat Rheinland-Pfalz eine überdurchschnittlich
hohe Verschuldung. Jetzt könnte man wohlwollend an-
nehmen – aber wirklich wohlwollend –, die Landesregie-
rung habe übermäßig in die Modernisierung und in die
Zukunft des Landes investiert. Das stimmt aber nicht.

Die hohen Ausgaben schlagen nur bei den Schulden zu Buche. Das viele Geld ist nicht ausgezahlt. Wir haben keine überdurchschnittliche Investitionsquote. Wir haben keine überdurchschnittlichen Arbeitsplatzangebote in Rheinland-Pfalz.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Landesregierung will ihre Ausgaben- und Steuerpolitik und ihre verfehlten Ansätze der vergangenen 21 Jahre sich selbst nicht eingestehen. Das ist die Ursache für unsere Misere, die die Kinder von morgen auszubaden haben.

(Beifall der CDU)

Das hat sogar den neutralen Landesrechnungshof dazu bewogen, mit einer Tradition zu brechen. Er verzichtet darauf, dem Haushalts- und Finanzausschuss die Entlastung für das Haushaltsjahr 2009 zu empfehlen.

So etwas hat es noch nie gegeben. So viel Schweigen an dieser Stelle ist ein sehr lautes Schweigen.

(Ministerpräsident Beck: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Die Stoppschilder, die der Rechnungshof aufgestellt hat, werden von der Landesregierung weiter achtlos überfahren. Zudem hat die Landesregierung mit immer ausgefalleneren Begründungen Ausgaben als „Investitionen“ deklariert.

(Ministerpräsident Beck: Die Rechnungsprüfungskommission! Aber man muss ja nicht alles wissen!)

– Herr Beck, jetzt hätte ich mich einmal über eine gescheite Zwischenbemerkung gefreut.

(Ministerpräsident Beck: Das ist eine gescheite, weil Sie gerade etwas Falsches behauptet haben! Sie haben die Rechnungsprüfungskommission mit dem Rechnungshof verwechselt! –

Licht, CDU: Die Schulden quälen Sie sehr! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Herr Beck, darf ich bitte einmal ausreden.

(Weitere Zurufe von Ministerpräsident Beck)

– Herr Beck, ich weiß, dass die Schulden quälen. Ich weiß, dass Ihnen das wehtut.

(Ministerpräsident Beck: Wenn Sie sagen, es war falsch, dann ist es doch in Ordnung!)

Dass die Rechnungsprüfungskommission – – –

(Weitere Zurufe von Ministerpräsident Beck)

– Herr Beck, also einigen wir uns darauf,

(Ministerpräsident Beck: Wir einigen uns auf nichts! Sie müssen sich korrigieren!)

dass es einmalig in der Geschichte ist, dass auch die Rechnungsprüfungskommission nicht die Entlastung empfohlen hat.

(Ministerpräsident Beck: Aha! Das sind zwei Paar Schuhe, Frau Klöckner!)

Wenn Sie sagen, das ist entspannt für Sie, wenn Sie sagen, dass Sie damit locker umgehen können, dann sieht man, dass Sie Ihre vergangene Zeit dazu genutzt haben, um immer wieder über die Wahlen hinwegzukommen und nicht der Wahrheit ins Auge zu sehen.

(Ministerpräsident Beck: Erklärt ihr doch einmal, wie das funktioniert!)

Wortverdreherei bringt uns so weit, wie wir heute am Nürburgring sind.

(Beifall der CDU – Zurufe von der SPD)

Herr Finanzminister, Sie haben in Ihrer gestrigen Rede mehrfach behauptet, der von Ihnen vorgelegte Haushalt halte die geltende verfassungsrechtliche Schuldengrenze ein

(Weitere Zurufe von Ministerpräsident Beck und des Abg. Dr. Weiland, CDU)

und sei deshalb verfassungskonform.

– Man merkt die Souveränität dieses Ministerpräsidenten nach all den Jahren.

Die Schulden sind Fakten, und über Fakten kann man sich nicht mehr hinwegsetzen.

(Beifall der CDU – Licht, CDU: Beim Thema „Rechnungshof“ sollten Sie lieber schweigen, Herr Ministerpräsident! –

Ministerpräsident Beck: Ich kann doch nichts dafür, dass sie nicht die Fakten kennt! –

Weitere Zurufe von Ministerpräsident Beck – Dr. Mittrücker, CDU: Herr Präsident, was ist denn los hier?)

Präsident Mertes:

Entschuldigung, meine Damen und Herren! In der Geschäftsordnung ist nicht festgehalten, dass von der Regierungsbank keine Bemerkungen gemacht werden dürfen.

(Dr. Mittrücker, CDU: Aber wenn wir sie machen, werden sie gerügt!)

– Es tut mir leid. Wenn Sie dazwischenrufen, rüge ich das auch nicht, allenfalls, wenn die Tonlage nicht stimmt.

(Frau Schneider, CDU: Wir sind immer noch im Parlament! – Weitere Zurufe von der CDU)

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Stilfragen kann man nicht in Gesetzesworte fassen. Das muss man schon selbst entscheiden.

(Starker Beifall der CDU –
Ramsauer, SPD: Das sagen ausgerechnet Sie!)

Herr Finanzminister Dr. Kühl, Sie haben in Ihrer gestrigen Rede mehrfach behauptet,

(Ramsauer, SPD: Ausgerechnet die, die nicht zuhört!)

der von Ihnen vorgelegte Haushalt halte die verfassungsrechtliche Schuldengrenze ein und sei deshalb verfassungskonform. Es handelt sich hierbei in der Tat um eine ganz zentrale Frage für die Bewertung des Haushalts; denn ein Haushalt, der noch nicht einmal die verfassungsrechtlichen Vorgaben einhält, ist allein deshalb für den Haushaltsgesetzgeber schlichtweg unannehmbar. Ich will es in aller Deutlichkeit formulieren. Ich teile Ihre Auffassung nicht.

Ich bin vielmehr der Überzeugung, dass Sie die geltende Schuldengrenze unserer Verfassung nur dem Anschein nach, und zwar unter Zuhilfenahme unzulässiger Buchungstricks und einer verzerrenden Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Lage, einhalten.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich kurz erläutern, wie ich zu dieser Einschätzung gelange, und nicht nur ich dazu gelange, sondern auch Experten,

(Zuruf von der SPD: Aus der CDU-Fraktion!)

die außerhalb dieses Parlamentes sind. Diese dürfen wir hinzuziehen. Wenn Sie Ihr Expertenwissen aus dem Ministerium beziehen, dann ist es uns erlaubt, auch auf Experten der Volkswirtschaft zurückzugreifen.

(Beifall der CDU –
Frau Mohr, SPD: Aus der Fraktion!)

Lassen Sie mich das kurz erläutern. Seit dem Jahr 2006, also dem Beginn der SPD-Alleinregierung, qualifizieren Sie die Zuführungen zum Finanzfonds für die Beamtenversorgung als Darlehen und ordnen sie somit den Investitionsausgaben zu. Weshalb tun Sie dies? Sie tun dies deshalb, weil die Höhe der Investitionen zugleich die Höhe der zulässigen Nettoneuverschuldung bestimmt. Mit anderen Worten, umso höher die Investitionen sind, umso höher ist auch die zulässige Nettoneuverschuldung. Was bedeutet das für Ihren Haushalt? Es ist ganz einfach. Rechnet man die Zuführungen an den Pensionsfonds aus den Investitionen heraus, dann überschreitet die Nettoneuverschuldung Ihres Haushaltes die verfassungsrechtlich zulässige Grenze und ist damit dann verfassungswidrig.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, nach den geltenden haushaltsrechtlichen Bestimmungen ist es äußerst fragwür-

dig, Zuführungen zum Pensionsfonds, letztlich also Personalausgaben, als Investitionen im Sinne der Haushaltsordnung einzustufen.

Der Rechnungshof hat in seinem Jahresbericht auf vielen Seiten dargelegt, was für ein komplexes Vertragskonstrukt von Ihnen um den Finanzierungsfonds kreativ herum gebaut worden ist. Das ist ein Konstrukt, das nur einem einzigen Zweck dient, nämlich der Verschleierung der eingegangenen Risiken und der Vermeidung von Transparenz, damit Haushaltsehrlichkeit einziehen kann.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, zu Recht wurde die Undurchsichtigkeit der Finanzmärkte beklagt. Darüber haben wir gesprochen. Übrigens hat das fast die Hälfte Ihrer gestrigen Rede eingenommen, über den Bund und die Finanzmärkte statt über Rheinland-Pfalz zu reden und eine Bestandsaufnahme zu machen. Die Undurchsichtigkeit an den Finanzmärkten, die bewusste Verschleierung von Finanzprodukten und die bei dieser Verschleierung enthaltenen Risiken wurden zu Recht als Ursachen für die Finanzkrise beschrieben.

Genau denselben Vorwurf aber muss sich die rheinland-pfälzische Landesregierung selbst gefallen lassen. Sie verschleiern bewusst die finanziellen Risiken Ihres Haushalts. Das hat damals übrigens auch Frau Ise Thomas gesagt, nachzulesen im Haushaltsprotokoll, geschrieben von Herrn Steinbach – damals ein guter Mann.

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Er wird jeden Tag besser!)

Ein besonders eklatantes Beispiel hierfür ist der Umgang mit den Finanzierungsfonds.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Der Herr Ministerpräsident ruft gerade herein – ich will es für das Protokoll noch einmal wiederholen –, dass wir den Gag schon einmal hatten. Soll ich Ihnen einmal sagen, welchen Gag wir schon einmal hatten? Der Nürburgring ist sicher und wird Geld verdienen; den Gag hatten wir auch schon einmal.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Mir ist klar, dass Sie das nicht mehr hören können. Aber wer schlechte Witze erzählt, muss darüber stehen, wenn man das nicht einhält. Sie hatten damals gesagt, wir werden Ihnen noch dankbar sein für den Nürburgring. Wir sind dankbar, wenn Sie endlich aufhören, uns zu belügen.

(Beifall der CDU)

Ein besonderes und eklatantes Beispiel hierfür ist der Umgang mit dem Finanzierungsfonds. Man kann durchaus die Auffassung vertreten, ein solcher Fonds dient dazu, die künftigen Versorgungslasten abzubilden und dadurch den nötigen Spardruck auf die aktuellen Haushalte zu entfalten. Das kann man vertreten.

Ich füge die Frage hinzu, ob die Bildung von Rücklagen in einer Situation der Neuverschuldung, einer solchen Neuverschuldung überhaupt sinnvoll wäre. Aber selbst wenn man einen solchen Fonds aus Gründen der Transparenz grundsätzlich für eine sinnvolle Einrichtung hält, dann haben Sie alles dafür getan, diese Transparenz zu zerstören. Schlimmer noch, Sie nutzen diesen Finanzierungsfonds, ein Instrument, das dazu dienen soll, im Hinblick auf die zukünftig kommenden Versorgungslasten einen Spardruck zu erzeugen, um die Nettoneuverschuldung zusätzlich zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, der Landesrechnungshof – ich zitiere ihn wieder, weil ich ihn für richtig und wichtig halte – hat dies in seiner ihm eigenen vornehmen Zurückhaltung wie folgt umschrieben – ich zitiere –: „Dem Fonds dürfte damit für die Zukunft jedenfalls im Hinblick auf die Haushaltsdisziplin keine entscheidende Bedeutung mehr zukommen.“ Ich will es etwas deutlicher ausdrücken. Einen Pensionsfonds für die Absicherung der Versorgung unserer Beamtinnen und Beamten dazu zu missbrauchen, um die zulässige Neuverschuldung zu erhöhen, ist eine Perversion des Versorgungsgedankens.

(Beifall der CDU)

Sehr geehrter Herr Minister, Ihnen und Ihren Mitarbeitern – das sind kluge Leute – ist das durchaus bewusst. Ich traue Ihren Mitarbeitern und den Beamten viel zu. Aber ich traue ihnen nicht bei dem, was Sie mit den Vorlagen machen und politisch interpretieren. Wie anders wäre es zu erklären, dass Sie in Ihrer gestrigen Rede den untauglichen Versuch unternommen haben, eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts herbeizureden; denn nur im Falle einer – ich zitiere die Landeshaushaltsordnung – ernsthaften und nachhaltigen Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ist ausnahmsweise die Überschreitung der verfassungsrechtlichen Schuldengrenze gestattet. Versucht hier gerade jemand, dafür vorzubauen, dass er die Schuldengrenze nicht einhalten kann?

(Beifall der CDU)

Es war wirklich bemerkenswert, wie Sie gestern auf der einen Seite die konjunkturelle Erholung mit einer sinkenden Arbeitslosigkeit und mit einem stetigen und kräftigen Wachstum benannt haben, dann aber auf der anderen Seite ohne rot anzulaufen eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts behauptet haben. Nun haben Sie auch noch das Pech, dass just in dieser Woche der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung seine Stellungnahme abgegeben hat.

Was ist das Fazit dieses Rates? Ich zitiere: „Die gute Verfassung des Arbeitsmarktes und das im internationalen Vergleich geringe Finanzierungsdefizit sowie die überaus günstigen Finanzierungsbedingungen bilden eine robuste Grundlage für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.“

Natürlich bleiben angesichts der schwelenden Staatsschulden noch Risiken. Wir alle hoffen, dass sich diese Risiken nicht verwirklichen werden. Eines bleibt festzu-

halten: In der jetzigen Situation der wirtschaftlichen Erholung noch von einer ernsthaften und nachhaltigen Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu sprechen, ist schlichtweg nicht nachvollziehbar. Das stellt vor allen Dingen einen verzweifelten Versuch dar, die unnötig hohe Nettoneuverschuldung noch irgendwie in verfassungsrechtliche Vorgaben zu pressen und in Einklang zu bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion wird im Rahmen der Haushaltsberatungen weiterhin externen Sachverstand hinzuziehen, und zwar auch juristischen, um genau zu dieser Frage die Meinung unabhängiger Experten zu hören und nicht nur derer, die im Ministerium ein politisches Ziel verfolgen.

(Beifall der CDU)

Halten Sie sich endlich vor Augen, dass es uns um das Thema „Transparenz“ geht. Man kann politisch unterschiedliche Schwerpunkte setzen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Aber Transparenz ist ein Gebot der Ehrlichkeit. Transparenz ist die Voraussetzung für ein gutes und ernsthaftes Miteinander. Halten Sie sich endlich vor Augen, dass Sie nicht über Ihr eigenes Geld verfügen und entscheiden, sondern das ist das Geld der Bürgerinnen und Bürger, die das in unserem Land hart erarbeitet haben. Diese haben ein Recht auf Transparenz.

(Beifall der CDU)

Sie haben sich vor den Bürgerinnen und Bürgern zu verantworten. Von Anfang an haben Wirtschaftsexperten und auch die CDU übrigens davor gewarnt. Das Großprojekt Nürburgring, so wie es die Landesregierung konzipierte, war nie und nimmer in die Gewinnzone zu bringen.

Sie haben einen Freizeitpark dahingestellt und aus dem Boden gestampft und über 300 Millionen Euro dort hinein investiert, um eine defizitäre Formel 1 zu finanzieren. Jetzt soll die defizitäre Formel 1 plötzlich den defizitären Freizeitpark finanzieren. Heute, gestern und vorgestern hören wir immer wieder Neues aus der Wundertüte Nürburgring.

Schön ist natürlich, wenn man sich die Presseartikel und die Zitate der damaligen zuständigen Minister ansieht. Jetzt steckt der Karren fest. Die Betreiber ziehen auf der einen Seite. Die Landesregierung zieht auf der anderen Seite. Es gibt Streit um Pacht und Tourismusabgabe, wüste Drohungen über Abbau von Arbeitsplätzen und Kündigung der Verträge, Millionenbeträge, die beide Seiten voneinander einfordern und nicht zahlen wollen. Jetzt kommt noch die Ankündigung hinzu, im Winter wird das Ringwerk dicht gemacht.

Herr Ministerpräsident, wie sagten Sie noch vor knapp einem Jahr hier im Plenum am 15. Dezember 2010 – da war ich noch nicht hier im Parlament, aber man kann es nachlesen –: „(...) wir haben alles, was in unserer Kraft steht, getan, um aus diesem Investment einen Erfolg zu

machen. Wir haben beste Chancen, dass es ein Erfolg wird.“ Wir haben alles in unserer Kraft Stehende getan. Vor dieser Kraft muss man wirklich Angst haben.

(Beifall der CDU)

Beck und Boris – das ist lange her. Der Nürburgring taugt nicht mehr länger für schöne Fotos als Kulisse. Jetzt dreht es sich bei Ihnen doch nur noch um die eine Frage, wen man jetzt als Sündenbock findet. Dabei hatten Sie noch im vergangenen Jahr gemeinsam mit Ihrem damaligen Wirtschaftsminister Herrn Hering die Betreibergesellschaft rund um die Geschäftsleute Lindner und Richter als Retter präsentiert. Sie hatten Millio-neneinnahmen für das Land versprochen. Sie hatten versprochen, für den Steuerzahler die 330 Millionen Euro an Investitionen durch hohe Pachteinnahmen ganz schnell wieder hereinzuholen.

Herr Ministerpräsident, unter Ihrer Regie entwickelt sich dieses Großprojekt zu einem riesigen Kassenflop.

Herr Hering, Sie stellten vergangene Woche sogar noch einmal in der Zeitung, im „Pfälzischen Merkur“ klar – ich zitiere –: „Am Nürburgring ist Geld zu verdienen.“

(Licht, CDU: Für wen?)

Das glaube ich Ihnen, dass da Geld zu verdienen ist, aber nicht für den Steuerzahler. Diejenigen, die am Nürburgring die gute Tradition hochgehalten haben, gehen nämlich leer aus. Die Pächter kriegen etwas, und der Steuerzahler finanziert das Ganze.

Meine Damen und Herren, Plan A ist gescheitert. Das war der Plan Deubel und Beck. Plan B ist gescheitert. Das war der Plan Hering und Beck. Plan C kommt jetzt. Das ist der Plan Lewentz und Beck. Dann kommen die Pläne D, E, F und G. Ich kann Ihnen versichern, die CDU-Fraktion

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Hat keinen Plan!)

freut sich über jeden einzelnen Euro, der an diesem Nürburgring verdient wird, weil dieser Euro nämlich den Menschen in der Region gehört.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister Kühl, Sie haben gestern so schön gesagt: „In unsicherer Zeit gibt das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm auch ein Stück Sicherheit.“ Wissen Sie, die Menschen in der Eifel, die Arbeitsplätze, die kleinen Unternehmer, die vom Ring leben, können Sie bei dem Stichwort „Sicherheit“ nicht gemeint haben. Man stelle sich einmal vor, in Ihrer gestrigen Haushaltsrede kommt der Nürburgring, das größte Infrastrukturprojekt des Landes und auch das Haushaltsrisiko des Landes, mit keinem einzigen Wort vor.

(Dr. Rosenbauer, CDU: So ist das!)

Sie erwähnen nicht, dass das Land für alle Verluste, die am Nürburgring entstehen, geradestehen muss, für die Verluste der Nürburgring GmbH, wenn der Betreiber die

Pacht nicht mehr zahlen kann, und als Bürge für die Investitionskredite der ISB, wenn der Schuldner Nürburgring GmbH Zins und Tilgung nicht mehr aufbringen kann.

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Ein-Themen-Partei!)

Herr Hering, Sie haben es fertiggebracht, einen Mann zum Betreiber des Parks zu machen, der zuvor nicht in der Lage war, auch nur eine einzige Bank mit einem einzigen Euro als Finanzier für diese Anlage zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund verdient ein weiteres Zitat von Ihnen, Herr Kollege, besondere Aufmerksamkeit. Sie sagten vorgestern auch – Zitat –: „Mit klugen Konzepten kann man die Anlage wirtschaftlich nutzen.(...) Wir erwarten von Geschäftsleuten, dass sie kreativ sind.“

Herr Hering, Sie waren doch erst Wirtschaftsstaatssekretär, dann Wirtschaftsminister, und es wäre doch Ihr Job gewesen, für ein klares Konzept derer zu sorgen, mit denen Sie zu tun hatten.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich die vergangenen Jahre auf dem Nürburgring Revue passieren lässt, dann scheint das Hauptproblem eben gerade nicht die fehlende Kreativität zu sein, sondern das war das Problem.

(Beifall bei der CDU –
Licht, CDU: Das war das Problem, genau!)

Die schnellste Achterbahn der Welt, ein ganzjähriger Giganto-Freizeitpark, arabische Scheichs und Onkel aus Amerika, märchenhafte Geschäftsmodelle und findige Finanzjongleure, eine bombastische Eröffnungsfeier mit einem Boris Becker und geschönte Zahlen von Besuchermassen. Offenbar wurden sogar den Wirtschaftsprüfern manipulierte Daten und Zahlen vorgelegt. Da war doch gerade ein ungeheures Kreativpotenzial am Werk. Was mich wundert, Herr Lewentz sagt doch zu allem etwas, aber dazu habe ich bisher von Ihnen noch nichts gehört.

(Beifall der CDU –
Staatsminister Lewentz: Jeden Abend
im Fernsehen!)

– Herr Lewentz sagt, er ist jeden Abend im Fernsehen. Das finde ich schön. Das gönne ich Ihnen.

(Pörksen, SPD: Nein, das tun Sie nicht!)

Aber erst einmal ist Ihr Platz hier im Plenum, um den Abgeordneten Rede und Antwort zu stehen. Das hätte ich erwartet, wenn Sie hier stehen.

(Beifall bei der CDU)

Schluss mit Illusion, vermeintlich kreativen Geschäftsmodellen und falschen Zahlenspielen. Wir brauchen solide Finanzen. Wir brauchen solide Planung. Wir brauchen verlässliche Fakten. Es ist wirklich endlich an der

Zeit, dass der rheinland-pfälzische Steuerzahler weiß, was mit seinem Geld passiert ist.

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Quatsch!)

Es ist beschämend, dass Frau Lemke als stellvertretende Ministerpräsidentin, die das Wirtschaftsministerium, wie sie selbst sagte, zur kleinen Staatskanzlei machen will, keinen einzigen Beitrag dazu geleistet hat, um Aufklärung an diesem Nürburgring nach der Wahl zu leisten.

(Beifall der CDU –
Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt doch nicht! Frau Klöckner, das stimmt einfach nicht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese kurze Bemerkung sei mir erlaubt, wahre Aufklärung ist etwas anderes, als lediglich 120 nicht öffentliche Untersuchungsausschussdokumente ins Internet zu stellen,

(Beifall bei der CDU)

übrigens unter der Verantwortung – ich zitiere, weil ich hörte, dass dieser Titel doch wichtig war – des „chief information officer“, zuständig für die gesamte IT der damaligen Landesregierung, der heute als Amtschef des Innenministeriums auch zuständig für die Innere Sicherheit des Landes ist.

(Zurufe von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Nürburgring birgt gewaltige Risiken für den Landeshaushalt. Ihre ganzen Zahlen dazu, die geplanten Pachteinnahmen, die Spekulationen, alles ist Verschleierung.

Wenn wir beim Punkt „Verschleierung“ sind, möchte ich auch etwas zum Thema „Hochschulvermögen“ sagen. Auch hier besteht wieder die Gefahr der Verschleierung, Stichwort „Ehrlichkeit bei den Finanzen“. Beim Hochschulvermögen ist nicht das drin, was draufsteht; denn von Vermögen ist hier überhaupt keine Spur. Drin sind in Wahrheit Kreditermächtigungen für den Landeshaushalt, die noch nicht in Anspruch genommen worden sind. Es gibt hier keine reale Geldeinlage, wie Sie das vormachen, die gar Zinsen abwerfen würde. Die Entnahme aus diesem Sondervermögen besteht lediglich darin, dass Kredite am Kreditmarkt aufgenommen werden aus den noch nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen, die in folgende Jahre übertragen wurden. Das ist kreativ, aber nicht transparent.

(Beifall der CDU)

Die Frage ist doch, ob man das ernsthaft als Vermögen bezeichnen kann. Das lenkt letztlich auch von der Verantwortung der Regierung ab. Sie fordern von der CDU-Fraktion immer wieder, Ihnen Einsparvorschläge zu Ihrem Haushalt zu präsentieren.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Zu Recht, völlig zu Recht!)

An dieser Stelle sage ich etwas, was ich heute gelassen hätte. Ich sage etwas zu Ihrer Art und Weise, wie Sie

diesen Haushalt eingebracht haben. Siebzig Stunden vor Einbringung des Haushalts – noch nicht einmal drei Tage vorher – bekamen wir 3.300 Seiten per Sackkarre in zwei Lieferungen vor die Fraktion gefahren. Ich mache gern mit Grubenlampen Nacharbeit und lese gern 3.300 Seiten durch.

(Ministerpräsident Beck: Nächstes Mal nehmen wir einen Handwagen!)

Dass die Landesregierung uns um Aufschub zur Einbringung des Haushalts gebeten hatte, da haben wir mitgemacht, weil der Haushalt verspätet eingebracht wird.

(Ministerpräsident Beck: Was?)

Wir haben aber umgekehrt gesagt, die Haushaltsberatungen – – –

– Gut, Sie waren im Ältestenrat nicht dabei, aber das bekommen Sie sicher durch Ihre Kollegen dann mit.

(Heiterkeit bei Ministerpräsident Beck)

Aber dass die Landesregierung dann umgekehrt nicht das einhält, was sie uns zugesagt hatte, dass wir nämlich frühzeitig den Haushalt bekommen, dass wir die Dateien zu diesem Haushalt bekommen,

(Zuruf von Staatsminister Dr. Kühl)

– dass wir die Dateien bekommen,

(Zuruf von Staatsminister Dr. Kühl)

– dass wir die Dateien bekommen, das ist weder fair noch gerecht noch nachhaltig, sondern das ist die Verschleierungstaktik.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Drei Tage vor der Einbringung des Haushaltes wurden uns 3.300 Seiten vorgelegt. Der Landtagspräsident hat zu Recht Wert darauf gelegt, dass wir wegen des Schulbesuchstags von den 70 verbleibenden Stunden auch noch Stunden in den Schulen verbringen.

Ich habe mir einmal angeschaut, wie das in anderen Ländern läuft. In Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen unter Schwarz-Gelb wurde der Haushalt zwei Wochen vor der Beratung zugeleitet. In Niedersachsen wurde der Haushalt Mitte August online zur Verfügung gestellt. Die erste Beratung im Landtag war am 13. September 2011. Am 1. September 2011 hatte die Opposition den gedruckten Haushalt vorliegen.

Sie wollen nicht, dass die Opposition, die nicht die Zeit hatte, mit Hunderten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern monatlang einen Haushalt vorzubereiten, vorher externen Sachverständigen hinzuziehen und bis zur Einbringung des Haushalts all Ihre Taschenspielertricks, die in diesem Haushalt enthalten sind, erkennen kann.

(Beifall der CDU)

So geht man mit einer Opposition und mit einem Parlament, in dem das Haushaltsrecht ein Königsrecht ist, nicht um. Es war in Rheinland-Pfalz immer spät, bis der Haushalt der Opposition zugeliefert wurde. Es war aber noch nie so spät wie in diesem Jahr, und das unter Mitwirkung der GRÜNEN. Das ist enttäuschend.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gehe auf die Schwerpunkte der Landesregierung ein und werde dann abschließend unsere Schwerpunkte vorstellen und ganz klar sagen, dass die Haushaltsberatungen ab heute beginnen. Der Haushalt wird im Februar und nicht heute verabschiedet.

(Ramsauer, SPD: Genau!)

Sie setzen falsche Schwerpunkte, z. B. in der Justiz. Sie wollen ein Oberlandesgericht einsparen. Sie haben erst Millionen Euro in ein neues Justizzentrum gesteckt und kurz danach die Schließung angeordnet. Warum?

Herr Ministerpräsident, es geht Ihnen nicht um Einsparungen, sondern Sie wollen einen persönlichen Rachezug führen. Sie opfern rechtsstaatliche Grundsätze Ihren Machtspielen, und Ihre Partei redet lediglich von einer Kommunikationspanne. Ihr Problem lag nicht in der mangelnden Kommunikation.

Die Betroffenen haben sehr wohl verstanden, was Sie sagen wollten. Ihr Problem liegt darin, dass die Justiz eine nachgeordnete Behörde ist und sie in Ihren Augen nicht unabhängig ist. Ich bin froh, dass Herr Graefen im Richterwahlausschuss eine entsprechende Zustimmung bekommen hat.

Herr Beck, ich freue mich auf Ihre Unterschrift auf dieser Urkunde.

(Beifall der CDU)

Sie haben angedeutet, dass man mit der Auflösung des OLG Koblenz rund 1,7 Millionen Euro einsparen könnte. Ich habe einen Gegenvorschlag.

Herr Hartloff, schauen Sie sich doch einmal den höheren Dienst im Justizministerium an. Sie selbst können dafür nichts – das will ich ganz bewusst sagen –, weil im Jahr 2006 ein anderer Justizminister, an den wir uns auch noch sehr gut erinnern, am Werk war. Von der Regierungsübernahme der Alleinregierung im Jahr 2006 bis zum Jahr 2011 sind die Personalkosten um etwa 12 % gestiegen. Das macht rund 1,2 Millionen Euro aus. Gegenvorschlag: Sparen Sie diese Summe ein! Dann müssen Sie kein OLG, das sich bewährt hat, auflösen.

(Beifall der CDU)

Ich komme zum nächsten Stichwort, nämlich falsche Schwerpunkte bei der Bildung. Es ist schon sehr bemerkenswert, was Sie unter den Ausgaben für Bildung zusammenfassen: Bildung, Versorgungsausgaben, Beihilfen und Schülerbeförderung. – Man kann darüber streiten, ob das Bildung ist.

(Hering, SPD: Natürlich ist das Bildung!)

Das ist sicherlich nicht der Fall, sondern eine Frage nach der Qualität der Bildung. Die Qualität von Bildung hat nicht nur etwas mit Geld, sondern auch mit Konzepten und Verlässlichkeit zu tun.

(Beifall der CDU)

Unter die Bildungsausgaben fällt noch ein neuer Posten mit rund 4 Millionen Euro; denn die Bummelstudenten sollen keine Gebühren mehr zahlen, sondern dürfen jetzt ewig studieren. Es ist verständlich, dass dies attraktiv ist. Als Student hat man einen günstigeren Zugang zur Krankenversicherung, freien Theaterbesuchen und ÖPNV sowie günstiges Mensaessen. Wer zahlt das alles? Das zahlen die Krankenschwester, die Verkäuferin und der Schichtarbeiter. Das verstehen Sie unter sozialer Gerechtigkeit? Ich nicht.

(Beifall der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion lehnt die Abschaffung der Studiengebühren für Langzeitstudentinnen und -studenten ab. Dieses Geld können wir einsparen.

Zu Ihrer Schwerpunktsetzung in der Bildung ist zu sagen, dass jeder Euro – hier sitzen wir alle in einem Boot – nur einmal ausgegeben werden kann. Ich habe darüber gesprochen, warum wir heute in der Lage sind, in der wir uns befinden.

Jetzt müssen wir uns fragen – das sage ich ganz bewusst zu den GRÜNEN, weil sie mit dem arbeiten und kämpfen müssen, was vorliegt –, wo wir den Euro in der Bildung einsetzen, den wir nur einmal haben. Die Investition in die Unterrichtsversorgung ist das eine. Wollen wir den Euro in billige Busfahrten zu einem Unterricht investieren, der nicht gehalten wird?

In den Haushaltsberatungen wird sich die CDU-Fraktion intensiv damit beschäftigen, ob die 16 Millionen Euro für kostenlose Busfahrten den Abbau von 2.000 Lehrerstellen rechtfertigen.

(Beifall bei der CDU)

Ist das Ihre soziale Gerechtigkeit, wenn der Chefarztsohn und die Notarstochter von den Kosten für die Schülerbeförderung, die durch den Pfortner, den Busfahrer und die Pflegekraft finanziert wird, befreit werden?

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Alle fahren kostenlos zur Schule, aber für mehr Qualität im Unterricht soll kein Geld da sein. Genauso wenig ist Geld für die Begabtenförderung vorhanden. Unter Rot-Grün ist im Haushaltsansatz die Begabtenförderung gestrichen worden. Ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, von sich auf andere zu schließen. Deshalb fördern Sie weiter das Busfahren statt die Begabtenförderung. Die neuen rot-grünen Maßstäbe für die Bildungspolitik teilen wir nicht.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Fuhr, SPD)

Für mich zeigt sich die Qualität von Schule auch daran, dass alle Begabungsspektren gleichermaßen gefördert werden. Das wäre gerecht und auch sozial.

(Zuruf des Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Eine kostenlose Schülerbeförderung ist für die Eltern zunächst einmal angenehm. Diese wird um den Preis einer verminderten Bildungsqualität erkaufte; denn das Gericht hat nicht gesagt, dass alle Kosten abgeschafft werden, sondern dass eine Gleichbehandlung stattfindet.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Also sollen alle zahlen?)

– Sie sind nachher noch einmal dran. Wir sagen ganz deutlich: Wenn man einen Euro nur einmal hat, muss man sich entscheiden, ob man ihn in kostenlose Busfahrten oder in die Qualitätssteigerung des Unterrichts steckt. Wir stecken ihn in die Qualitätssteigerung des Unterrichts.

(Beifall der CDU)

So viel zum Thema „Bildung“. Wenn wir von Bildung reden, geht es nie ohne das Elternhaus. Die Leistung eines Elternhauses kann der Staat niemals in Geld aufwiegen.

Frau Ministerin Alt, Ihre Aussage ist erschreckend. Das ist nicht persönlich gemeint, weil ich Sie und Ihren Umgang auch mit der Opposition sehr schätze. Das will ich an dieser Stelle bewusst sagen.

(Beifall der CDU –
Zurufe aus dem Hause)

– Sehen Sie, das ist das Problem der Koalition. Kritisiert man Sie, gibt's Schreierei. Lobt man Sie, gibt's auch Schreierei. Sie müssen sich irgendwann einmal entscheiden.

(Beifall bei der CDU –
Hoch, SPD: Das sagt die Richtige!)

Frau Alt, Sie haben in einer jüngsten Plenardebatte gesagt – ich zitiere Sie –: Noch so engagierte Eltern können die Chancen guter Kinderbetreuung nicht ausgleichen. –

Wissen Sie, mich hat dieses Misstrauen, das Familienbild und das Staatsverständnis erschreckt.

(Beifall der CDU)

Wo bleiben der Respekt und die Anerkennung für die Bildungs- und Erziehungsleistung der Eltern?

(Zuruf von der Regierungsbank)

Daran, dass jetzt der Minister hereinruft, da müsse man die Schulpflicht abschaffen, merkt man, wie schlicht doch Ihre Überlegung ist. Staat oder privat – dazwischen gibt es bei Ihnen gar nichts.

Dagegen verfolgen wir den Gedanken der Wahlfreiheit. Die Eltern sollen frei entscheiden können, welchen Weg sie bei der Erziehung gehen wollen. Das ist nämlich die richtige Schwerpunktsetzung für unser Land. In diesem Land geht es nur mit und niemals gegen die Eltern.

(Beifall der CDU –
Unruhe im Hause)

– Es ist interessant. Man merkt, an den Stellen, an denen es Ihnen wehtut und wir politisch andere Ansätze haben, dass bei Ihnen Temperatur hineinkommt. Ich bin sehr froh für Ihre Reaktion, damit das auch dokumentiert ist.

(Beifall bei der CDU)

Sie setzen – ich komme zum dritten Punkt – falsche Schwerpunkte bei den Kommunalfinzen. Herr Kühl hat gestern die Landesregierung als Retter der Kommunen dargestellt.

Sehr geehrter Herr Kühl, diese Meinung haben Sie wirklich ganz exklusiv, dass diese Landesregierung Retter der Kommunen ist.

(Beifall der CDU)

Rechnungshof, kommunale Spitzenverbände, Kommunalexperten, alle weisen auf die desaströse Finanzlage der Städte, Gemeinden und Landkreise hin. Die Lage ist nicht deshalb so schlecht, weil die böse Bundesregierung die Kommunen mit ihrer Sozialgesetzgebung maltreatiert, die Weltwirtschaft abgestürzt ist, böse Spekulanten die Finanzmärkte zerstört haben und die Kommunen nicht mehr atmen können, nein, sie ist so schlecht, weil Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der Landesregierung, seit 20 Jahren den kommunalen Finanzgleich plündern. Deshalb ist sie so schlecht.

(Beifall der CDU)

Denn wie anders wollen Sie die Tatsache erklären, dass die Kommunen in manchen Bundesländern bei Bundesgesetzen Überschüsse erwirtschaften?

(Zuruf des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie ist die Tatsache zu erklären, dass die Kommunen in Rheinland-Pfalz die zweithöchste Kassenkreditrate vor sich herschieben? – Das hat etwas mit Rheinland-Pfalz, das hat etwas mit der Landesregierung zu tun, sehr geehrter Herr Ministerpräsident.

(Licht, CDU: Ganz spezielle Entwicklung
hier in Rheinland-Pfalz!)

Sie sind in Rheinland-Pfalz doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller westlichen Flächenländer. Jetzt können Sie auch wieder sagen: Sie hat keine Ahnung. – Das machen Sie meistens – das wird nachher kommen; da freue ich mich schon drauf –, um abzulenken. Es gibt aber auch Zahlen und Fakten. Wenn man richtig rechnen kann, dann ergibt es genau das.

(Ministerpräsident Beck: Genau das ist es!
Das ist das Problem!)

Sie sind doppelt so hoch wie der Durchschnitt aller westlichen Flächenländer. Selbst die Gerichte bescheinigen Ihnen, dass die Finanzausstattung der Kommunen durch das Land mangelhaft ist.

Wenn Herr Beck sagt, das ist genau das Problem, dann ist Ihr Problem das mit der Justiz, dass Sie sich Urteile und Betrachtungen nicht zu eigen machen wollen.

(Beifall der CDU)

Dabei müssen die Kommunen für den Entschuldungsfonds zwei Drittel selbst bezahlen.

Halten wir doch einmal fest, der Bund wird ab 2012 schrittweise die Kosten für die Grundsicherung im Alter übernehmen. Aber das Land kürzt weiterhin auf Kosten der Kommunen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

So streicht das Land zum Beispiel die Zuschüsse, die im Rahmen der Umsetzung von Hartz IV an Entlastung beim Wohngeld gewährt wurden. Der Verlust für die Kommunen in Rheinland-Pfalz beträgt rund 20 Millionen Euro.

Von der Grunderwerbsteuer – – – Hier geht es nicht um die Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Wir lehnen nicht die Erhöhung der Grunderwerbsteuer ab. Wir lehnen aber ab, dass Sie die Grunderwerbsteuer erhöhen, den Kommunen nichts abgeben und bei der damaligen Erhöhung den Kommunen auch schon wieder den Anteil weggenommen haben. Das ist die Art von rot-grüner Politik, anderen in die Tasche greifen und dann zum Bund zeigen. Das wird nicht weiterlaufen.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum weiteren Punkt. Sie setzen die falschen Schwerpunkte bei der Wirtschafts- und Verkehrspolitik. Unternehmer und Verbände kommen zu uns und sagen, sie haben in dieser Landesregierung keine Stimme mehr. Ich will bewusst sagen, Herr Hering, das war unter Ihnen anders. Es war wirklich anders, weil man erlebt hat, dass man beim Flughafen Hahn einen Ansprechpartner hat.

(Zuruf des Abg. Hoch, SPD)

Ihnen hat man angemerkt, dass es Ihnen ein Anliegen ist. Das ist leider nicht mehr der Fall, und man merkt das bei den Streitereien zwischen Wirtschaftsministerium, Energieministerium und Infrastrukturministerium.

Ihre Wirtschaftspolitik, die keine mehr ist, gefährdet Arbeitsplätze. Es geht um die Sanierung bestehender Straßen und die Zukunft der Infrastruktur bei uns im Land. Die Landesregierung hat jedenfalls keinen geschlossenen stimmigen Plan. Was sie wirklich will, das bleibt im Dunkeln, hü und hott.

Da erklärt die grüne Wirtschaftsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin, wir werden keine neuen Straßen und Brücken bauen, obwohl ihr der Ministerpräsident die Zuständigkeit dafür entzogen hat.

Herr Lewentz hingegen erklärt, das Straßennetz wird ausgebaut. Tatsächlich hat er aber ein Straßenabbauprogramm vorgelegt. Die Frage ist nur, was denn jetzt gilt.

Frau Lemke ist sozusagen als stellvertretende Ministerpräsidentin die Vorgesetzte von Herrn Lewentz, wenn Herr Beck an der Mosel ist.

(Zurufe von der SPD)

Auf der anderen Seite ist Herr Lewentz der zuständige Fachminister.

Herr Lewentz, wir wissen, es ist ein schwieriges Terrain. Aber so ist Politik. Wenn man sich nicht grün ist, muss man sich schon irgendwie zusammenraufen. Ich wünsche Ihnen viel Glück, und mich würde interessieren, wie der Hochmoselübergang vorankommt.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Staatsministers Lewentz)

Um das Chaos in der Infrastruktur komplett zu machen, erklärt der Finanzminister obendrein, wir werden weiter investieren, aber weniger.

Ich komme auf den Anfangsgedanken zurück. Unser Land ist deshalb so erfolgreich aus der Krise gekommen, weil die Wirtschaft brummt. Damit Wirtschaft aber weiterhin brummen kann, braucht sie eine funktionierende Infrastruktur, und die lassen Sie jetzt verkommen.

(Beifall bei der CDU)

Das geht an die Wurzel des wirtschaftlichen Erfolges. Hinzu kommen Erschwernisse und Mehrbelastungen für die Wirtschaft.

Die Landesregierung plant pro Haushaltsjahr mit einem Konsolidierungsbeitrag von über 200 Millionen Euro und erweckt den Eindruck, diese würden durch Sparmaßnahmen erbracht. Das ist aber nicht der Fall, wenn man sich die Erhöhung der Grunderwerbsteuer und die Einführung des sogenannten Wasser-Cent anschaut. Sie haben Abstand genommen von dem sogenannten Kies-Euro – vielleicht kommt er noch –, weil man sich verfassungsrechtlich informieren muss. Ein Blick nach Nordrhein-Westfalen ist vielleicht ganz interessant. Interessant ist die Äußerung sicherlich auch in der Konsistenz.

Sie beklagen die Luftverkehrsabgabe, die für ganz Deutschland gilt, als wettbewerbsverzerrend. Umgekehrt wollen Sie aber einen Kies-Euro nur für Rheinland-Pfalz. Wenn das nicht wettbewerbsverzerrend ist, dann weiß ich nicht, welche Maßstäbe Sie anlegen, um Urteile zu treffen.

(Beifall der CDU)

Stichwort „Wasser-Cent“. Da wissen viele Unternehmen nicht, was auf sie zukommt. Zunächst stellt sich die Frage, ob dieser Wasser-Cent denn überhaupt sinnvoll ist.

(Dr. Weiland, CDU: Nein!)

Auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Land stellt sich hier.

Stichwort „Energiewende“. Hier fühlen sich viele Unternehmen von der Landesregierung schlichtweg im Stich gelassen. Es reicht eben nicht, dünne Kabel durch dicke Kabel ersetzen zu wollen.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es fehlt ein komplettes Konzept. Wenn man nicht bereit ist, einen Energiebericht und einzelne Schritte vorzulegen und sich überprüfen zu lassen, dann ist das Unsicherheit, ein atmosphärisches Ziel, das uns aber nicht weiterführen wird, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der CDU)

Das sind aber nicht nur allein unsere Befürchtungen. Wenn man Mittelständler und Großunternehmen glauben darf, hier stehen sogar – – Herr Ministerpräsident, ich weiß, dass Sie sich mit Unternehmern treffen und es in den Gesprächen auch ernst nehmen. Sie wissen, es stehen Milliardeninvestitionen auf dem Spiel. Sie wissen genau, von wem ich rede und wovon ich rede. Dies betrifft uns dann alle; denn eine Politik gegen die Wirtschaft ist auch eine Politik gegen die Menschen in unserem Land. Es ist eine Politik gegen wohnortnahe Arbeitsplätze, eine Politik gegen die Pendler.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich möchte von den GRÜNEN hören, ob sie wirklich zu den Vorschlägen von Cem Özdemir stehen, der gesagt hat, er will die Pendlerpauschale komplett abschaffen. Wenn das so kommt, wird das in Rheinland-Pfalz – wenn Rot-Grün im Bund jemals wieder dran sein sollte – ein starker, harter Schlag für die rheinland-pfälzischen Pendler werden.

(Beifall der CDU)

Sagen Sie ganz genau, wie Sie zur Pendlerpauschale stehen.

Herr Finanzminister, Sie haben gestern zu Recht festgestellt, der Umfang der Staatsleistung hängt entscheidend von der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes ab. Das stimmt. Aber dazu und dafür muss man auch etwas tun, damit sich die Wirtschaft hier entwickeln kann. Dazu gehören Innovation und Investition, und dazu gehört auch ein intaktes Infrastrukturnetz.

Herr Finanzminister, eines ist mir bei Ihrer Rede vorgestern so besonders plastisch in Erinnerung geblieben.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Gestern!)

– Was habe ich gesagt?

(Zurufe aus dem Hause: Vorgestern!)

– Entschuldigung.

(Pörksen, SPD: Ihre Rede ist von vorgestern!)

Jetzt darf Herr Pörksen auch einmal etwas sagen, weil er sich gestern nicht getraut hat, bei der Feuerwehr etwas zu sagen. Er ist nämlich immer der Grüß-Gott-Onkel.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Herr Pörksen ist gerne der Grüß-Gott-Onkel bei der Feuerwehr im Kreis Bad Kreuznach und erzählt, was es alles an Segnungen von dieser Landesregierung gibt. Es wird schwierig, wenn eine Frau Klöckner oder Frau Dickes das Landtagsprotokoll mit nach Bad Kreuznach nimmt. Deshalb haben Sie gestern erst einmal nicht gesprochen und waren außerhalb des Saales, als unser Kollege geredet hat. Das war auch ein klares Statement. Das muss ich ehrlich sagen. Eine starke Nummer.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Herr Finanzminister, noch einmal. Herr Kühl, also Sinn für Humor haben Sie. Ich mag Ihre subtile Art des Humors.

Er hat von der konsequenten Fortführung der nachhaltigen Konsolidierung gesprochen. Wenn er die nachhaltige Konsolidierung in 21 Jahren meint, dann ist das eine Nachhaltigkeit für die kommenden Generationen. Die denken an die Regierung, die ihnen das eingebracht hat. Das ist nachhaltig. Da haben Sie recht. Aber ich verstehe etwas anderes unter Nachhaltigkeit.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben vom roten Stadion und dem grünen Rasen gesprochen. Das war ein nettes Bild. Ich glaube, dass Daniel Köbler als Mainz-05-Fan sehr geweint hat, aber so schlimm wird es nicht werden.

Herr Kühl, es wundert mich schon, dass Sie auf diesem Umweg irgendwie durch die Hintertür wieder das Mainzer Stadion ins Spiel bringen. Dessen grüner Rasen soll oder will nicht mehr vom Ministerpräsidenten betreten werden.

(Unruhe im Hause)

Sie sagen, Sie hätten schon zwei wichtige Tore erzielt. Sie sprachen von den zwei wichtigen Toren, die Sie erzielt hätten, nämlich die verfassungsrechtlichen Ziele seien eingehalten worden – erstes Tor –, und Sie hätten – zweites Tor – wichtige politische Schwerpunkte gesetzt. Sie haben aber vergessen zu erwähnen, dass beide Tore nicht regelrecht erzielt worden sind. Beim ersten Tor, den verfassungsrechtlichen Zielen, gab es vorher ein grobes Foulspiel. Bei den Schwerpunkten haben Sie ganz klar die Abseitsstellung übersehen. Die Eigentore gehören übrigens auch zur Bilanz. OLG, Nürburgring, Schlosshotel, dazu haben wir gestern übrigens auch nichts gehört.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Einsparungen sind notwendig. Eingespart hat man nicht dann, wenn man nur weniger ausgibt.

Lassen Sie mich zu folgenden Punkten kommen:

1. Mit uns, mit der CDU-Fraktion, wird es keine kostenlosen Bummelstudien geben, weil das zulasten derer geht, die ihr Erststudium zügig durchziehen wollen.

2. Die sogenannte „Agentur für Qualitätssicherung“ (AQS) kann gestrichen werden. Sie hat ihren Zweck verfehlt.

3. Wir verlangen die Reduzierung der Ministerien. Wer ein OLG abschaffen will, der kann auch ein neues Ministerium wieder reduzieren. Dies führt zu Einsparungen in zweistelliger Millionenhöhe.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU –
Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist gelogen! –
Unruhe bei der CDU)

4. Kostspielige Sprungbeförderungen über mehrere B-Besoldungsgruppen, wie im Justizministerium und in der Staatskanzlei geschehen, kann man sich nicht mehr leisten, auch wenn es Parteifreunde sind.

5. Die Mitarbeiterschaft im Justizministerium ist in den vergangenen Jahren um rund 12 % angewachsen. Wir fordern, dass in allen Ministerien das Personal zurückgefahren wird. Die Treppe muss nämlich von oben gekehrt werden. Das gilt auch für die Staatskanzlei. Dazu sagt Herr Kollege Schreiner nachher sehr, sehr nachhaltige Dinge.

(Unruhe bei der SPD)

Es ist sehr interessant, sich den Haushalt der Staatskanzlei anzuschauen. Ich kann Ihnen nur raten, bleiben Sie nachher dabei. Sie werden wirklich Augen machen, was sich in der Staatskanzlei alles tut.

Die Mitarbeiterschaft im Justizministerium, aber auch in anderen Ministerien, muss zurückgefahren werden. Schauen wir nach Hessen. Dort hat man ein Personalbewirtschaftungskonzept als Pilotprojekt umgesetzt.

Wir haben Ihnen das mehrfach vorgeschlagen, um effektiv und effizient Personal in einer Zeit, in der sich die demografische Rendite auch in den Ministerien niederschlagen muss, sozialverträglich zu reduzieren.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin Dreyer sagte jüngst, es sei ungerecht, wenn nicht alle Ärzte ähnlich besoldet werden. Sie haben dafür geworben, dass die Ärztebesoldungen in Rheinland-Pfalz angepasst werden. Ich habe Sie aber leider nicht gehört, als es um die Beamten ging, die von den anderen abgekoppelt werden sollen. Eine Stringenz wäre an der Stelle schon angebracht. Entweder das eine oder das andere. Wir werden auch mit externen Experten verfassungsrechtlich prüfen lassen, ob das, was Sie vorhaben, überhaupt vor der Verfassung Bestand hat.

(Beifall der CDU)

6. Wir schlagen vor, die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung in allen Ministerien zu halbieren. Keinem Bürger wird dadurch etwas fehlen.

7. Jahrelang reichte ein stellvertretender Regierungssprecher aus. Die GRÜNEN haben darauf ein Anrecht, weil die absolute Herrschaft der SPD gebrochen worden ist. Es ist jetzt ein Koalitionspartner dabei. Es ist in Ordnung, dass der Koalitionspartner natürlich einen Regierungssprecher oder stellvertretenden Regierungssprecher stellt. Es kann aber nicht eine zusätzliche Stelle geschaffen werden. Sie tun so, als sei Ihre Regierung geblieben, und es käme noch jemand hinzu. Jetzt haben Sie wieder eine Personalstelle mehr, die Geld kostet. So geht das nicht. Andere sollen sparen, aber Sie selbst drehen den Hahn immer wieder weiter auf, um die eigenen Leute zu versorgen. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall der CDU)

8. Ein Nationalpark ist zwar wünschenswert, aber ich frage mich, ob er unter den aktuellen Rahmenbedingungen überhaupt finanzierbar ist.

9. Die unübersichtlichen Töpfe der Wirtschaftsförderung müssen gestrafft und vor allen Dingen gebündelt werden.

(Pörksen, SPD: Bla, bla, bla!)

10. Ob es gerecht und finanzierbar ist, die Schülerbeförderung auch für wohlhabende Familien kostenlos zu stellen, ist fraglich.

11. Die 21 Millionen Euro für die Integrationskosten, die Sie gestern erwähnten, werden wir bei jeder Maßnahme auf ihre Sinnhaftigkeit hin überprüfen. Das gilt auch für die übrigen Haushaltsposten. Das war uns – Sie sehen uns das nach – in 70 Stunden Dauerarbeit so nicht möglich. Wir werden das tun, bis der Haushalt verabschiedet werden wird.

12. Herr Beck, Sie hatten für eine geringere Mehrwertsteuer für die Binnenschifffahrt plädiert.

(Ministerpräsident Beck: Nein, auf die Beibehaltung!)

– Ja, ja, warten Sie doch einmal ab.

(Ministerpräsident Beck: Ja, das muss doch stimmen, was Sie sagen! Das stimmt doch nicht! Ich habe nicht für eine geringere, sondern für eine Beibehaltung plädiert!)

– Es ist schön, man kann immer den Reflex merken. Beibehaltung oder Abschaffung. Hören Sie doch einmal zu. Vielleicht ist es ein bisschen entspannter, wenn man einen Gesamtzusammenhang auch einmal wirken lassen darf.

(Ministerpräsident Beck: Sie müssen aber Richtiges und nicht immer nur Falsches sagen!)

Sie wollen bei der Binnenschifffahrt die ermäßigte Mehrwertsteuer beibehalten, also nicht abschaffen.

(Ministerpräsident Beck: Nein, nicht erhöhen!)

2008 wurde aber mit der SPD beschlossen, dass die geminderte Mehrwertsteuer 2011 auslaufen soll.

(Ministerpräsident Beck: Und erhöht werden soll!)

Da war die SPD mit dabei.

(Ministerpräsident Beck: Nein, nein, nein!)

– Sie vielleicht nicht, weil man Sie nicht gefragt hat.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die SPD war aber mit dabei. Die Mehrwertsteuernachlässe sollten auslaufen. Sie sind dafür, dass sie nicht auslaufen. Das heißt, es fehlt Geld. Dann müssen Sie schon sagen, wie Sie das gegenfinanzieren wollen.

(Ministerpräsident Beck: Das sind 11 Millionen Euro in der ganzen Republik!)

13. Die ermäßigten Abgaben für Windräder müssen auch überdacht werden. Es gibt Beispiele aus dem Landkreis Trier-Saarburg. Während der Haushaltsberatungen werden wir Ihnen unser Konzept vorstellen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir werden im Laufe der Haushaltsberatungen zu jedem einzelnen Haushaltsposten ganz konkrete Einspar- und auch Streichvorschläge vorlegen; denn eines ist klar:

Den Haushalt mit den etwa 3.300 Seiten kann man als Opposition nicht in drei Tagen durcharbeiten. – Ich meine, das können Sie nachvollziehen. Das war vielleicht der Koalition möglich.

Es ist auch nicht verlässlich, sich auf die Eckwerte zu beziehen, die Sie vorher mal hier und da haben fallen lassen. Herr Lewentz hatte sich zunächst einmal daran beteiligt, bei der Polizei Feuer zu legen, um sich nachher als Feuerlöscher feiern zu lassen. Dann hatten wir den Kies-Euro. Zuerst wurde er angekündigt, aber dann wurde er zurückgezogen. Dann hatten wir bei den ersten Überlegungen, dass diese Landesregierung mit Steuererhöhungen im Bund rechnet. Eine Veränderung der Erbschaftssteuer wurde eingerechnet, aber sie wurde wieder herausgenommen, als man gemerkt hat, irgendwie ist das doch unsolide, weil man nicht an der Regierung beteiligt ist. Es gab ein Hü und Hott, ein Hü und Hott. Deshalb ist es wichtig, dass wir solide – Seriosität braucht Zeit – in jeden einzelnen Haushalt hineingehen. Das werden wir während der Haushaltsberatungen tun.

Wichtig ist, dass sich die Nachhaltigkeit, so wie Herr Minister Kühl das sagte, der Landesfinanzen nicht so konsequent fortsetzt wie in den vergangenen 21 Jahren. Der Haushalt 2012/2013 der rot-grünen Landesregierung ist eben kein Neuanfang. Das Stadion, in dem gespielt wird, ist weiter rot. Ihr Haushalt steht in einer langen Kontinuität, in einer Kontinuität, in der Sie eine solide Finanzpolitik Ihrem Streben nach Machterhalt geopfert haben, Herr Ministerpräsident, das mehr, als das bei Regierungen anderer Bundesländer der Fall ist. Dieser Haushaltsplan ist überzogen, überdimensioniert und leistet einen stattlichen Beitrag zum gesamtdeutschen Staatsdefizit.

Ihrer Verantwortung – damit will ich schließen – werden Sie deshalb nicht gerecht, weil Sie nicht, wie Sie immer versuchen deutlich zu machen, unter erheblichen Mühen einsparen. Ich will das noch einmal deutlich machen. Der Haushaltsansatz von 2011 enthält rund 1,6 Milliarden Euro weniger an Einnahmen als der jetzige Haushaltsansatz, den Sie vorgelegt haben. 1,6 Milliarden Euro haben wir mehr zur Verfügung. Sie schaffen es aber nicht, die Ausgaben zu halten. Sie schaffen es noch nicht einmal, die 1,6 Milliarden Euro so zu nutzen, dass Sie keine Nettoneuverschuldung brauchen. Das heißt, jemand, der weniger zunimmt, aber immer noch zunimmt, hat noch lange nicht abgenommen. Deshalb sparen Sie nicht, sondern Sie geben nur weniger aus.

Eines kann ich deutlich sagen: Vor jeder Wahl gibt es bei Ihnen einen Wahlhaushalt, bei dem die Nettoneuverschuldung in Rekordhöhe aufgeführt ist. Dann ist es ein Leichtes, beim Haushalt, der danach kommt, unter dieser Latte der Rekordverschuldung hinwegzugehen, aber gespart haben Sie noch lange nicht. Sie haben eine Chance verpasst. Was andere können, sollte Rheinland-Pfalz auch können.

Danke.

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Klasse 11 der Höheren Berufsfachschule für Sozialassistenten an der Elisabeth-von-Thüringen-Schule Mainz. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich habe noch eine Bitte an Sie alle, dass Sie vielleicht weniger inflationär mit dem Wort „Lüge“ umgehen.

(Ramsauer, SPD: Herr Dr. Weiland! –
Frau Kohnle-Gros, CDU: In dem Fall war
jemand anders gemeint!)

– Das war an alle Seiten gerichtet.

Das Wort erteile ich Herrn Abgeordneten Hering.

Abg. Hering, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist der erste Haushalt, den die neue rot-grüne Landesregierung dem Parlament vorlegt. Mit diesem Haushalt ist es gelungen, der Herausforderung der Zeit zu entsprechen: Wir müssen sparen, konsolidieren und gleichzeitig die Kraft haben zu gestalten. Das ist Ausdruck dieses Haushalts.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Eines ist auch klar: Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass unter dieser Koalition die

soziale Gerechtigkeit in Rheinland-Pfalz nicht unter die Räder kommt. Wir werden nicht zulasten der Schwächsten der Gesellschaft sparen. Auch das verdeutlicht dieser Haushalt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU –
Vizepräsidentin Frau Klamm
übernimmt den Vorsitz)

Sparen – das macht dieser Haushalt in großem Umfang – ist notwendig. Es ist aber auch gleichzeitig notwendig, dass wir die Zukunftschancen des Landes stärken. Dazu gehört das, was in der Koalitionsvereinbarung formuliert ist: Den sozial-ökologischen Wandel in Rheinland-Pfalz weiter sozial gerecht zu gestalten und dafür zu sorgen, dass natürliche Lebensgrundlagen erhalten bleiben, weil das die soliden Voraussetzungen für einen dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg sind.

Ein dauerhafter wirtschaftlicher Erfolg ist nur mit sozialer Gerechtigkeit und einer Politik der Nachhaltigkeit möglich. Auch dazu bekennt sich dieser Haushalt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir haben in Rheinland-Pfalz eine gute Ausgangsposition, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden.

(Heiterkeit der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Wir haben in Rheinland-Pfalz eine Arbeitslosenquote von 4,8 %. Das ist die drittniedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland. In keinem Bundesland sind so viele neue zusätzliche Arbeitsplätze entstanden wie in Rheinland-Pfalz in den letzten 15 Jahren.

Das zeigt, dass es mithilfe des Fleißes der Arbeitnehmerinnen und -nehmer und der Arbeitgeberinnen und -geber, aber auch der richtigen Weichenstellungen dieser Landesregierung und der richtigen Investitionen gelungen ist, das Land wirtschaftlich voranzubringen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das kann man auch daran dokumentieren, dass wir im letzten Jahr ein Wirtschaftswachstum von 4,8 % hatten. Die „Rhein-Zeitung“ hat getitelt: Vizemeister – In der Tat, es gab nur ein Bundesland, das ein höheres Wirtschaftswachstum hatte.

Wir sind auch besser aus der Wirtschaftskrise herausgekommen als andere Bundesländer, weil wir den Mut hatten, zum richtigen Zeitpunkt die notwendigen Investitionen und Hilfsmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

Meine Damen und Herren, das heißt, wir können aus einer Position der Stärke heraus diese Herausforderungen der Zeit annehmen. Das ist die Bilanz einer guten Regierungspolitik.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit dem Haushalt und auch der guten Rede des Finanzministers ist aufgezeigt worden, wie der Pfad beschritten wird. Die Nettokreditaufnahme wird ganz konsequent gesenkt, sodass es spätestens im Jahr 2020 gelingt, mit den laufenden Einnahmen auszukommen und Überschüsse zu erzielen, um die Schulden zu tilgen.

Sie sprechen von sprudelnden Steuerquellen. Natürlich haben wir deutlich mehr Steuereinnahmen als im Jahr 2010. Wir haben aber nach wie vor nicht mehr Steuereinnahmen, als wir sie im Jahr 2008 hatten. Die Steuerschätzung des Jahres 2008 vor der Finanzkrise, basierend auf den Zahlen der Bundesregierung, hat ergeben, dass wir Steuereinnahmen von 11,3 Milliarden Euro hätten, 900 Millionen Euro mehr als wir de facto haben werden.

Wenn Sie dann noch berücksichtigen, dass die jetzige Bundesregierung unverantwortliche Steuergeschenke für Hoteliers und andere auf den Weg gebracht hat, die uns mit 500 Millionen Euro belasten, dann kann man die redliche Aussage machen: Ohne Wirtschaftskrise und ohne Steuergeschenke der Bundesregierung hätten wir bereits jetzt in Rheinland-Pfalz einen ausgeglichenen Haushalt. Das zeigt, wir haben kein Ausgabenproblem in Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Licht, CDU: Den Vergleich glaubt
Ihnen doch kein Mensch! –

Bracht, CDU: Die anderen Bundesländer haben
doch die gleichen Bedingungen!)

Das mögen Sie nicht gerne hören, das sind aber nachweisbare und belegbare Fakten. Wir hätten 900 Millionen Euro Mehreinnahmen ohne die Wirtschafts- und Finanzkrise.

Dann sprechen Sie davon, dass nicht die gesamten Mehreinnahmen zur Senkung der Nettokreditaufnahme aufgewandt werden. Hätten wir den Kommunen nicht 280 Millionen Euro mehr geben sollen? Hätten wir den Beamten und Angestellten keine Tarifierhöhung im Haushalt zuweisen sollen? All das sind zwangsläufige Mehrausgaben, die in einem Haushalt kommen, ohne dass entsprechende Entscheidungen getroffen werden. Ich könnte viele andere Bereiche hinzurechnen.

Wenn wir diese zwangsläufigen Mehrausgaben abziehen, dann verbleiben – auch das hat Finanzminister Kühl dargestellt – Zusatzausgaben von 43 Millionen Euro. Das ist bei einem Haushaltsvolumen von über 13 Milliarden Euro ein äußerst bescheidener Betrag, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass Preissteigerungen um ein Vielfaches zu Mehrbelastungen führen. Somit stellt es einen eindeutigen Beleg dar, dass der Haushalt, den die Landesregierung vorgelegt hat, ein Sparhaushalt ist, der den Mut hat zu sparen. Deswegen gelingt es, die Nettokreditaufnahme um 800 Millionen Euro und das Finanzierungsdefizit um 1,1 Milliarden Euro zu senken. Das ist eine große Kraftanstrengung, die hier gelungen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir werden unzweifelhaft die Verfassungsgrenze einhalten. Dazu besteht noch ein nennenswerter Abstand, insbesondere im Jahr 2013.

Ich bin stolz darauf, dass wir im Gegensatz zu anderen Bundesländern den Pensionsfonds aufrechterhalten haben und wir über 500 Millionen Euro dort hineingeben und damit die klare Aussage treffen: Kommende Generationen werden nicht von den Pensionslasten belastet werden.

Damit leisten wir Vorsorge. Andere Länder haben vor der Aufgabe kapituliert, einen solchen Pensionsfonds entsprechend zu finanzieren. Wir hatten diesen Mut in Verantwortung für kommende Generationen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Eurokrise führen dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger eine klare Erwartungshaltung an die Politik haben. Sie verlangen Klarheit und Verlässlichkeit, und sie verlangen auch, dass Verantwortung übernommen wird.

Die Bürgerinnen und Bürger sind zu Einschränkungen bereit, aber sie erwarten von der Politik – ob nun in der Regierung oder in der Opposition –, dass sie den Mut hat zu sagen, was getan werden muss, und dass sie sich klar zu den notwendigen Einsparungen bekennt, ob es nun Beifall hervorruft oder nicht. Diesen Mut, diese Klarheit erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns.

Wir können uns nun anschauen, wie Sie sich zu konkreten Einsparvorschlägen verhalten haben, über die seit vielen Monaten diskutiert wird und zu denen auch Konzepte vorliegen. Wir haben den Beamtinnen und Beamten schon vor Monaten mitgeteilt, dass wir bis zum Jahr 2016 nur in der Lage sind, Gehaltserhöhungen von 1 % zu finanzieren. Wir haben ihnen auch mitgeteilt, dass sie zu ihrer privaten Krankenversicherung, zu der Beihilfe, noch Zusatzzahlungen leisten müssen. Sie haben das abgelehnt. Sie haben sich zum Sprachrohr der Proteste gemacht und fordern deutliche Mehrausgaben in diesem Bereich. Das ist die „Redlichkeit“, die Sie an den Tag legen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Bereich der Feuerwehr. Natürlich fällt es uns nicht leicht, die Zuschüsse in diesem Bereich zu reduzieren. Wir haben – das hat Herr Minister Lewentz gestern dargelegt – seit dem Jahr 1996 300 Millionen Euro seitens des Landes für den Brand- und Katastrophenschutz aufgewandt.

Wir haben im Rahmen des Konjunkturprogramms zusätzlich 10 Millionen Euro für die Feuerwehren bereitgestellt, und wir sagen jetzt, es ist verantwortbar, die Fördermittel für zwei Jahre um jährlich 3 Millionen Euro zurückzufahren. Wir hören dazu durchaus konstruktive Beiträge auch von den Betroffenen und von den Kommunen. – Ihre Aussage – in Reflexhandeln und in überholtem Oppositionshandeln – lautet: Nein, und Sie for-

dern auch in diesem Bereich Mehrausgaben, koste es, was es wolle.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es ist klar, dass unser großes Vorhaben, ohne neue Kredite auszukommen, nur möglich sein wird, wenn wir uns auch die großen Investitionsvorhaben anschauen. Wir haben die Entscheidung getroffen zu sagen, wir werden uns im Bereich des Landesstraßenbaus einige Zeit von Neubaumaßnahmen verabschieden müssen.

Wir werden den Bürgerinnen und Bürgern sagen müssen – und das wird jedem Abgeordneten in seinem Wahlkreis schwerfallen –, dass sie einige Jahre länger auf eine Neubaumaßnahme warten müssen. Wir halten dies aber in Zeiten, in denen Haushalte in Ordnung gebracht werden müssen, für verantwortbar. Ihre Reflexreaktion aber ist: Nein, in Straßen muss mehr investiert werden, und auch das bedeutet wieder eine Mehrbelastung von 20 oder 30 Millionen Euro für den Haushalt.

Ich könnte eine Reihe weiterer Beispiele hinzufügen. Bei all den Dingen, über die lange diskutiert wurde, halten Sie es für verantwortbar, der Erwartung des Bürgers nachkommend, sich so zu verhalten, jeden Sparvorschlag abzulehnen und in das Oppositionsverhalten der 90er-Jahre zurückzukehren: Alles, was die Regierung vorschlägt, muss abgelehnt werden, wir müssen die Ersten sein, die bei Protestbewegungen vorne mitlaufen. – Diese Zeiten der Politik haben sich überholt. Sie haben dazu geführt, dass viele Haushalte ruiniert wurden. – Kommen Sie zu einem konstruktiveren Verhalten, meine Damen und Herren von der CDU!

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Klöckner, Sie haben viel Mühe an den Tag gelegt, um zu erklären, weshalb Sie keine eigenen Sparvorschläge machen. Sie sagen, Sie hätten ein paar Vorschläge gemacht, und Sie haben sie auch nummeriert, aber der genaue Zuhörer hat erkannt, es waren alles Maßnahmen, die den Bürger nicht unmittelbar betreffen.

(Frau Klöckner, CDU: Es waren Maßnahmen, die die Regierung betreffen, und das tut weh!)

Es waren Maßnahmen, bei denen man eben nicht den Mut an den Tag legen muss zu sagen, dieses geht nicht mehr, das geht gar nicht mehr, oder es muss auf morgen verschoben werden. – Sie haben keinen einzigen Sparvorschlag eingebracht, der diesen Mut an den Tag gelegt hätte, weil Sie diesen Mut bedauerlicherweise gar nicht haben.

(Zurufe von der CDU –
Bracht, CDU: Herr Hering, Sie sollten
besser zuhören!)

– Ich habe Ihnen sehr genau zugehört.

(Licht, CDU: Da hat Herr Kollege Wiechmann
mehr verstanden! Reden Sie einmal mit ihm,
er hat es verstanden!)

Die Ausrede, Ihnen habe der neue Haushalt nicht vorgelegen, kann in diesem Zusammenhang nicht gelten; denn was braucht man, um einen Einsparvorschlag zu machen?

Herr Licht, wir stellen uns in der SPD immer wieder die Frage, weshalb gerade Sie den Namen „Licht“ tragen, wo Sie doch ständig im Dunkeln herumirren, wenn Sie Beiträge leisten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Licht, CDU: So viel zur Transparenz
am Nürburgring!)

Sie haben die Aussage getroffen, Sie bräuchten den neuen Haushalt, um Sparvorschläge zu machen. Haben die jetzige Landesregierung oder die Fraktionen den neuen Haushalt vorliegen gehabt? –

Sparvorschläge macht man, indem man sich den alten Haushalt anschaut und überlegt, was fortgeführt werden muss, wo Reduzierungen und wo Streichungen vorgenommen werden können.

Sie hatten alle Möglichkeiten, heute plausible Sparvorschläge zu machen. Sie hatten den Mut nicht, es zu tun, weil es erfordert hätte, den Bürgern die Wahrheit zu sagen, wo gespart werden muss. Diesen Mut haben Sie nicht, Frau Klöckner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Des Weiteren haben Sie ausgeführt, im Bereich der Landesregierung solle gespart werden. Das ist vernünftig, und es ist richtig, die Treppe von oben zu kehren. Wenn Sie aufmerksam zugehört hätten, dann wüssten Sie, dass wir – das ist schon vorher beschlossen worden – im Bereich der Landesregierung bis zum Ende des Haushaltsjahres 2013 100 Stellen einsparen werden. Dies ist eine deutliche Sparanstrengung im Bereich der Landesregierung. Das zeigt, wir gehen mit positivem Beispiel voran. Wir sagen nicht nur, bei den Bürgern muss gespart werden, sondern wir sparen auch im Bereich der Landesregierung.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Bracht, CDU: Nachdem Sie dort deutlich
aufgestockt haben!)

Obwohl wir das kleinste Kabinett für ein Flächenland sind, werden wir diese Kraftanstrengung erbringen.

Frau Klöckner, wenn Sie es ernst mit Ihrer Aussage meinen, dass eine Treppe immer von oben gekehrt werden muss, hätten Sie sich einmal die Diskussionen um den Bundeshaushalt anhören müssen. Ich war in der Tat empört, als mir vorgestern zur Kenntnis gelangt ist, dass die Bundesregierung im Bereich ihrer Ministerien 407 neue Leitungsstellen schaffen wird.

Dies ist empörend in Zeiten, in denen eine Schuldenkrise herrscht und in denen die Schuldenbremse eingehalten werden muss. 407 neue Stellen in einer so schlech-

ten Bundesregierung, das ist in der Tat ein Skandal! – Wir gehen mit anderen Beispielen voran, Frau Klöckner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Zurufe der Abg. Schreiner und Weiner, CDU –
Frau Klöckner, CDU: Das Bundesverteidigungs-
ministerium baut Stellen ab! –

Ministerpräsident Beck: Aber nicht an der Spitze! –
Weitere Zurufe von der SPD)

– 400 neue Stellen!

(Weitere Zurufe von der SPD)

Manchmal disqualifiziert man sich selbst.

Sie haben auch die Aussage getroffen, Sie unterstützen die Steuersenkungsvorschläge der Bundesregierung. Da ist der Bürger weiter als Sie. Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger lehnt Steuersenkungen ab,

(Pörksen, SPD: 1,34 Euro!)

weil man weiß, jeder muss einen Beitrag leisten, damit Haushalte konsolidiert werden und die Schuldenbremse eingehalten wird.

(Frau Klöckner, CDU: Damit in Rheinland-Pfalz
der Nürburgring finanziert wird! Wie finanzieren
Sie den Nürburgring? Wie finanzieren Sie
denn die Steuersenkungen?)

Wie finanzieren Sie die Steuersenkung?

(Frau Klöckner, CDU: Und der Nürburgring?)

Die Steuersenkung wird durch Schulden finanziert. Deswegen sagt der Bürger zu Recht, sie wollen uns jetzt etwas geben, was wir nachher mit Zinseszinsen zurückzahlen müssen. Auf das Privatleben heruntergebrochen heißt das, sie bekommen ein Geburtstagsgeschenk, und ein Jahr später kommt die Rechnung mit Zinsen für das Geschenk. Auf solche Geschenke können die Bürgerinnen und Bürger verzichten, die mit Schulden finanziert werden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Jetzt werden Sie vielleicht sagen – das sagen auch manche von der CDU, wenn die Presse nicht dabei ist –: Das tun wir doch nur, weil die FDP es von uns verlangt. – Daran wird viel Wahres sein. Meine Damen und Herren, die Insolvenz der FDP werden Sie aber mit Steuergeschenken nicht abwenden können. Die Hilfe ist vergebens. Die FDP ist verloren. Lassen Sie es bei einer redlichen Finanzpolitik, und verweigern Sie die Zustimmung zu einem Steuergeschenk, das Rheinland-Pfalz mit 100 Millionen Euro belasten wird.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Heute Morgen haben wir Pressemeldungen erhalten, wie die Eckdaten des neuen Haushalts auf Bundesebe-

ne aussehen. Uns ist allen klar, verantwortbare Finanzpolitik heißt, wir müssen bis zum Jahr 2020 jedes Jahr die Nettoneuverschuldung reduzieren, bis sie dann bei null angekommen ist.

Bis gestern habe ich geglaubt, es sei undenkbar, dass in Deutschland Haushalte aufgestellt werden, in denen im nächsten Jahr die Neuverschuldung steigt. Die Bundesregierung hat mich gestern leider eines Besseren belehrt. Dort hat man die Entscheidung getroffen, im nächsten Jahr 4 Milliarden Euro mehr Schulden zu machen als im Jahr 2011. Das sind finanzpolitische Skandale, verursacht durch ein Steuergeschenk. Das ist eine unredliche Finanzpolitik. Wir reduzieren die Nettokreditaufnahme im Gegensatz zu Schwarz-Gelb in Berlin, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich sage das, denn der Bürger schaut schon zu, ob Anspruch und Wirklichkeit stimmen. Wenn man hier von Redlichkeit und vom Sparen spricht, dann muss man sich auch vorhalten lassen, wie man sich positioniert, wo die Opposition Verantwortung hat und wie man zu Vorschlägen der Bundesregierung steht. Da müssen Wort und Tat, Anspruch und Wirklichkeit übereinstimmen; denn die Menschen verlangen Verlässlichkeit von uns, ob das, was heute gesagt wird, auch morgen noch gilt und es sich nicht nur um Sonntagsreden handelt.

Jetzt führen Sie sich bitte einmal selbst vor Augen, wie es um die Verlässlichkeit von Grundsatzpositionen bei Ihnen steht. Die Frage der Atompolitik: Noch vor einem Jahr haben Sie mit Euphorie der Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken zugestimmt. Mittlerweile proklamieren Sie die Energiewende, weil die Mehrheit der Bevölkerung eine andere Politik nicht mehr akzeptiert, nicht aus innerer Einsicht.

Ganztagsschulen: Als Doris Ahnen ihr Konzept von Ganztagsschulen vorgelegt hat, wurde das von Ihnen massiv bekämpft. Erst der Protest der Eltern und der CDU-Bürgermeister gegen die Position der CDU Rheinland-Pfalz hat Sie dazu veranlasst, Ihre Position zu verändern.

Abschaffung der Hauptschule: Sie haben den Schulkrieg in Rheinland-Pfalz angekündigt. Als der kluge Vorschlag kam, das Schulsystem mit Realschule plus weiterzuentwickeln,

(Dr. Rosenbauer, CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

haben Sie Ihre Position schnell geändert.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Quatsch! –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Soll man die Pressemitteilungen von Ihnen noch zeigen? –
Dr. Rosenbauer, CDU: Da müssen Sie einmal die „Rhein-Zeitung“ von vor drei Monaten lesen!)

Zum Thema „Mindestlohn“: Noch im September haben Sie gegen den Antrag von Rot-Grün für einen gesetzlichen Mindestlohn gestimmt. Mittlerweile sind Sie auch

für diesen Mindestlohn, wenn Sie es auch als Lohnuntergrenze bezeichnen.

(Frau Thelen, CDU: Zum Thema!)

Das hat sehr viel mit dem Thema zu tun.

(Frau Thelen, CDU: Da bin ich mal gespannt!)

Sie sprechen hier von Redlichkeit und Verlässlichkeit, Frau Klöckner, von Klarheit. Was müssen wir als Parlament, aber auch die Öffentlichkeit von Ihrer Politik entgegennehmen? Sie beschließen hier die Schuldenbremse, sagen aber zu allen Einsparvorschlägen dieser Regierung Nein. Sie fordern Mehrausgaben. Sie sind nicht bereit, eigene Sparvorschläge zu machen, die auch die Bürgerinnen und Bürger betreffen.

Wo es um Grundsatzpositionen geht, sind Sie wie das Fähnlein im Wind. Wie ist die Mehrheit der Bevölkerung? Wie sind Umfrageergebnisse? Sie wechseln Ihre Positionen. Das ist das, was Politikverdrossenheit bei den Menschen hervorruft, wenn Politik jedwede Verlässlichkeit verliert.

Vielen kommt Ihre Politik als eine inhaltsleere charakterlose Hülle vor, wie Sie Politik gestalten. Kehren Sie zurück zu verantwortungsvoller und redlicher Politik. Dann sind Sie auch ein akzeptabler Gesprächspartner, wenn es um die Sanierung von Haushalten geht.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie müssen sich doch die Frage stellen, wer sich Ihnen anvertrauen möchte. Verlässlichkeit heißt auch, dann zu Positionen zu stehen, wenn es schwierig wird, wenn einem der Wind entgegenbläst. Meinen Sie, nach diesem Verhalten von Ihnen, einer Politik des Opportunismus, würden Menschen in schwierigen Zeiten solchen Politikansätzen vertrauen, wenn ihnen alles versprochen wird? Diese Politik werden wir nicht mittragen.

Wir vertreten eine Politik der Verlässlichkeit. Wir haben auch den Mut, den Bürgerinnen und Bürgern zu sagen, wo Einschnitte notwendig sind. Deswegen lade ich Sie ein: Kehren Sie zurück zu einer Politik der Verlässlichkeit. Nehmen Sie Abstand von einer Politik des Opportunismus, von einer Politik der Beliebigkeit.

(Weiner, CDU: Worthülsen!)

Der Bürger hat wirklich im wahrsten Sinne des Wortes genug von Politik der Beliebigkeit. Er will Verlässlichkeit und klare Aussagen, wenn es auch negative sind, wie die Zukunft von Politik und unserer Lebenswirklichkeit ist, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Diese Haushaltskonsolidierung bedeutet für uns den Dialog mit den Betroffenen.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Das sagt
genau der Richtige!)

Das hat Herr Kollege Lewentz vorbildlich im Bereich der Katasteramtsreform gestaltet, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Konzeption zu erarbeiten. Das ist auch im Bereich der notwendigen Maßnahmen geschehen, die im Polizeibereich zu treffen sind.

Ich bin froh, dass man auch die Kraft hatte zu sagen, wir werden innerhalb der Polizeiorganisation Änderungen vornehmen können, die es uns erlauben, in der Fläche präsent zu sein. Herr Lewentz, es ist eine hervorragende Leistung, dass es gelungen ist, dass keine Wache, keine Polizeiinspektion geschlossen werden muss und wir eine klare Aussage an den Bürger geben können: Wir bleiben in der Fläche präsent, weil wir in anderen Bereichen Sparmaßnahmen vorgenommen haben. – Innere Sicherheit ist auch eine subjektive Innere Sicherheit, wie wir sie in Rheinland-Pfalz verantwortungsvoll gestalten. Vielen Dank.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Frau Kohnle-Gros, CDU: Wer hat denn dieses Problem erst geschaffen?)

Auch zu einem solchen Ansatz kommt keine Zustimmung von Ihnen. Es ist die Reflexhaltung einer Opposition, zu allem Nein zu sagen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist eine Politik, auf die ihr stolz sein könnt! Das ist unglaublich!)

Sie haben die Grunderwerbsteuer und den Wasser-Cent angesprochen.

(Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Wenn wir uns den Vergleich mit anderen anschauen, so haben viele Länder seit vielen Jahren den Wasser-Cent, auch Länder, die mehr Einnahmen als das Land Rheinland-Pfalz haben, wie z. B. das Land Baden-Württemberg. Deswegen war es notwendig, richtig und konsequent, dass wir auf diese Einnahmen in Rheinland-Pfalz nicht verzichten. Mit diesen 20 Millionen Euro können wir Zukunft gestalten und Haushalte konsolidieren.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Meine Damen und Herren, wir stehen zu den Kommunen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Mit die größte Ausgabensteigerung in diesem Haushalt sind die Zuführungen an Kommunen. Die Kommunen werden mit diesem Doppelhaushalt zusätzlich 280 Millionen Euro erhalten. Wir werden auch mit über 80 Millionen Euro helfen, sie zu entschulden. Das ist ein klares Bekenntnis in finanziell schwierigen Zeiten zu den Kommunen. Zu diesen Mehrausgaben haben Sie sich bisher nicht geäußert. Wir stehen zu unseren Kommunen. Dort muss die Handlungsfähigkeit von Politik erhalten werden, nämlich dort, wo Politik am unmittelbarsten von Bürgerinnen und Bürger erfahren wird.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir stehen zu den Zukunftsinvestitionen. Das gilt auch für die Standorte, bei denen es schwierige Infrastrukturprojekte betrifft. Eines ist klar, wir haben in Bezug auf den Nürburgring die Entscheidung getroffen, dass dort Private die Verantwortung übernehmen sollen. Sie müssen dann auch für betriebswirtschaftliche Entscheidungen Verantwortung übernehmen. Wenn es in der Eifel sinnvoll ist, in den Wintermonaten die eine oder andere Einrichtung zurückzuführen, dann ist das betriebswirtschaftlich nachvollziehbar.

Eines ist klar, wir entlassen Private nicht aus ihrer Verantwortung. Wir geben ihnen Gestaltungsmöglichkeiten. Wir erwarten, dass geschlossene Verträge eingehalten werden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Zukunftsgestaltung muss ein Haushalt, der die Schuldenbremse einzuhalten hat, beinhalten. Das Grundgesetz und die Verfassung von Rheinland-Pfalz haben bewusst die Aussage getroffen, dass bis 2020 die Nettoneuverschuldung auf null zu reduzieren ist. Den Entscheidern war klar, dass man gleichzeitig auch gestalten können muss. An der Stelle, an der es um die Zukunftsperspektive junger Menschen geht, muss man investieren können. Deswegen gehört zu diesem Haushalt Folgendes: Wir reduzieren die Nettoneuverschuldung. Wir werden erreichen, dass das Land im Jahr 2020 keine neuen Schulden mehr aufnehmen muss.

Wir werden weiterhin erreichen, dass wir beste Standards im Bildungsbereich haben. Wir werden es mit diesem Haushalt ermöglichen, dass wir die kleinsten Grundschulklassen in Deutschland haben, um die besten Zukunftsentwicklungen von jungen Menschen zu haben. Das gehört zur Generationengerechtigkeit; denn junge Menschen, die heute zur Schule gehen, werden genügend Lasten haben. Ihre Wertschöpfung wird höher sein müssen als die heutige, um die Wertschöpfung für Pensionen und Renten zu sichern.

Wir haben deswegen die Verpflichtung als jetzt entscheidende Generation, ihnen bestmögliche Bildungschancen zu geben. Dafür steht dieser Haushalt in Rheinland-Pfalz. Wir werden es erreichen, die gute Bildungspolitik von Doris Ahnen fortzusetzen. Das wird das Markenzeichen rheinland-pfälzischer Bildungspolitik sein, nämlich die besten Chancen für junge Menschen zu bieten. Dazu steht dieser Haushalt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz kann man sehen, dass wir dort Hervorragendes geleistet haben. Alle Länder werden kritisiert, weil sie den Anspruch so schleppend umsetzen. Eine Ausnahme gibt es, das Land Rheinland-Pfalz wird gelobt. Hier ist es vorbildlich umgesetzt worden. Wir sind anderen Ländern etwas voraus. Weil uns das Schicksal junger Menschen und ihrer Familien ein Anliegen ist, haben wir Vorbildliches geleistet. Dafür werden wir in der nationalen Presse gelobt. Das Lob gebührt denen, die es gestaltet haben, früher Doris Ahnen, jetzt Irene Alt.

Das ist vorbildliche Politik, wie sie in Rheinland-Pfalz gestaltet wird. Das werden wir trotz Schuldenbremse fortführen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich könnte viele Bereiche nennen. Dazu gehört, dass die Mittel für die Hochschulen um 3,6 % steigen werden. Wir geben Planungssicherheit für die Hochschulen mit dem Sondervermögen. Wir treffen jetzt die klare Aussage, kommende Haushalte werden den Hochschulpakt mitfinanzieren. Wir stellen bereits jetzt die Mittel bereit, um ein klares Signal zu setzen. Das ist ein klares Zeichen dafür, dass wir Verantwortung in schwierigen Zeiten übernehmen. Dazu haben wir selbst dann den Mut, wenn es von Ihnen kritisiert wird.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, eingangs habe ich betont, dass zu unserer Politik soziale Gerechtigkeit gehört. Diese wird bei uns nicht unter die Räder kommen. Arbeits- und Sozialministerin Malu Dreyer hat Hervorragendes geleistet. Die guten Arbeitsmarktzahlen sind einer guten Arbeitsmarktpolitik in Rheinland-Pfalz zu verdanken. Vor allen Dingen geht von dieser vorbildlichen Arbeitsmarktpolitik ein Signal aus, keiner bleibt außen vor. Gerade diejenigen, die es schwer haben, Zugang zum Arbeitsmarkt zu bekommen, weil sie behindert sind oder länger krank waren, haben in Rheinland-Pfalz eine Chance.

Dafür steht die Landesregierung. In diesen Bereichen werden wir nicht sparen. Das ist ein Beispiel dafür, dass wir den Haushalt nicht auf Kosten der Schwächsten der Gesellschaft konsolidieren werden. Andere könne mehr Lasten tragen als die Schwächsten der Gesellschaft. Dafür stehen dieser Politikansatz und dieser Haushalt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Dr. Weiland, CDU: Nichts als Sprüche!)

Meine Damen und Herren, wir haben mit diesem Haushalt bewiesen, dass beides möglich ist, Haushaltskonsolidierung, also sparen, und trotzdem die wichtigsten Zukunftsinvestitionen auf den Weg bringen. Wir werden Rheinland-Pfalz weiterentwickeln. Wir werden das gut dastehende Rheinland-Pfalz stärken, indem wir die soziale Gerechtigkeit stärken, indem wir für eine nachhaltige Politik der Verantwortung und für natürliche Lebensgrundlagen sind. Damit werden wir auch den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz nachhaltig stärken.

Wir wissen, dass Bürgerinnen und Bürger dafür bereit sind, Lasten auf sich zu nehmen, weil es ein kluger und verantwortungsvoller Weg ist. Dazu steht diese Koalition. Dafür steht der sozial-ökologische Wandel, der einig und mutig mit dieser Koalition umgesetzt wird.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Kollegen Köbler das Wort.

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es stimmt, dass wir unsere Welt nur von unseren Kindern geborgt haben, dann bedeutet das nicht nur, dass wir ihnen eine intakte Umwelt zu hinterlassen und ein gutes Leben in Gerechtigkeit und Frieden zu ermöglichen haben, sondern auch unseren Kindern Gestaltungsspielräume erhalten müssen, um genau das wiederum ihren Kindern zu ermöglichen.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, in diesem Sinne ist der Doppelhaushalt 2012/2013 schon jetzt ein großer Erfolg. Er ist ein rot-grüner Erfolg. Die Zusammenarbeit im Vorfeld ist sehr gut gelaufen. Es sind keine einfachen Fragen gewesen, die hier zu klären waren. Dafür ganz herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –

Vizepräsident Dr. Braun übernimmt den Vorsitz)

Unsere Haushaltspolitik und der vorgelegte Doppelhaushalt folgen drei Leitmotiven: Verantwortung, Mut und Ehrlichkeit. – Wir konsolidieren, aber wir investieren auch. Wir investieren in den Bereichen, die für das Land Rheinland-Pfalz eine Zukunftsrendite abwerfen. Das sind die Energiewende, Bildung und frühkindliche Förderung. Wir investieren ebenfalls in die Kommunen und in ein ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften. Das ist Konsolidieren mit Verstand und mit klaren Schwerpunkten. Dafür steht diese rot-grüne Landesregierung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Frau Klöckner, Sie sind ja noch auf der Suche nach Expertinnen und Experten, die diese Erfolgsstory widerlegen. Ich empfehle Ihnen da zum Beispiel die Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft im Auftrag der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“. Da war den Zeitungen zu entnehmen, Rheinland-Pfalz ist das Aufsteigerland beim Einhalten der Schuldenbremse und bei der Konsolidierung.

(Frau Klöckner, CDU: Bei den Steuern!)

Nehmen Sie das zur Kenntnis. Das sind Expertinnen und Experten, die nicht wir beauftragt haben, sondern die das unabhängig festgestellt haben. Die konstatieren Rot-Grün diesen großen Erfolg für kommende Generationen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ja, wir übernehmen die Verantwortung für kommende Generationen. Es ist in Zahlen deutlich geworden, dieser Haushalt ist die Konkretisierung des sozial-ökologischen Wandels in Zahlen: über 800 Millionen Euro weniger

Nettokreditaufnahme gegenüber dem Vorjahr, über eine halbe Milliarde Euro Konsolidierungsbeitrag aufgrund von politischen Entscheidungen von Rot-Grün, ein Großteil im Koalitionsvertrag klar angekündigt, über 200 Millionen Euro in den letzten Wochen und Monaten in vielen Gesprächen und Diskussionen in den Ministerien zusammengetragen mit einem einzigen Ziel, nicht nur mit dem einzigen Ziel, aber schon mit dem Ziel, der Verantwortung für die kommenden Generationen gerecht zu werden. – Frau Klöckner, aber auch da empfehle ich die Zeitungslektüre.

(Abg. Frau Klöckner, CDU, unterhält sich mit
Abg. Dr. Weiland, CDU –

Zuruf von der SPD: Die hört doch gar nicht zu! –
Pörsken, SPD: Das tut die nie!

Lesen Sie doch einmal, was die Menschen heute umtreibt. Sie hören jetzt auch nicht zu. Sie haben eben die wirtschaftliche Gesamtlage dargestellt, als sei alles in Ordnung und rosig. Aber reden Sie doch einmal mit den Menschen. Ich habe manchmal das Gefühl, Sie haben relativ schnell die Bodenhaftung verloren. Was treibt die Leute denn um? Ist der Euro noch sicher? Ist mein Geld noch sicher? Was ist mit meiner Altersvorsorge? Was ist mit meinen Kindern? Wie wird die Zukunft einmal aussehen? Hat Europa eine Zukunft, das Europa, das wir uns alle wünschen und an dem wir gestalten wollen?

All diese Fragen – das wissen wir doch seit Griechenland und jetzt seit Italien – sind untrennbar mit der Frage der Stabilität unserer Haushalte verknüpft. Deswegen diskutieren wir nicht nur darüber oder machen gerade das Gegenteil

(Dr. Weiland, CDU: Sondern machen
mehr Schulden!)

wie Schwarz-Gelb in Berlin – Herr Kollege Hering hat es ausgeführt –, nein, Rot-Grün in Rheinland-Pfalz konsolidiert, um die Kernaufgaben auch in Zukunft erfüllen zu können, die die Menschen an diese Demokratie stellen, ein gutes Leben für alle Menschen zu ermöglichen, heute, morgen und übermorgen. Das ist die Verantwortung, die wir hier in Rheinland-Pfalz übernommen haben. Dieser Verantwortung werden wir auch gerecht, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Das ist der erste Haushalt, für den wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz Verantwortung tragen. Ich glaube, auch mit Stolz sagen zu können, wir sind unserer Verantwortung bisher sehr gerecht geworden. Wir haben einen klaren Plan für den Abbau der Neuverschuldung auf null bis 2020, und wir schaffen es jetzt am Anfang schon, davon ganz gewaltige Brocken aus dem Weg zu räumen. Investitionen sind trotzdem möglich in den wichtigen Punkten – ich habe sie ausgeführt – Energiewende, Bildung und Kommunen. Wir konsolidieren, und wir investieren zukunftsweisend. Das spiegelt der Haushalt wider.

Aber es sind dabei nicht nur gute Nachrichten zu verkünden. Deswegen brauchen wir für die Haushaltskonsolidierung nicht nur die entsprechende Verantwortung,

sondern es braucht auch eine ganze Menge Mut. Wir konsolidieren nämlich nicht, weil es irgendwie Spaß macht oder zum Selbstzweck, ganz im Gegenteil. Sie haben das ja mitbekommen. Sie haben es zum Teil mit angefacht. Schon im Vorfeld der Haushaltseinbringung gab es viele, viele Diskussionen um einzelne Punkte. Ich denke nur einmal um die Diskussion über den Erhalt der Polizeipuppenbühne, die Diskussion über die Reform der Katasterämter, Diskussionen um die Polizeistrukturreform und gestern erst bei der Feuerwehr.

Ich verstehe diese Diskussion. Ich verstehe es auch, dass die jeweils Betroffenen sich zu Wort melden. Das ist absolut nachvollziehbar und verständlich. Wir werden uns in jedem Einzelfall – das haben wir bisher auch getan – guten Argumenten nicht verschließen. Das ist gar nicht der Punkt. Wir müssen aber auch zwei Dinge klarmachen. Zunächst, um bei diesem Einsparvolumen, bei dieser Konsolidierung, die unsere Aufgabe ist, einigermaßen gerecht vorzugehen, ist es richtig, alle Bereiche auf den Prüfstand zu stellen und sämtliche Ausgaben zu hinterfragen. Es ist richtig, dass wir ein größeres Ziel haben, nämlich die Konsolidierung, die Handlungsfähigkeit dieses Landes auch für die Zukunft zu erhalten. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

Wenn man dann mit den Menschen, auch mit den Betroffenen, spricht, dann merkt man, es geht manchmal gar nicht wirklich um das Ob, sondern es geht tatsächlich um das Wie. Wenn man das im Detail noch optimieren kann, wenn man vielleicht Härten vermeiden kann, dann ist diese Koalition auch offen für diese Gespräche. Wir lassen uns aber nicht vor jeden Karren spannen, wie Sie, Frau Klöckner, jeden Sparvorschlag kritisieren, wenig Eigenes beigetragen zu haben und im Bund Steuersenkungen zu unterstützen. Das ist wohlfeil. Das werden die Bürgerinnen und Bürger durchschauen. Da bin ich mir ganz sicher. Damit werden Sie nicht durchkommen. Die Bürger sind schlauer, als Sie denken, auch dank einer guten Infrastruktur an unseren Schulen.

(Dr. Weiland, CDU: Textbaustein 325!)

Das hilft hier im Parlament, dass die Mehrheiten richtig gesetzt sind.

(Dr. Weiland, CDU: Nur Textbausteine!)

Der Haushalt ist ein guter Ausdruck dafür. Es ist besser, dass Sie in der Opposition sind. Unsere Kinder werden es uns danken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –

Dr. Weiland, CDU: Das waren noch Zeiten, als hier die Ise Thomas zum Haushalt gesprochen hat,
Herr Kollege Köbler!

– Ja, es gab hier noch Zeiten – – –

(Zurufe von der SPD: Stilfragen!)

Es gab hier noch Zeiten, in denen die Opposition die Regierung durch gute sachliche Argumente und fundierte Vorschläge tatsächlich ein Stück weit in die Enge getrieben hat. Da hieß aber die Oppositionsführerin Ise

Thomas, und die GRÜNEN waren noch in der Opposition. Das ist der Unterschied zu heute.

(Starker Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Frau Klöckner, CDU, in Richtung BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Herr Wiechmann,
da war ich ja noch nicht da!)

Wir setzen die richtigen Prioritäten. Statt das ganze Land zuzuplanieren, wie Sie es gern hätten, setzen wir einen klaren Schwerpunkt auf die Sanierung der Infrastruktur; denn es ist wichtig – das ist bei der Bildungsinfrastruktur genauso wie bei der Straßenverkehrsinfrastruktur –, das zu erhalten, damit auch in Zukunft vor allem diejenigen, die es in unserem Land nicht so einfach haben, die vielleicht sozial schwächer dastehen, noch eine gute Infrastruktur nutzen können. Deswegen ist es schon fast ein konservativer Impetus, den Sie hier kritisieren. Das Erhalten einer guten Infrastruktur auch im Straßen- und Verkehrsbereich hat jetzt absoluten Vorrang. Das ist gut so. Das ist auch ein zukunftsweisender Sparbeitrag und gleichzeitig ein guter Schwerpunkt in der Investitionspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Auch das bedeutet klare Schwerpunktsetzung. Wir werden nicht mit dem Rasenmäher über die Einzelpläne gehen und sozusagen überall kürzen. Das ist nicht gerecht. Das ist vor allem einer sachlichen Diskussion nicht angemessen. Wir werden in den Bereichen investieren, in denen wir das Land für morgen besser aufstellen. Konsolidierung heißt nämlich nicht nur, die Zukunftsfähigkeit des Landes sicherzustellen, sondern auch Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes.

Ganz vorn stehen da mit Sicherheit die Bildung und die Energiewende. Aber bei der Bildung haben wir jetzt gehört, dass ein Großteil Ihrer heute aus dem Hut gezauberten Sparvorschläge den Bereich der Bildung betrifft. Lassen Sie mich einmal die kostenlose Schülerbeförderung nennen. Wir investieren hier allein im Jahr 2012 knapp 17 Millionen Euro, dass auf ökologische Art und Weise die Kinder der Sekundarstufe I zur Schule kommen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, was die Belastungen angeht. Ich halte das für richtig, weil wir damit Zugangshürden bei Bildungschancen abbauen und gleichzeitig die ökologische Verkehrsmittelwahl unterstützen. Das ist eine sinnvolle Investition im Sinne von Gerechtigkeit und von ökologischer Erneuerung.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

In der gleichen Rede, in der Sie vorschlagen, das zu streichen, verteidigen Sie die Pendlerpauschale, bei der die Subvention unabhängig von der Verkehrsmittelwahl und vom CO₂-Verbrauch geschieht.

(Zuruf des Abg. Weiner, CDU)

Das zeigt, dass Ihre Denkweisen von vorgestern sind. Wir müssen die Subventionen auch vor dem Hintergrund der CO₂-Emission neu ausrichten. Es soll keiner abge-

hängt werden, der in einer schwierigen ländlichen Region lebt. Ich glaube aber schon, dass die Diskussion notwendig ist, ob wir nicht auch die Frage des CO₂-Ausstoßes auf dem Weg zur Schule oder zum Arbeitsplatz dann mit in die Diskussion werfen.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Die kostenlose Schülerbeförderung ist der richtige Weg. Das Manifestieren einer Subventionierung, um mit dem Auto um jeden Preis zum Arbeitsplatz zu kommen, ist meines Erachtens nicht die Zukunft, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf und unsere Haushaltspolitik sind auch von Mut geprägt, weil wir die Dinge offen ansprechen und uns nicht wegdrücken. Wir haben sie schon im Koalitionsvertrag aufgeschrieben. Die Parteitage der beiden Koalitionsfraktionen haben darüber abgestimmt. Es gibt ein hohes Maß an demokratischer Legitimation für unseren Kurs.

Wir werden keine Sahnebonbons verkaufen, wenn Wermutstropfen die Realität sind. Deswegen werde ich auch nicht verschweigen, dass wir beispielsweise den Beamtinnen und Beamten dieses Landes einiges abverlangen. Die Deckelung der Beamtenbezüge – das verstehe ich – löst keine Jubelstürme aus. Wir wissen, dass wir den Beamtinnen und Beamten einiges zumuten. Ich danke den Beamtinnen und Beamten dieses Landes dafür, dass sie die Arbeit für Rheinland-Pfalz verrichten und bereit sind, einen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts zu leisten. Herzlichen Dank dafür.

Mut bedeutet aber auch, klar zu sagen, dass wir die Einnahmen erhöhen und nicht nur die Ausgaben kürzen. Einnahmeerhöhungen sind nicht sexy, aber Geiz ist auch nicht geil. Wir wissen alle, dass wir die öffentlichen Haushalte auf Dauer nicht sanieren können, wenn wir nicht die Einnahmen entsprechend erhöhen.

Deswegen setzen wir klare Schwerpunkte. Wir nehmen dort Einnahmeerhöhungen vor, wo es sinnvoll und geboten ist, und setzen bei den Ausgaben klare Schwerpunkte, und zwar sowohl was die Reduzierung als auch die Ausgabenerhöhungen angeht. Hier ist einiges vorzuweisen.

Ich möchte ein Thema ansprechen, das in Haushaltsberatungen selten angesprochen wird. Wir tragen in Rheinland-Pfalz für Millionen Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler nicht nur für die kommende Generation, sondern auch für den Erhalt unserer Umwelt und unserer einzigartigen Natur eine Verantwortung.

Trotz des Konsolidierungszwangs setzt Rot-Grün eindeutige Ausrufezeichen in der Naturschutzpolitik beispielsweise dadurch, dass wir uns auf die Suche nach einem Nationalpark begeben, aber auch, weil wir beispielsweise Forderungen der Naturschutzverbände umsetzen und die Bewirtschaftungspläne für die Natura-2000-Gebiete mit Nachdruck vorantreiben; denn der Naturschutz ist in Rheinland-Pfalz schon lange kein Nischenthema mehr.

Das Netz Natura 2000 besteht aus 120 FFH- und 57 Vogelschutzgebieten und umfasst knapp 20 % unserer Landesfläche. Man muss sich einmal bewusst werden, was es für den Erhalt unserer Region und unserer Natur im Land bedeutet, dass wir jetzt die Bewirtschaftungspläne mit Nachdruck vorantreiben und damit einen wichtigen Beitrag für den Naturschutz und den Erhalt unserer Umwelt für die kommenden Generationen liefern. Das bedeutet, dass wir nicht nur vom ökologischen Wandel reden, sondern ihn konkret und vor Ort gestalten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Auch die Landwirtschaft profitiert von dem Haushaltsentwurf. Das möchte ich klar sagen. Es gibt kein Gegenüber von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft.

Herr Billen, Sie wissen doch selbst, dass die Landwirten und Landwirte in diesem Land viel weiter sind, als Sie es manchmal propagieren. Das sind doch heute ein gegenseitiges Befruchten und ein wechselseitiges Ergänzen der beiden Anbauformen. Hier setzt Ulrike Höfen als langjährige Expertin und jetzige Landwirtschaftsministerin die richtigen Akzente für die Zukunftsfähigkeit unserer Landwirtschaft, und zwar ein Stück weit hin zur Ökologisierung. Das ist doch das, was die Verbraucherinnen und Verbraucher heute wünschen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Ein klarer Schwerpunkt für unser zentrales Zukunftsprojekt ist die Energiewende. 100 % erneuerbare Energien im Strombereich bis 2030 sind nicht einfach so zu haben. Das Geniale an der Energiewende ist, dass die neuen Energien ohne umfängliche staatliche Subventionen und Abwälzungen der Kosten auf die Gesellschaft auskommen. Das haben die neuen Energien übrigens der Atomkraft voraus, bei der ganz viele Kosten auf die Gesellschaft abgewälzt worden sind, gerade was die Sicherheit und den Schutz angeht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich bin vor einiger Zeit gefragt worden, ob dann die Lichter ausgehen. Ich kann es nicht mehr hören. Die Herzen glühen, die Lichter gehen an. Das ist eine Goldgräberstimmung. Eveline Lemke ist vor allem dabei, alles in geordneten Bahnen zu halten, bis wir morgen oder übermorgen die Akzeptanz dafür haben, die erneuerbaren Energien dauerhaft und geordnet in Rheinland-Pfalz ausbauen zu können.

Man muss den einen oder anderen Bürgermeister – übrigens auch von der CDU – schon fast bremsen, damit es wirtschaftlich sinnvoll bleibt, um zum Ziel zu kommen. Dafür brauchen wir kaum einen Cent Landesgeld, sondern die richtigen Rahmenbedingungen, die richtigen Strukturen und die richtige politische Haltung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Deswegen liegt der klare Schwerpunkt auf der Energieberatung, und zwar der Beratung von Kommunen, von Unternehmerinnen und Unternehmern und dem Ausbau der Energieagentur. Es geht zum einen um die Frage, wie man die erneuerbaren Energien bestmöglich vor Ort vorantreibt, und zum anderen um die Frage von Einsparungen und Effizienz. Hier sind das Wissen und die Beratung ganz zentrale Punkte.

Ich komme zum zweiten Schwerpunkt. Wir müssen uns den Fragen der Netzkapazitäten und der Speichertechnologien stellen. Ich sage es ganz offen, dass wir noch nicht auf alle Fragen die besten Antworten gefunden haben. Deswegen liegt ein klarer Schwerpunkt auf der Forschung und der Technologie im Bereich der Energiewende und des Klimaschutzes.

Die besten Investitionen, wie wir sie morgen realisieren, sind die in die Energiewende und den Klimaschutz, aber auch in eine starke Wirtschaft und in Arbeitsplätze auch noch in zehn, 20 und 30 Jahren in Rheinland-Pfalz. Das ist für das Land eine gute Nachricht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Die Zukunft hat längst begonnen. Dieser Haushalt spiegelt das wider. Ein Schwerpunkt bei den Zukunftsinvestitionen sind selbstverständlich unsere Kinder. Wir wollen den besten Einstieg und bieten deshalb die besten Chancen bei der frühkindlichen Bildung und Betreuung in unserem Land. Das zeigen auch die aktuellen Statistiken des Statistischen Bundesamtes.

Wir haben in den westdeutschen Flächenländern die mit Abstand beste Betreuungsquote für die unter Dreijährigen. Wir steigern den Haushaltsansatz gegenüber dem Vorjahr noch einmal um 11 %. Die Summe von 419 Millionen Euro für die Kindertagesstätten im Land ist mehr als eine Verdoppelung gegenüber dem Stand von 2005. Das sind manifeste Zukunftsinvestitionen in die Chancen unserer Kinder. Das ist gerecht und zukunftsfähig.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir geben uns mit dem Status quo nicht zufrieden. Der Bereich der frühkindlichen Bildung bleibt eine große Herausforderung. Deswegen werden wir mit dem Programm „Kindergarten plus“, für das in den kommenden Doppelhaushalt 6 Millionen Euro eingestellt sind, in die Kindertagesstätten, die in Stadtteilen und Orten mit einem schwierigen sozialen Umfeld liegen und in denen beispielsweise Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern oder Kinder mit Sprachproblemen untergebracht sind, gezielt investieren und deren Qualität steigern und verbessern.

So bringt man mehr soziale Gerechtigkeit zu den Kleinsten in unserer Gesellschaft, und das zielgenau in Zeiten knapper Kassen. Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit passen zusammen. Das drückt dieser Doppelhaushalt aus.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Dieser Haushalt trägt auch die Überschrift „Ehrlichkeit“. Die Menschen erwarten von uns eine neue Qualität der Ehrlichkeit in der Politik. Diese würden sie sich auch von der Bundesregierung wünschen.

Wenn Rheinland-Pfalz zukunftsfähig bleiben und in Zukunft noch Gestaltungsspielraum haben will, müssen wir uns nicht nur ehrlich überlegen, wofür wir Geld ausgeben wollen und wofür nicht, sondern dann müssen wir das ganz ehrlich auch den Menschen sagen. Eine Politik nach dem Motto „Allen wohl und niemand weh“ wird in der heutigen Zeit nicht mehr aufgehen.

Das ist die ehrliche Nachricht. Das ist die Wahrheit.

(Dr. Wilke, CDU: Die echte oder die lautere?)

Wir haben in diesem Haushalt die Ausgabenseite verbessert. Wir haben echte Einsparungen gezeigt. Wir haben es so getan – Herr Kollege Hering hat es gesagt –, dass wir möglichst die stärkeren Schultern mehr belasten als die schwächeren Schultern. Wir haben das nach ökologischen Prinzipien getan. Wer mehr verbraucht, der soll auch mehr beitragen.

Aber zur Ehrlichkeit gehört auch zu sagen, die Konsolidierungen unserer Haushalte können nicht funktionieren, wenn wir nur ausgabenseitig kürzen oder sparen. Wir gehen auch an die Einnahmeseite heran. Das sagen wir ganz klar. Deswegen ist es richtig, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen. Wir brauchen die Einnahmen, und wir belasten damit die Menschen nicht überproportional. Wir belasten vor allem diejenigen nicht, die niedrigere Einkommen haben, weil – ich glaube, das bestätigen Sie mir – Menschen mit einem niedrigeren und mittleren Einkommen sich nicht in jedem Jahr ein neues Grundstück kaufen werden. Deswegen ist es auch eine sozial gerechte Form der Steuererhöhung.

Wir führen die Wasserentgeltabgabe ein, weil es richtig ist, diejenigen, die von unserem Wasser, das die Natur uns scheinbar kostenfrei zur Verfügung stellt, sozusagen einen Profit damit ziehen, daran zu beteiligen, damit wir die Wasserqualität in unserem Land erhalten und bestenfalls steigern können. Das hat etwas mit ökologischer Umsteuerung zu tun. Das hat auch etwas mit Verantwortung für unsere natürlichen Ressourcen zu tun.

Diese Verantwortung, diese Preise für die Ressourcen, die die Natur uns zur Verfügung stellt, gehören vom Staat steuerlich berücksichtigt, weil es etwas mit Gerechtigkeit zu tun hat.

Wer viel von unseren natürlichen Ressourcen profitiert, soll auch seinen Beitrag leisten. Wer weniger davon profitiert, wer also weniger braucht, wird weniger belastet. Auch so geht ökologische Gerechtigkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich sage mit Blick auf die Zukunft ganz ehrlich, das reicht nicht auf der Einnahmeseite. Wir werden mehr Einnahmen brauchen. Ich möchte nur ein Beispiel nennen. Hätten wir heute eine moderate Vermögenssteuer

innerhalb der Modelle, wie sie im Moment diskutiert werden, dann würden allein diese Einnahmen ausreichen, unseren offenen Konsolidierungsbeitrag für 2014 komplett darzustellen.

(Zurufe von der CDU)

Es kann nicht sein, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor die mittleren Einkommen belasten und die vermögenden und gut situierten mit dem guten Einkommen – relativ gesehen – weniger zur Kasse bitten als noch in den 90er-Jahren, und das, obwohl einige davon von den Dingen profitiert haben, die uns am Ende in die Krise geführt haben. Ich bin sehr dafür, bei der Einkommensteuer bis auf 49 % nach oben zu gehen und eine Vermögensbesteuerung wieder einzuführen, die 1 : 1 den Ländern zugutekommt. Das bedeutet, dass diejenigen, die viel Geld haben, die viel Vermögen haben, dazu beitragen, dass wir auch morgen noch gute Kitas, gute Schulen, gute Hochschulen in Rheinland-Pfalz haben. Das bedeutet auch Gerechtigkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Licht, CDU: Alter Klassenkampf!)

Frau Klöckner, Sie hatten bis heute Morgen noch keinen wirklichen Sparvorschlag, geschweige denn ein Sparkonzept. Letzteres habe ich heute auch noch nicht gehört.

(Dr. Weiland, CDU: Textbaustein 425! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Dann haben Sie eilig ein paar Journalisten zusammengetrommelt. Da war ich schon gespannt.

(Zurufe von der CDU)

Da haben Sie eine Liste vorgelegt. Ich habe mitgerechnet.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Konkret kam ich auf Einsparvorschläge von unter 17 Millionen Euro für 2012, weil vieles nebulös blieb.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Davon 16,8 Millionen Euro durch die Streichung der kostenlosen Schülerbeförderung. Respekt! Ansonsten wollen Sie in der Bildung sparen, bei der Schülerbeförderung. Sie wollen die Studiengebühren einführen, wissen aber nicht so genau für wen. Sie wollen bei der Justiz sparen, wissen noch nicht so ganz genau wo.

(Frau Klöckner, CDU: Sie lügen doch gerade!
Das haben wir doch gar nicht gesagt!)

Sie wollen vor allem – das finde ich einen produktiven Vorschlag – den Haushalt lesen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Ich verstehe das. Ich habe eine Menge Verständnis dafür, weil wir sozusagen gerne gemeinsam mit Ihnen diesen Weg der verantwortlichen Haushaltskonsolidierung gehen wollen. Da habe ich überhaupt kein Problem damit. Sie haben es angesprochen.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Wir haben Haushalts- und Finanzexperten par excellence in unserer Fraktion. Ich glaube, Ulrich Steinbach kommt gerne in Ihre Fraktion und hält ein Seminar, wie der rot-grüne Haushalt funktioniert, was gut daran ist und wo man vielleicht noch ein bisschen mehr einsparen kann.

(Reichel, CDU: Den brauchen wir nicht!)

Ich bin gespannt, was er Ihnen beibringt und welche Vorschläge wir während der parlamentarischen Beratung von Ihnen zu hören bekommen. Wenn Sie die Expertinnen und Experten nicht in den eigenen Reihen haben, wir helfen da gerne einmal aus, Frau Klöckner. Das ist gar kein Problem.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Sie haben kein Konzept. Sie kritisieren jeden Sparvorschlag und fordern im Bund Steuersenkungen. Das ist doch alles gar nicht ehrlich. Das passt doch alles nicht zusammen. Das ist nicht rund. Das durchschauen die Menschen. Damit werden Sie nicht durchkommen. Es ist schlicht und ergreifend zu einfach. Ich habe heute davon abgesehen, als Mainzer meine Rede in Reimform zu verlesen.

(Dr. Weiland, CDU: Da wäre sie auch nicht besser geworden!)

Aber heute Morgen um halb zehn haben wir schon eine Büttrede gehört. Ich denke, das ist genug.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Sie werden konkrete Vorschläge machen müssen, wenn Sie ernst genommen werden wollen. Da müssen Sie den Leuten auch erklären, wo es wehtut.

Im Haushalts- und Finanzausschuss haben Sie sich gegen die Deckelung bei den Beamtenbezügen gewehrt.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

In der „AZ“ fordern Sie Stelleneinsparungen, sagen aber nicht wo. Gegenüber den Beamtinnen und Beamten sagen Sie nicht, wo die Stellen für die Beamtinnen und Beamten gekürzt werden sollen und wie das überhaupt haushaltswirksam ohne betriebsbedingte Kündigungen wird. All das werden Sie in den Haushaltsberatungen beantworten müssen. Wir werden Ihnen diese Frage stellen, weil Sie die Aufgabe, die wir vor uns haben, nämlich die Schuldenbremse, mit beschlossenen haben. Deswegen werden wir Sie nicht aus der Haftung und der Verantwortung entlassen.

(Zurufe von der CDU)

Wir erwarten substanzielle Beiträge, wie es damals die GRÜNEN in der Opposition mit Ise Thomas gemacht haben.

(Pörksen, SPD: Genauso war das!)

Wenn von Ihnen gute Vorschläge kommen, werden wir ernsthaft darüber reden und es nicht mit der Macht der Mehrheit wegbügeln. Dazu haben wir den Mut und die Ehrlichkeit. Aber legen Sie die Ehrlichkeit und den Mut an den Tag, konkrete Vorschläge zu machen. Wir arbeiten uns gerne daran ab. Ich bin gespannt. Aber die Hoffnung, na ja, stirbt bekanntlich zuletzt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Verantwortung, Mut und Ehrlichkeit sind die Leitlinien unserer Haushaltspolitik. Das spiegelt sich im Doppelhaushalt 2012/2013, dem ersten rot-grünen Haushalt, wider. Wir werden die Schuldenbremse einhalten. Wir werden den Anforderungen der Verfassung an die Haushalte deutlich gerecht. Wir stellen Rheinland-Pfalz damit so auf, dass wir handlungsfähig bleiben und auf mittlere und lange Sicht noch stärker werden, damit wir unseren Kindern und Kindeskindern noch mehr Handlungsspielräume eröffnen.

Wir gehen mit der Konsolidierung ehrlich um. Wir sagen, dass wir manches Wünschenswerte, was wir auch wollen, uns nicht leisten oder nicht sofort leisten können. Wir werden nicht nur ausgabenseitig etwas tun, wir werden auch die Einnahmeseite verbessern. Wir werden Rheinland-Pfalz konsolidieren und an den richtigen Schwerpunkten gestalten. Wir werden in die Zukunftsgebiete investieren. Wir werden durch die Energiewende, Investitionen in Bildung und frühkindliche Förderung in die Bereiche investieren, die unser Land fit machen, auch noch in zehn und 20 Jahren ein lebenswertes, ein gutes Land zu sein, in dem die Menschen gerne leben.

Wir lassen die Kommunen hierbei nicht im Stich. Wir werden auf Basis dieses Regierungsentwurfs mit den Menschen in den Dialog treten. Wir werden unsere Ohren und Herzen nicht verschließen. Wir werden uns Argumenten stellen, aber immer klar sagen, wenn wir etwas ändern, weil es gute Argumente dafür gibt – Frau Klöckner, als Parlament, das ist unser Königsrecht, da gebe ich Ihnen Recht –, da muss auch die Gegenfinanzierung kommen.

Dann müssen wir auch sagen, wo wir es eventuell wegnehmen können. Dieser Prozess steht uns jetzt bevor. Wir werden ihn gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes gehen. Dabei werden wir aber ehrlich bleiben. Das unterscheidet die koalitions tragenden Fraktionen fundamental von der Opposition, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –

Frau Kohnle-Gros, CDU: Was soll denn das heißen?)

Das Ziel der Haushaltskonsolidierung

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Was ist das denn für eine Unterstellung?)

ist essenziell für die Umsetzung des sozial-ökologischen Wandels in Rheinland-Pfalz. Das ist unser Weg. Wir werden ihn gehen. Das wird ein langer Marsch werden.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Wir werden dabei die Menschen in diesem Land mitnehmen. Wir machen das, um das Land handlungsfähig zu halten und um Verlässlichkeit zu gewähren, um das Land auch in der Zukunft gestalten zu können. Wir machen das, um kommenden Generationen eine Welt zu hinterlassen, die vielleicht noch ein Stückchen besser ist als die, die wir vorgefunden haben, damit unsere Kinder für ihre Kinder auch morgen noch gestalten können.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Ich darf Gäste im Landtag begrüßen. Wir begrüßen den Seniorenbeirat und das Senientheater aus Koblenz. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall des Hauses)

Darüber hinaus darf ich die Siedlergemeinschaft Idar begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall des Hauses)

Ich erteile nun das Wort dem Ministerpräsidenten, Herrn Beck.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir zunächst, ein herzliches Wort des Dankes an das Parlament insgesamt und an die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen zu sagen. Ich meine, dass das eine interessante erste Würdigung dieses Haushaltsentwurfs gewesen ist und wir spannende Haushaltsberatungen vor uns haben.

Meine Damen und Herren, ich will auch deutlich machen, dass ich mich für die den Grundzügen nach bereits erfolgte Unterstützung durch die Koalitionsfraktionen bedanke. Ich freue mich darüber, dass wir auch durch enges Kooperieren im Vorfeld der vorgelegten Zahlenwerke eine Grundübereinstimmung erzielt haben, die diese Koalition auch in ihrer Koalitionsvereinbarung bereits zum Ausdruck gebracht hat.

Ich würde es bedauern, wenn es zutrifft, dass durch eine späte Kenntnisnahme eine erste Bewertung – dies unterstreiche ich – des Haushaltes nicht ausreichend möglich gewesen wäre. Frau Kollegin Klöckner, wir sollten aber den unterschiedlichen Wahrnehmungen einmal nachgehen. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben mir voller Entsetzen einen Zettel gereicht, dass das, was Sie gesagt haben, zumindest nicht mit ihrer

Handlung übereinstimmt. Sie haben gesagt, Sie hätten gerade 70 Stunden zur Verfügung gehabt. Ich sage, dass mir meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitgeteilt haben, sie hätten am 2. November einen ersten Haushaltsentwurf mit den entsprechenden Exemplaren für die Fraktionsvorsitzenden dem Parlament zugeleitet.

(Frau Klöckner: Elektronisch?)

– Nein, real.

(Zurufe von der CDU: Nein, nein!)

– Das müssen Sie mit dem Parlament klären.

Das sind nicht 70 Stunden, sondern – wenn ich davon ausgehe, dass es um die Mittagszeit war – das sind 250 Stunden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Unruhe bei der CDU)

Ich sage das nicht als Vorwurf, sondern ich habe gesagt, wenn die Wahrnehmungen so unterschiedlich sind, muss man diesen Dingen nachgehen. Noch früher kann aber keine Regierung liefern, meine Damen und Herren. Ich wäre zu meiner Oppositionszeit sehr glücklich gewesen, wenn ich so viel Zeit im Vorfeld der ersten Haushaltsberatungen jemals zur Verfügung gehabt hätte.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich deutlich machen, dass wir nicht nur einen Haushalt für die kommenden zwei Jahre und nicht nur, wie dies üblicherweise der Fall ist, eine Finanzplanung für die kommenden fünf Jahre vorgelegt haben, sondern dass wir zum ersten Mal eine verbindliche Orientierung und Finanzplanung bis einschließlich dem Jahr 2020 vorgelegt haben, um zu belegen, dass die Entscheidungen, die wir Ihnen präsentieren und vorschlagen, nicht nur kurzfristiger, sondern langfristiger Natur sind, und dass mit diesen Zahlenwerken die sogenannte Schuldenbremse, die bis 2020 einzuhalten ist, eingehalten wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen, das Land Rheinland-Pfalz hat durch die Entscheidung dieses Parlaments die engste Schuldenbremse, die es in einem Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland gibt. Sie ist auch deutlich enger als die, die sich der Bund im Grundgesetz gegeben hat. Das ist so beschlossen worden und so einzuhalten, und das wird von uns auch eingehalten.

(Dr. Weiland, CDU: Schauen wir mal!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen auch, dass wir bis zum Eintreten dieser Schuldenbremse in ihrer vollen Wirkung die alte Verfassungsgrenze einzuhalten haben, wonach die Investitionen jeweils höher sein sollen als die Neuverschuldung. Erlauben Sie mir bitte noch einmal darauf hinzuweisen, dass dann, wenn man jemandem einen Kredit gibt, wenn man im Vorhinein eine Rücklage bildet, wie beispielsweise für den Pensionsfonds, dies nach den Gesetzen dieses Landes Rheinland-Pfalz – und nicht, weil die Landesregierung

so handeln wollte – wie Investitionen zu verbuchen ist. Vielleicht nehmen wir das einmal miteinander zur Kenntnis. Oder Sie fordern die Landesregierung auf, einen Gesetzesbruch vorzunehmen. Der Finanzminister hat absolut nach den Gesetzen dieses Landes etatisiert. Ich bestehe darauf, dass das endlich zur Kenntnis genommen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU –
Dr. Weiland, CDU: Dann würde sich der Rechnungshof gesetzeswidrig verhalten!)

– Die Gesetze gelten für alle, auch für Rechnungshöfe und all die, die die Formel beurteilen.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, zum Zweiten will ich noch einmal auf einen weiteren Punkt hinweisen. Wenn Sie die Kreditaufnahmen, wenn Sie die Schulden, wenn Sie die unterschiedlichen Haushaltsdaten zwischen den Ländern vergleichen, müssen Sie natürlich, wenn ein Land wie Rheinland-Pfalz als einziges Vorsorge für die Pensionslasten in kommenden Jahrzehnten trifft und Sie die Daten der Ausgaben und der Kreditaufnahme mit anderen Ländern vergleichen, die das nicht tun, logischerweise diese Rücklage herausrechnen, weil Sie sonst immer bei denen, die eine Rücklage bilden, eine höhere Ausgabe haben. Das ist aber Vorsorge für die Zukunft. Das ist eine andere Art der Kreditvermeidung von morgen und übermorgen, meine Damen und Herren. Vielleicht lässt sich das begreifen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Dann ist gesagt worden, der Finanzminister, der dies sowohl in den Vorberichten zu diesem Haushaltsentwurf als auch in seiner Rede ausführlich und sehr schlüssig begründet hat, habe darauf hingewiesen, dass man nicht ausschließen könne, dass wir in eine Situation der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts kommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Verlaub, Frau Klöckner hat teilweise aus dem Gutachten der Sachverständigen zitiert. Wenn sie weiter zitiert hätte, wäre sie dazu gekommen, dass dann gesagt wird, die Risiken – – –

(Dr. Weiland, CDU: Hat sie vorgetragen!)

– Nein, das hat sie nicht mehr vorgetragen.

(Dr. Weiland, CDU: Doch, das hat sie vorgetragen!)

– Ich habe genau zugehört.

(Dr. Weiland, CDU: Ich auch!)

Lesen Sie es nach. Wir müssen darüber nicht streiten; denn es gibt ein Protokoll.

Meine Damen und Herren, wenn nicht, ist das egal. Ich will es aber noch einmal in Erinnerung rufen. Ihre Schlussfolgerungen wären noch falscher, wenn sie es vorgetragen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will noch einmal darauf hinweisen: Die Sachverständigen haben gesagt, sie könnten bei entsprechenden Auswirkungen der drohenden Risiken nicht ausschließen, dass statt der 0,9 % Wirtschaftswachstum – die Bundesregierung sagt 1 %, die wir uns zu eigen gemacht haben – das Wirtschaftswachstum bei einem entsprechenden Risiko auf 0,4 % zurückfallen könnte oder gar eine Rezession drohe.

(Dr. Weiland, CDU: Nein!)

– Lesen Sie es nach.

Wenn wir Ihnen einen Haushalt für die Jahre 2012/2013 und eine Finanzplanung, die bis 2020 reicht, vorlegen und diese Entwicklungen nicht als denkbare Szenario in unsere Überlegungen mit einbezögen, dann wären wir eine schlechte Landesregierung. Aber dieser Finanzminister ist nicht dafür zu kritisieren, dass er Realitäten in seine Überlegungen mit einbezieht. Vielleicht denken Sie einmal darüber nach.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Pörksen, SPD: Das ist aber jetzt
eine Peinlichkeit!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir jetzt alles andere als sorgenfrei mit den Haushaltszahlen in Bund, Ländern und Gemeinden für die kommenden Jahre umgehen können, ist doch wohl nachvollziehbar; denn das, was wir alltäglich an den Finanzmärkten, und zwar nicht nur in Europa, sondern auch in den Vereinigten Staaten erleben – übrigens ein wichtiger Absatzmarkt für die überdurchschnittlich exportorientierte Wirtschaft in Rheinland-Pfalz –, muss uns doch besorgt machen.

Wir haben 2008 erlebt, dass wir alle – ich nehme mich überhaupt nicht aus –, auch die Bundesregierung, damals die Hoffnung gehabt haben, die Verwerfungen an den Finanzmärkten würden nicht auf die Realmärkte durchschlagen. Wir sind auf bittere Weise eines anderen belehrt worden. Ich hoffe, dass es nicht so kommt. Es ist auch nicht selbstverständlich, dass GRÜNE und Sozialdemokraten als Opposition auf der Bundesebene die Politik der Bundesregierung unterstützt und ihr zugestimmt haben.

Das ist geschehen, weil diese Sorge da ist, dass wir handeln müssen, um dieses Durchschlagen der finanzpolitischen Verwerfungen auf die Realwirtschaft nach Möglichkeit zu vermeiden und dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht noch mehr verunsichert sind, als sie es ohnehin schon sind. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, mir auf jeden Fall geht es fast tagtäglich so, wenn ich irgendwo hinkomme, dass mich Menschen fragen: Ist denn das bisschen Geld, das ich mir für das Alter zurückgelegt habe, noch sicher? Was soll ich machen? Soll ich Gold kaufen? Soll ich meine Lebensversicherung auflösen? – Das alles treibt die Menschen um.

(Bracht, CDU: Das leistet aber keinen
Beitrag zur Sicherheit! –
Pörksen, SPD: Nicht antworten,
es lohnt sich nicht!)

– Das war der Herr Bracht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das alles muss uns doch bewegen, ein Optimum an Gemeinsamkeit bei den Grundorientierungen der finanzpolitischen Linien in dieser Republik zu erreichen. Zu der gehören eben auch die 16 Länder und die Kommunen und – wie Frau Klöckner zu Recht gesagt hat – auch die Sozialversicherungssysteme.

Das ist überhaupt keine Frage. Insoweit stellt unser Verhalten, das Verhalten der Landesregierung, eine verantwortliche Handlungsweise dar. Sie ist als aktive Beteiligung an der Bundespolitik über den Bundesrat zu werten. Wir waren nicht nur Zuhörer.

Sie können davon ausgehen, dass diese Landesregierung, nicht nur weil sie eine Koordinierungsfunktion für die Länder hat, sondern auch, weil sie die Brücke zu den CDU-geführten Ländern schlägt, durch aktives Mitmachen versucht hat, durch ihre jeweiligen Parteien bzw. Fraktionen auf Bundesebene einen konstruktiven Beitrag auf Bundesebene zu leisten.

Ich denke, wir müssen versuchen, diesen Weg über eine Reihe von Jahren hinweg miteinander zu gehen. Wir befinden uns mit anderthalb Füßen über dem Abgrund. Es müssen deshalb alle daran mitwirken, dass nicht geschubst, sondern nach hinten gezogen wird, sodass wir wieder vom Abgrund wegkommen. Dazu bekenne ich mich ausdrücklich, auch namens dieser Landesregierung.

Ich bin deshalb dankbar dafür, dass sowohl der Finanzminister gestern als auch der Kollege Hering und der Kollege Köbler vorhin diese verantwortliche Verhaltensweise angesprochen haben. Wir können deshalb von einer klaren Mehrheit in diesem Haus ausgehen, zu der beizutragen ich die Opposition ausdrücklich einlade.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dazu gehört aber auch, dass wir uns auf der Einnahmeseite nicht durch politische Entscheidungen Einnahmelöcher hineinholen, die wir durch Sparen nicht ausgleichen können.

Sie wissen – der Herr Finanzminister hat Ihnen die Zahlen im Detail vorgetragen, wenn Sie wollen, wiederhole ich Sie gern noch einmal –, dass wir in einer Größenordnung von mehr als 200 Millionen Euro per anno Einsparungen vornehmen müssen, und zwar bis zum Jahr 2020.

Weil wir in der Vergangenheit nicht nur Steuerminder-einnahmen durch die Rezession, sondern auch durch Steuersenkungen von gigantischem Ausmaß hatten, sind wir nicht in der Lage, weitere Steuersenkungen zu verkraften, unabhängig davon, ob wir das politisch für richtig oder falsch halten. Es ist schlicht und einfach nicht mehr zu schaffen.

Bitte zeigen Sie mir Größenordnungen auf, wie wir für das Land und die Kommunen zusätzlich 100 Millionen

Euro pro Jahr noch dauerhaft obendrauf einsparen können.

(Frau Schmitt, SPD: Richtig!)

Bitte zeigen Sie mir nur einen Schritt dazu auf. Ich bin gern bereit, darüber zu reden und darauf zu hören. Aber Sie werden sehr schnell sehen, wenn Sie sich mit den Zahlen jetzt nicht nur plakativ politisch – was ich Ihnen nicht vorwerfe, das gehört zum politischen Geschäft dazu –, sondern wirklich vertieft auseinandersetzen, dass das schlicht unmöglich ist, es sei denn, wir greifen in substanzielle Aufgaben ein, die dieser Staat im Bereich der sozialen Gerechtigkeit, der Bildung oder im Bereich wichtiger künftiger Weichenstellungen, wie der Infrastruktur oder der neuen Energieorientierung, hat. Das können wir uns überhaupt nicht leisten, weil wir dann selbst unsere Wirtschaft, die Nachfrage und die Zukunftsfähigkeit mehr als nur infrage stellen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Deshalb meine herzliche Bitte – wir alle haben schon in Koalitionen gearbeitet, auch auf Bundesebene –: Es bedarf der gegenseitigen Rücksichtnahme. Diese Operation, die derzeit durchgeführt werden soll und mit am Ende 6 Milliarden Euro Steuersenkungen angekündigt worden ist, ist in der Sache falsch und haushaltspolitisch nicht verantwortbar, weder beim Bund noch bei den Ländern noch bei den Kommunen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Erlauben Sie mir, dass ich das Folgende noch hinzufüge: Es wird gefragt: Kann denn die Sozialdemokratie die Entlastung der kleinen Leute verantworten? Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich beziehe mich selten auf den sogenannten Bund der Steuerzahler, mich vertritt er nicht.

(Pörksen, SPD: Das ist auch besser so! –

Dr. Weiland, CDU: Das würde ich an Ihrer Stelle auch nicht, weil sich das nicht mit Ihrer Politik verträgt!)

– Das ist auch sehr gut so, weil das ein Zukunfts- und Menschenbild ist, das sich dort verbirgt, das nichts mit meinen politischen Vorstellungen zu tun hat, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Pörksen, SPD: Genauso ist das! –
Ramsauer, SPD: Einige der Steuerzahler!)

Dieser Verband – das ist kein Schimpfwort – ist ein Lobbyverband einiger Großsteuerzahler. Das ist nicht zu bestreiten. Der Bund der Steuerzahler hat ausgerechnet, dass es für die kleinen Leute, von denen die Rede ist, im ersten Schritt im Jahr 17 Euro ausmacht. Für Verdiener, die eher meiner Einkommensgruppe zuzurechnen sind, sind es schon einige 100 Euro.

(Billen, CDU: Das ist aber nur, wenn man die „BILD“-Zeitung als Quelle heranzieht!)

– Das ist aber ein Zitat.

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Die zitiert doch den Steuerzahlerbund!)

– In Ihren Reihen sehe ich doch, dass Sie, wenn Sie nicht twittern, dauernd die „BILD“-Zeitung lesen. Wieso darf ich sie dann nicht zitieren?

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Der Bund der Steuer-Gewerkschaft, den ich sehr ernst nehme – Steuer-Gewerkschaft im Deutschen Beamtenbund heißt es korrekt –, hat die gleichen Berechnungen vorgelegt. Wie könnte es auch anders sein.

Nein, nein, ich bin nicht so primitiv zu sagen, man drängt sie in eine soziale Ecke. Es ist nicht einmal sozial, was dort vorgeschlagen worden ist; denn die Erhöhung des Grundfreibetrages wirkt sich linear für alle gleich aus, und die Veränderung des Tarifes, die sie vorschlagen, bringt für diejenigen, die viel verdienen, deutlich mehr an Entlastungen mit sich. Meine Damen und Herren, ich finde, ich mit meinem Einkommen brauche keine Entlastung, die dazu führt, dass wir in Rheinland-Pfalz 100 Millionen Euro mehr einsparen müssen, während wir bei den Familien mit Kindern oder bei der Bildung tiefe Einschnitte in Kauf nehmen müssen. Das ist keine Politik, das ist Lobbyismus, und es ist letztendlich der Versuch, eine kaputte Koalition noch ein wenig notzubeatmen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es sind nicht der Köbler, der Hering oder der Beck, die nun anfangen, ihre Ideologie zu verbreiten. Wenn Sie am 8. November in der „Süddeutschen Zeitung“ das Interview mit dem Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung nachlesen, der der sozialistischen Umtriebe nicht verdächtig ist, dann sagt er wörtlich: „Diese Steuersenkung wird verpuffen.“ Der Professor schlägt eine höhere Steuer für Vermögende und Millionäre vor. Er tut dies sicherlich nicht aus Ideologie, sondern aus einer wohlwogenen, wirtschaftswissenschaftlichen Position heraus. Ich könnte ihn jetzt noch weiter zitieren, ich habe den Artikel vorliegen.

Diese Menschen machen sich also Sorgen darum, dass das System in der Balance bleibt. Dies ist die Kernsorge auch dieses Mannes. Diese Menschen sagen: Man kann in einer solchen Situation die öffentliche Hand nicht dadurch handlungsunfähig machen, dass man dauerhaft auf Einnahmen verzichtet, noch zusätzlich zu dem, was ohnehin schon entschieden ist.

Das ist auch die Position dieser Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich fordere die CDU auf, endlich in dieser Frage Position zu beziehen. Sie haben in dieser Frage keine klare Position; denn viele Ihrer Kolleginnen und Kollegen, die Regierungsverantwortung in den Ländern oder in den Kommunen tragen und mit denen ich häufig rede, teilen zu 100 % die Auffassung, die ich gerade vorgetragen habe, und auch die

Opposition in Rheinland-Pfalz sollte sich einmal zu einer klaren Position in der Steuerpolitik bekennen. Nicht hü und hott, und jeder macht, was er will. Frau Billen – Ach, ich sage schon „Frau Billen“!

(Heiterkeit und Beifall im Hause)

– Entschuldigung! Ich würde Frau Billen nie zu nahetreten, indem ich sie finanzpolitisch mit Frau Klöckner vergleiche. Das würde ihr nicht gerecht werden.

(Beifall bei SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU: Oh!)

Sie hat mich früher oft geärgert, und das weiß sie auch, aber sie wusste immer, wovon sie redet, und daran habe ich bei Ihnen heute doch ernsthafte Zweifel gehabt.

Frau Klöckner, Sie können nicht immer allen recht geben in Ihren eigenen Reihen und nur einen Übertüchtungskompromiss machen. An solchen Stellen geht es ums Eingemachte, und man darf von einer Oppositionsführerin erwarten, dass sie Position bezieht und sich nicht durchschlingelt wie eine Blindschleiche.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf von der CDU: Das ist eine Beleidigung! –
Billen, CDU: Wenn einem die Argumente ausgehen, redet man so!)

– Das ist keine Beleidigung! Eine Blindschleiche ist ein possierliches Tierchen, das unter Naturschutz steht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Dr. Weiland, CDU: Bei Ihnen würde ich auch einmal einen Vergleich mit anderen Tieren anstellen! –
Bracht, CDU: Eine Unverschämtheit!)

Es gibt keine Möglichkeit, den Menschen Steuersenkungen zu versprechen und gleichzeitig im Parlament zu sagen, alle schmerzhaften Einsparungen könne man vermeiden, und man könne ab 2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Das ist unmöglich, und wer das den Leuten erzählt, der macht ihnen ein X für ein U vor. – Das ist noch eine freundliche Formulierung, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Herr Präsident Mertes hat uns vorhin gemahnt, das Wort „Lüge“ nicht so oft in den Mund zu nehmen, deshalb möchte ich es auch vermeiden. Aber lassen Sie mich noch auf diesen ständig wiederholten und wohlfeilen Punkt hinweisen, wie schlecht doch Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Ländern dastehe.

(Billen, CDU: Dann fangen Sie einmal bei den Kommunalfinanzen an!)

– Wir reden jetzt über die Verschuldung, aber ich komme nachher auch gern noch auf die Kommunalfinanzen

zu sprechen. Machen Sie sich keine Sorgen! Sie sind viel zu wichtig, als dass ich nicht darüber reden würde.

Mir liegt vom Statistischen Bundesamt – von niemand Geringerem als dem Statistischen Bundesamt –, abgedruckt im „FOCUS“ – auch kein Blatt, das ohne Weiteres der roten Hörigkeit bezichtigt werden kann –, das Ranking der Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Verschuldung pro Kopf einschließlich der Kommunen vor. Wo steht Rheinland-Pfalz in diesem Ranking? – Es steht genau auf Platz 8, genau in der Mitte aller Bundesländer. Das befriedigt uns nicht, deshalb legen wir auch diesen Haushalt und diesen Finanzplan vor. Aber wenn Sie erzählen, wie katastrophal in Rheinland-Pfalz doch alles sei, dann ist dies eine Mär, die durch die Fakten nicht gedeckt ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, deshalb kommt es darauf an, dass wir gemeinsam ein Zahlenwerk beschließen, das in den Grundlinien so aussieht, wie ich sie von meinen Kollegen Hering und Köbler bestätigt bekommen habe. Es geht darum, dass wir auch in finanziell fordernden Zeiten dem Land seine Gestaltungskraft, die ihm vorgegeben ist, auf der finanziellen Seite nicht entziehen, sondern sie auf wirkliche Schwerpunkte konzentrieren. Das ist der Bereich der Bildung, es ist der Bereich der Gerechtigkeit, der mit der Bildung in engster und in entscheidender Weise verknüpft ist, das ist der Bereich der ökologischen Verantwortung, aktuell besonders ausgedrückt durch die Energiewende, und es ist auch die Vorbereitung auf eine tiefgreifende Veränderung der Alterszusammensetzung unserer Gesellschaft.

Ich verweise in diesem Zusammenhang gern noch einmal auf die Ausführungen von Herrn Finanzminister Kühl in seiner gestrigen Haushaltsrede hinsichtlich der zukünftigen Veränderung des Anteils der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Verhältnis zu der Gesamtbevölkerung, also zu der Relation zwischen dem Anteil der Kinder und Jugendlichen, die leider zu wenige sein werden, aber für die wir auch Verantwortung haben, und der deutlich größeren Zahl der älteren Menschen, für die wir entsprechend Vorsorge zu treffen haben. Das heißt, wir müssen heute dafür sorgen, dass diejenigen, die später einmal im handlungsfähigen Alter sein werden, noch Gestaltungskraft haben und nicht nur durch das Abzahlen von Schulden gebunden sind. Dem fühlen wir uns verpflichtet.

Es ist wohlfeil zu erzählen, wir hätten uns in der Vergangenheit in diesem Land das Leben immer leicht gemacht. Ich könnte es mir leicht machen und sagen, in all diesen Jahren – ich bin nun fast 34 Jahre Mitglied dieses Parlaments – hat die jeweilige Opposition, also auch die CDU seit gut 20 Jahren, immer etwas draufgesattelt. Sie hat niemals gesagt, in welchem Bereich weniger ausgegeben werden soll. – So einfach will ich es mir gar nicht machen.

(Bracht, CDU: Das ist absolut falsch!
Das stimmt nicht! –
Licht, CDU: Das ist falsch!)

– Das stimmt absolut!

(Weitere Zurufe von der CDU)

– Es stimmt absolut. Sie haben immer draufgesattelt. Ich wollte es Ihnen dieses Mal ersparen, Herr Bracht, aber Sie sind ein so toller Stichwortgeber, dass ich es einfach nicht übers Herz bringe. Wir rechnen immer zusammen, was Sie öffentlich und in diesem Parlament fordern, weil wir Sie ernst nehmen.

Sie haben eine Forderung zusammengestellt, die sich auf zusätzlich 3,8 Milliarden Euro beläuft.

(Frau Klöckner, CDU: Was ein Quatsch!)

– Ich kann es Ihnen auch vorrechnen: 800 zusätzliche Polizisten, 1.000 zusätzliche Lehrer und viele andere Positionen.

(Frau Klöckner, CDU: Das ist doch ein Witz!)

– Haben Sie es gefordert oder nicht?

(Frau Klöckner, CDU: Wir machen doch Haushaltsberatungen! Warten Sie doch einmal ab!)

– Sie können sich nicht mehr daran erinnern? Es gibt gute Vitamintabletten, die helfen bei der Erinnerungsförderung.

(Frau Klöckner, CDU: Beim Nürburgring auch! –
Weitere Zurufe von der CDU)

– Frau Klöckner, ich wollte doch nicht darauf eingehen. Dann müssen Sie Ihren Nachbarn einmal bremsen. Ich wollte es überhaupt nicht sagen, weil ich einen anderen Ton anschlagen wollte.

(Bracht, CDU: Märchen erzählen Sie hier!)

Aber wer solche Zwischenrufe macht, die Wind säen, und diese in den Raum bringt, der erntet Sturm. Das ist nun mal so.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

– Frau Klöckner, Sie rufen jetzt Ihrerseits dazwischen. Sie haben vorhin zweimal Experten von außen angefordert, die Ihnen helfen sollen. Ich kann Sie nur warnen: Seien Sie vorsichtig! – Ihre Vorgänger im Amt haben auch immer Experten von außen geholt. Am Ende musste Ihre Fraktion Kredite bei der Landtagsverwaltung, das heißt beim Land Rheinland-Pfalz, beim Steuerzahler aufnehmen, damit Sie nicht in Konkurs geraten. Also seien Sie vorsichtig, diesen Weg Ihrer Vorgänger fortzusetzen!

(Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Das sagt derjenige, der
den Nürburgring versenkt hat! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Ist es die Wahrheit oder nicht?

(Frau Klöckner, CDU: 330 Millionen Nürburgring! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Ich müsste mir eigentlich Ihren Kopf gar nicht zerbrechen,

(Licht, CDU: Nürburgring lässt grüßen!)

aber wir sind Kolleginnen und Kollegen, und deshalb darf ich Sie davor warnen, dass Sie wieder in die Situation kommen, dass Sie ohne Kredite vom Steuerzahler nicht einmal Ihre Fraktionsausgaben bestreiten können.

(Licht, CDU: Sie finanzieren Experten auf Kosten der Steuerzahler!)

Das wollte ich nur in aller Freundschaft und Zurückhaltung zu Ihrer Art der Finanzpolitik gesagt haben.

(Beifall der SPD und beim BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Henter, CDU: Nürburgring!)

– Zum Nürburgring hat Herr Kollege Hering das gesagt, was zu sagen ist. Dahinter stehe ich zu 100 %.

(Licht, CDU: 27 Millionen für Experten! –
Frau Schneider, CDU: Schlosshotel! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Bracht, CDU: 330 Millionen auf dem Nürburgring versenkt!
Mein lieber Mann! –
Zuruf des Abg. Licht, CDU –
Unruhe im Hause)

– Sie wissen, ich mag Zwischenrufe.

(Licht, CDU: Ich weiß!)

Das Schöne ist, ich habe keine begrenzte Redezeit. Insoweit machen Sie nur weiter, das ist überhaupt kein Problem.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben Ihnen eine Haushalt vorgelegt, der inhaltlich Gestaltungsanspruch hat und einen ganz klaren Weg aufzeigt, wie wir in diesem Land Rheinland-Pfalz im Jahr 2020 eine schwarze Null schreiben können.

(Billen, CDU: Das hatten wir auch schon alles! –
Frau Klöckner, CDU: Das hat er schon gesagt!)

Diesen Weg werden wir auch weiter gehen. Der liebe Kollege Billen war gestern leider nicht da und konnte die Haushaltsrede nicht hören. Er hat sie aber sicher heute Nacht nachgelesen.

(Billen, CDU: Nein, habe ich nicht!)

Er ist wenigstens ehrlich. Sie behauptet immer, sie hätte alles gelesen. Ich glaube es auch nicht.

(Billen, CDU: Sie tut das auch! Aber ich nicht! Ich brauchte sie nicht nachzulesen!)

– Ich wollte nur sagen, deshalb verzeihe ich Ihnen Zwischenrufe; denn Unkenntnis bringt einen manchmal dazu, dass man falsche Dinge dazwischenruft.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Ich möchte jetzt aber auf die Sache eingehen. Nein, es war nicht so, dass in diesem Land je mit Geld geaast worden ist.

(Bracht, CDU: Doch! 35 Milliarden!)

Übrigens auch nicht zu Zeiten unserer Vorgängerregierungen, die in Relation zu den damaligen Haushaltsgrößenordnungen jeweils deutlich schlechtere Haushaltsdeckwerte vorgelegt haben. In fast jedem Jahr der CDU-Regierung hat man in den Ausgaben über den Empfehlungen des Finanzplanungsrates gelegen.

Ich bin bereit, Ihnen die Zahlen zu nennen. Ich habe sie bei früheren Haushaltsberatungen schon einmal vorgelegt. Ich bin bereit, Ihnen die Zahlen zu geben.

Ich werfe dies diesen Regierungen nicht vor, weil ich weiß, wie groß der Nachholbedarf dieses Landes Rheinland-Pfalz gegenüber Ländern gewesen ist, die eine völlig andere Wirtschafts-, Hochschulstruktur usw. hatten.

(Billen, CDU: Gute Erkenntnis!)

– Das war schon immer meine Erkenntnis. Ich habe es nie vorgeworfen. Aber es ist Fakt.

Zu dieser Zeit sind relativ gesehen mehr Schulden gemacht worden als in den 20 Jahren sozialdemokratischer Verantwortung. Das ist so.

Wir haben die Schulden auch nicht leichtfertig gemacht. Übrigens waren es damals Boom-Jahre, was das Wachstum angeht. Aber es war auch ein riesiger Nachholbedarf vorhanden.

(Bracht, CDU: 35 Milliarden Euro,
2016 42 Milliarden!)

– Herr Kollege Bruch es ist so, dass ich es Ihnen nachher noch einmal erklären kann.

(Frau Klöckner, CDU: Von wegen mit den Vitaminen! Herr Bracht!)

– Sonst stören wir hier nur dauernd. Ich sage es Ihnen nachher noch einmal.

(Frau Klöckner, CDU: Herr Bracht!)

– Herr Bracht, ja, Entschuldigung. Danke. Ich nehme dann auch eine davon.

(Bracht, CDU: Die Zahlen sind doch eindeutig!
35 Milliarden jetzt, 42 Milliarden 2016!)

– Ach du lieber Himmel! Nicht jede Einfalt ist schon ein Einfall, lieber Herr Kollege Bracht.

(Frau Klöckner, CDU: Das war jetzt schon ein bisschen holprig! –

Bracht, CDU: Das ist Ihre Art zu reagieren, weil Sie keine Argumente mehr haben!)

Ich möchte noch einmal deutlich machen: Das, was ich den früheren Regierungen ausdrücklich konstatiere, war auch unser Beweggrund, und er war richtig. Wir hatten nach wie vor einen Strukturwandel zu Ende zu gestalten, der gigantisch war. Das galt auch für die Regierungen Kohl und Vogel, für die Nachkriegszeit ohnehin unter Herrn Altmeier, keine Frage.

Aber dieser gigantische Veränderungsprozess eines Agrarlandes hin zu einem Industrie- und Dienstleistungsland war im Jahr 1990/1991 bei Weitem nicht abgeschlossen.

Gott sei es gedankt, in den Jahren 1989/1990/1991 kam die deutsche Wiedervereinigung. Wir alle haben – das zu Recht – einen gigantischen Beitrag zu erbringen gehabt.

Ich bekenne mich dazu, ihn weiter bis 2020 zu erbringen, solange der Solidarpakt läuft, meine Damen und Herren. In den CDU-Reihen müssen Sie da noch Überzeugungsarbeit leisten. Auch dazu habe ich von Frau Klöckner noch kein klares Wort gehört. Wie ist denn Ihre Positionierung dazu?

Ohne diese Aufgabe, die ich um nichts in der Welt missen möchte, weil die Deutsche Einheit dahintersteht, hätte Rheinland-Pfalz bei gleichen Einnahmen und Ausgaben 1997 einen ausgeglichenen Haushalt gehabt.

Ich bejammere diese Veränderungen nicht. Es ist unsere Verantwortung.

(Bracht, CDU: Und bei den anderen Ländern? Wie sieht es denn da aus?)

– Haben denn die anderen Länder ausgeglichene Haushalte? Was soll denn dieses Gerede!

(Bracht, CDU: Einige schon!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich ein weiteres Argument nennen. Dass dieses Land Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Brandenburg durch die dann folgende Veränderung der Welt – Zusammenbruch des Warschauer Paktes, Abrüstung überall, Gott sei Dank möglich – von den Aufgaben, aus ehemals militärisch genutzten Flächen etwas Neues zu machen, am höchsten betroffen war, wird noch niemand ernsthaft in Abrede stellen. 465 militärische Liegenschaften waren und sind noch in zivile Nutzung zu überführen. Das war gigantischer Art.

Dass es da auch mal Schwankungen und ein Auf und Ab und Probleme gibt, ist so. Wer mir erzählt, dass er eine so gigantische Aufgabe hinbekommt, ohne dass es auch einmal Rückschläge gibt, der macht den Leuten etwas vor. Deshalb kämpfen wir.

Wir haben auch um den Hahn zu kämpfen, das ist gar keine Frage. Wir haben auch um manchen anderen Ansatz zu kämpfen, den es gegeben hat, bei dem eine Firma an einem Standort einmal Bankrott macht und man wieder neu anfangen muss. Wir bekennen uns dazu.

Wir haben dafür zusätzlich 2 Milliarden Euro aufgewendet. Mit der Bundeswehrreform werden jetzt neue Aufgaben auf uns zukommen. Ich hoffe, der Bund lässt uns nicht wieder im Stich.

Das alles war zu bewältigen. Wer erzählt, das wäre falsch gewesen, der muss mir erzählen, wie es heute in Zweibrücken, in Primasens, in Kaiserlautern, in Koblenz, in Mayen oder in Bitburg ohne die Anstrengungen aussehend würde, die wir unternommen haben.

(Frau Klöckner, CDU: Nürburging! –
Bracht, CDU: Dafür gab es damals eine Mehrwertsteuererhöhung!)

In Zweibrücken beispielsweise sind drei Kasernen, ein Flugplatz und eine Housing Area aufgegeben worden. Hätten wir die im Stich lassen sollen, meine Damen und Herren? Wir haben es nicht getan, und wir haben richtig gehandelt, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Dafür gab es aber eine Mehrwertsteuererhöhung! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Wir haben auch richtig gehandelt, als wir 2008 aus einem Boom heraus wegen des Durchschlagens der finanzwirtschaftlichen Probleme, der Spekulationsprobleme, auf einmal von jetzt auf gleich in die Rezession gestürzt sind. Das hat für die Unternehmen in diesem Land und darauf fußend für die Arbeitsplätze erhebliche Herausforderungen gebracht.

Wir und der Bund haben sich entschieden – dafür bin ich dankbar –, zwei Konjunkturprogramme aufzulegen. In dem Konjunkturprogramm II ging es darum, über Defizitspending dieser Rezession entgegenzuwirken. Das Land Rheinland-Pfalz, die Kommunen und die Kirchen waren mit einbezogen worden. Das gilt auch für freigemeinnützige Träger.

Wir haben uns zusammengetan und diese Beträge, die der Bund uns zugeordnet hat – das waren 611 Millionen Euro –, auf 824 Millionen Euro aufgestockt. Hätten wir das nicht machen sollen? Wäre es richtig gewesen, in den Jahren 2009 und 2010 in den konsumtiven Ausgaben, bei denen wir weiß Gott nicht großzügig waren, so auf die Bremse zu treten, wie wir das jetzt tun? Hätte das in die Konjunktur gepasst? Ich sage klar Nein. Ich stehe zu dem, was wir finanzpolitisch in den letzten 20 Jahren gemacht haben. Es war richtig und vernünftig. Es hat dieses Land in die Spitzengruppe der deutschen Länder und der europäischen Regionen geführt.

Jetzt haben wir eine Ausgangslage, in der wir viel stärker sind, in der wir wirtschaftlich viel gesetzter sind und im Bereich Arbeitsmarkt Spitzenposition besetzen. Jetzt haben wir eine Situation, in der wir die Einhaltung der

Schuldenbremse unter wirtschaftlichen und nicht nur unter fiskalischen – da ist es sowieso notwendig – Gesichtspunkten verantworten können.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das ist die Logik, mit der meine Regierungen über zwei Jahrzehnte Politik gemacht hat. Dafür entschuldige ich mich in keiner Weise, meine Damen und Herren, im Gegenteil.

(Dr. Weiland, CDU: Hat keiner verlangt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich mache noch einmal deutlich, dass wir jetzt in gigantischer Weise konsolidieren, und zwar so, dass wir das bis zum Jahr 2016 in einer Größenordnung von über 1,1 Milliarden Euro bereits auf den Weg gebracht haben. Das ist in dieser Wahlperiode nachprüfbar. Sie alle können noch mit darüber bestimmen, ob dieser Weg richtig ist oder nicht. Sie müssen aber dann auf Ihre Art und Weise Mitverantwortung für den Weg übernehmen. Ich rate auf jeden Fall dazu, diese Verantwortung zu übernehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie die Wirtschaftsdaten dieses Landes sehen – ich will aus Zeitgründen jetzt gar nicht so sehr darauf eingehen –, dann hat das Mittelstandsbarometer, das in diesem Jahr gerade erschienen ist, uns im Ländervergleich bei der Mittelstandspolitik auf Platz 2 gesehen, in der Bildungspolitik auf Platz 2 aller Länder, in der mittelständischen Förderpolitik auf Platz 4, in der Industriepolitik auf Platz 5, hinsichtlich der Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen auf Platz 6. In der Beurteilung der Geschäftslage durch mittlere Unternehmen urteilen 92 % mit „gut“ und „eher gut“. Das ist der absolute Spitzenplatz unter den deutschen Ländern.

Jetzt komme ich zur Erwerbstätigkeit. Das ist die Grundlage für die Lebenssituation der Menschen, die sich in diesen Daten ausdrückt. Die Erwerbstätigkeit hat im Jahr 2010 einen absoluten Höchststand in diesem Land erreicht. 1,86 Millionen Menschen waren erwerbstätig. Das sind 11.500 oder 0,6 % mehr als 2009.

Bei langfristigen Betrachtungen liegen wir 11,5 % höher als noch im Jahr 1991, als hier die Sozialdemokratie die Verantwortung übernommen hat.

Im Bundesvergleich ist die Erwerbstätigkeit um 4,8 % im gleichen Zeitraum gestiegen. Bei den Ländern im Westen – ich nehme bewusst den Osten aus, weil wir dort andere, leider schlechtere Bedingungen haben – ist der Schnitt 9,5 %. Wir liegen also volle 2 % besser als der Schnitt der Länder im Westen.

Die Anstrengungen, die wir finanzpolitisch unternommen haben, haben wir nie ohne die Menschen und die Wirtschaft unternommen. Wir suchen intensiv das Miteinander mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften und den gesellschaftlich wichtigen Organisationen. Sicher war früher die Zusammenarbeit auch gut, aber sicher nicht besser als heute. Das bestreite ich nicht. Wir sind da auf einem guten Weg.

In einer Zeitung ist veröffentlicht worden, dass es Verwerfungen zwischen der BASF bzw. dem Vorstand und der Landesregierung gäbe. Glauben Sie es nicht. Im Einvernehmen und Abstimmung hat Herr Dr. Bock, der Vorstandsvorsitzende, in einem Interview im Internetfernsehen über die gute Zusammenarbeit berichtet. Wenn Sie es wollen, kann ich darüber berichten. Ich will es mir aber aus Zeitgründen ersparen.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

– Bitte?

(Schreiner, CDU: Wie ist das mit der grünen Technologie?)

Also lese ich es Ihnen doch vor, der ungläubige Thomas muss überzeugt werden.

(Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

Das ist gar kein Problem. Das haben wir gleich.

(Licht, CDU: Alles ist gut, ich hätte auch nichts anderes erwartet!)

Ein Blick und die Sucherei geht los. Da ist es.

Dr. Kurt Bock hat wörtlich ausgeführt: Es gibt ja sowohl auf der Kabinettseite neue Gesichter als auch bei uns im Vorstand. Da hilft es natürlich, wenn man sich trifft und sich unterhält. Daneben haben wir auch eine ganze Reihe von gemeinsamen Themen besprochen, wie beispielsweise Bildung, ganz, ganz wichtig in Rheinland-Pfalz, wo wir auch als BASF einen guten Beitrag leisten, wo auch die Landesregierung viele gute Dinge macht. Wir haben auch über die Energiewende gesprochen, wie Sie sich vorstellen können. Da haben wir gewisse Sorgen als BASF bezüglich der Berechenbarkeit, Grundversorgung und Bezahlbarkeit von Strom. Aber auch da haben wir ein gutes Gespräch geführt. Also es gibt eine ganze Reihe von spannenden Themen. –

Weiter hat er gesagt: Also aus unserer Sicht ist die Stimmung gut und sehr vertrauensvoll. Wir arbeiten seit vielen Jahren eng mit den Behörden und der Landesregierung zusammen. Ich glaube, wir haben auch von der anderen Seite ein gutes Grundvertrauen für uns erarbeiten können. Das bestätige ich jetzt. Das ist ein Vermögen, mit dem wir sehr sorgfältig umgehen wollen. –

(Ramsauer, SPD: Hört, hört! –
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Dies bezieht sich auf ein Telefonat mit Herrn Dr. Bock, nachdem ich diese Pressemitteilung gelesen habe. Das beinhaltet die ausdrückliche Bestätigung, dass an den Meldungen nichts dran ist. Das sage ich so weit dazu, bevor eine Legendenbildung unterwegs ist.

Das Interview ist vorher gegeben worden. Er hat ausdrücklich gesagt, das ist seine Haltung und Meinung.

Bevor sich Dinge verselbstständigen, will ich das richtigstellen. Wer es weiter behauptet, dass es diese Verwerfungen gibt, tut dies zumindest wider besseres Wissen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie neigen dazu zu sagen: Was ist das schon? – Frau Klöckner hat in etwa gesagt, dass es um „Sparen light“ oder so ähnlich geht. Ich glaube, sinngemäß ist das richtig.

(Frau Klöckner, CDU: Nein, habe ich nicht!)

– Sinngemäß haben Sie das gesagt. Das habe ich gestern Abend im Fernsehen gehört.

(Frau Klöckner, CDU: Ich habe nicht „Sparen light“ gesagt!)

– Oder Sie haben gesagt, es sei nicht richtig oder ernsthaft gespart. Das kommt auf das Gleiche heraus.

(Dr. Weiland, CDU: Also, Sie haben sie nicht gelobt!)

– Das erwarte ich gar nicht. Ich versuche, das ernsthaft zu sehen. Das ist doch gar nicht der Punkt. Ich will nur auf Ihr Argument eingehen. Das darf man. Ich glaube, das muss man auch.

(Dr. Weiland, CDU: Wir bitten darum!)

Ich will noch einmal ein paar Konsolidierungsmaßnahmen nennen.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Dazu gehört der sozialverträgliche Personalabbau bis 2016 mit einem Einsparvolumen von 205 Millionen Euro. Gehen Sie mit mir eine Wette ein, dass Sie zumindest vor Ort, aber wahrscheinlich auch auf der Wiese in jedem Einzelfall bei den Demonstranten dabei sein werden? Ich wette eine gute Flasche Wein jeweils aus einem anderen Weinanbaugebiet aus Rheinland-Pfalz.

Als Weiteres ist die Deckelung des Besoldungsanstiegs zu nennen. Das ist ein ganz entscheidender Einschnitt. Hendrik Hering und Daniel Köbler haben vorhin gesagt, natürlich fällt uns das nicht leicht und den betroffenen Menschen auch nicht. Wir haben eine Sozialkomponente für die Menschen in den unteren Einkommensgruppen eingebaut.

Aber natürlich ist das nicht einfach. Wir müssen aber dort vom Niveau herunter. Das ist eine dauerhafte Einsparung für alle Zukunft, weil der Sockel abgesenkt wird. Bis 2016 hat das eine Wirkung von 169 Millionen Euro. CDU: Nein.

Erhöhung der Grunderwerbsteuer: 99 Millionen Euro dauerhafte Wirkung. – Wir werden hören, ob Sie am Ende wirklich zustimmen.

Wasser-Cent: Wir werden sehen, ob die Beträge kommen. Wir werden das sehr verträglich machen, auch was die Realitäten unserer Landwirte, der Unternehmen usw. angeht: 20 Millionen Euro.

Konsolidierungsbeitrag LBB und LBM. Ich habe mit Dienststellenleitern gesprochen. Natürlich klagen die. Das verstehe ich auch. Ich bin denen deswegen auch nicht böse. Aber wenn man einen Großteil der Aufgaben in eine eigene wirtschaftliche Dimension hineinbringt,

dann muss diese, weil sie auch zur Schuldenbremse angerechnet wird – darauf haben Sie bestanden; ich habe auch nichts dagegen –, mit in die Sparmaßnahmen einbezogen werden. Wie denn sonst? Also 100 Millionen Euro LBB, 30 Millionen Euro LBM; immer bis 2016.

Ich lasse jetzt einmal die Fusion von ISB und LTH weg, weil das ein Einmaleffekt von 12,7 Millionen Euro ist.

Vermessungs- und Katasterämter: In meiner Sonntagsprechstunde hatte ich eine Reihe von Personalräten, die ihre Sorge ausgedrückt haben. Ich kann den Leuten nicht sagen, dass ich sie nicht verstehe. Ich konnte ihnen nur sagen, bei uns wird niemand entlassen. Wir setzen das so um, dass die Wege möglichst optimiert sind, die sie gehen müssen. Wir müssen aber nach neuen Technologien suchen – Stichwort Satellitenvermessung etc., die ganzen IT-Möglichkeiten – und diesen Weg gehen: 210 Stellen, 300 Stellen Grundbuchämter.

Bei der Polizei sollten Sie wissen – – –

(Billen, CDU: CDU-Zustimmung haben Sie vergessen!)

– Bei den Katasterämtern?

(Billen, CDU: Ja!)

– Ja, aber nicht vor Ort. Vor Ort habt ihr überall Theater gemacht wie bei der Polizei.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Ich nehme gern zur Kenntnis, dass Herr Kollege Billen sagt – ich glaube Ihnen auch, dass Sie das so sehen –, dass es nicht unvernünftig ist. Ich stelle nur fest, vor Ort habt ihr überall Theater gemacht.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Ihr habt überall Theater gemacht.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Bei der Polizei habt ihr so etwas wie einen Phantomschmerz erlebt.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Ihr auch!)

Wie weit sind wir denn schon, dass, wenn der Innenminister einen Auftrag gibt, eine Struktur von immerhin über 9.000 Menschen, die für uns an entscheidender Stelle arbeiten, von einer Expertenkommission – es waren sogar mehrere, wenn ich es richtig weiß – unabhängig voneinander untersuchen zu lassen, und dann kommt aus dieser Expertenkommission nach dem Motto „Herr Lehrer, ich weiß was, im Keller brennt Licht, aber ich habe es ausgemacht“, etwas heraus, und daraus dann wirklich ein Luftballon entsteht. Ich könnte Ihnen verraten, dass wenige Tage, nachdem der Kollege Hering

(Dr. Weiland, CDU: Die verwechselt man schon mal!)

– der Kollege Hering, der Kollege Lewentz – diese Daten hatte, er mir gesagt hat, in der Fläche wird nicht ausgedünnt. Das war wenige Tage danach. Da war überall noch Sturm im Wasserglas. Das hat sich ja so gut gemacht. Dass dann unsere auch mit aufgeregt sind, wenn Sie sich aufregen, ist doch klar.

(Frau Klöckner, CDU: Jetzt sind wir schuld!)

Keiner will der weniger Aufgeregte in unserer Gesellschaft sein. Das ist ja so. Es war ein Phantomschmerz. Wir hatten keinen Auftrag gegeben, die Wachen und Inspektionen aufzulösen. Wir haben allerdings einen Auftrag gegeben, alles auf den Prüfstand zu stellen. Wissen Sie, wer in der Demokratie entscheidet? – Ja, die Politik. Das haben wir so gemacht. Wenn Sie sich wieder aufregen, sparen Sie sich Nerven. Warten Sie, bis diejenigen entschieden haben, die zu entscheiden haben, und Ihnen nicht einige Teilwahrheiten durchstrecken, die am Ende nie zur Realität gelangen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es wäre übrigens reizvoll, die Demografierendite und die 2.000 Lehrer von 3.000, die eingespart werden, weil wir 60.000 Schülerinnen und Schüler weniger haben werden, einmal mit anderen Ländern zu vergleichen. Ich erinnere mich noch an die Plakate drüben in Hessen. Die hessische Kultusministerin – ich glaube, es ist eine Dame – hatte gerade verkündet, wenn ich es richtig weiß, 2.000 Stellen im Anwärterbereich zu streichen. Ich werfe es ihr nicht vor. Nur Vorsicht, wenn man mit Steinen wirft und das Haus, in dem man sitzt, ein Glashaus ist. Insoweit haben wir da alle unsere Probleme.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Bitte?

(Billen, CDU: Man muss immer vorsichtig sein, wenn man mit Steinen wirft!)

– Ja gut. Manchmal ist es auch nett, einen Stein schön in den See klatschen zu lassen. Meine Damen und Herren, ich will nur sagen, Vorsicht bei den schnellen Pferden. Sie werden sehen, wir werden alle in den Ländern auf vergleichbare Anstrengungen kommen müssen.

Dann gab es diese wunderbaren Einsparungsvorschläge, wir sollten ein Ministerium streichen. Dann habe ich gedacht, irgendwie stimmt da doch etwas nicht. Jetzt will ich Ihnen einmal einen Satz zitieren: „Wir wollen Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in einem Ministerium der Generationen bündeln.“

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Frau Klöckner, CDU: Nicht in
einem Extra-Ministerium!)

Da habe ich als Erstes gedacht,

(Frau Klöckner, CDU: Ist das so
schwer zu begreifen?)

aha, das ist der gleiche Weg wie in Nordrhein-Westfalen. Wir sind den auch gegangen. Das ist ganz vernünftig. Sie wissen, wo das Zitat herkommt, Frau Klöckner?

(Frau Klöckner, CDU: Ich kenne mein
Wahlprogramm! Ich kenne das Wahl-
programm von Herrn Laschet!)

– Ich habe ja zitiert. Wissen Sie, wo es herkommt? Ich sage es Ihnen: in Ihrem Wahlprogramm unter 4.4.3. Das ist wörtlich zitiert.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aber heute haben Sie gefordert, das gleiche Ministerium abzuschaffen, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU)

– Ihr Wahlprogramm ist alter Käse? – So weit würde ich nie gehen, dass ich sagen würde, das Wahlprogramm der CDU ist alter Käse, meine Damen und Herren. Da von distanzieren ich mich.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Dr. Weiland, CDU: Das ist doch nicht wahr!
Sie verdrehen doch die Wahrheit!)

Das zu Ihrem Sparvorschlag Nummer 1.

(Zurufe von der CDU)

Zweitens, meine Damen und Herren:

(Dr. Weiland, CDU: Entweder haben Sie es nicht
verstanden, oder Sie verdrehen die Wahrheit!)

Der Kollege Hering hat schon die Zahl der Spitzenpositionen beim Bund mit über 400 zitiert. Es tut mir leid. Sie haben mich so darauf gebracht, bei der „BILD“-Zeitung zu schauen, dass ich das noch einmal gemacht habe.

Ich habe das gleiche Zitat aber auch bei der „Rheinischen Post“ gefunden. Die ist auch völlig unverdächtig irgendwelcher Oberflächlichkeiten oder der SPD- oder GRÜNEN-Nähe. Dort steht, dass der Bund in der Bundesregierung 985 neue Stellen schafft.

(Ramsauer, SPD: Skandal!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb Vorsicht beim Kaffeeklatsch. Wenn man allzu dreist reinklatscht, verspritzt man sich meistens arg selbst, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Also nein, es kann überhaupt nicht die Rede davon sein.

Im Übrigen, wir haben bis auf ca. 20 Stellen alle Stellen, die neu oder an anderer Stelle geschaffen worden sind, gegengespart. Schauen Sie es nach. Sie werden es im Haushalt finden. Wir haben die Summen sogar über – – –

(Frau Klöckner, CDU: Ja „über“!)

Wir haben die Einsparung übertroffen zu dem, was es an zusätzlichen Kosten verursacht. Auch das werden Sie im Haushalt finden, wenn Sie reinschauen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Pörksen, SPD: Aber sie suchen es doch gar nicht!)

Nur auch da zur Legendenbildung. Im Übrigen, wir haben mit Schleswig-Holstein und dem Saarland zusammen die kleinste Regierung eines Flächenlandes in der Bundesrepublik Deutschland. Von Aufblähen kann also weiß Gott nicht die Rede sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wäre reizvoll, über das Stichwort „Bildung“ zu reden. Das ist getan worden. Sie lieben es sehr, schreckliche Szenarien aufzuzeigen. Ich habe noch die letzte Debatte über die Hochschulen in Erinnerung und habe mir vorgenommen, wenn das neue Semester beginnt, zu schauen, wie attraktiv unsere Hochschulen für Studierende sind. Es muss furchtbar sein in diesem Land; denn von 113.069 Studierenden, die sich im Wintersemester eingeschrieben haben, kommen 61.742 aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland. Es muss wirklich entsetzlich sein, was Frau Ahnen zusammen mit den Hochschulleitungen anrichtet.

Lassen Sie diese Schlechtrederie! Stimmen Sie lieber zu, wenn wir den Hochschulen wie auch in diesem Jahr wieder eine verlässliche Grundlage für die kommenden Jahre geben; denn das ist notwendig, um für Bildung und Forschung eine Grundlage zu haben, die nicht von Haushalt zu Haushalt geht, sondern über einen vernünftigen und abgewogenen Forschungszeitraum hinausreicht und Sicherheit gibt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich möchte eines aufnehmen, weil ich die Ohren ganz besonders gespitzt habe, als Frau Klöckner ihr Bild von der Kindererziehung hat durchblitzen lassen. Haben Sie noch das Verhältnis zwischen Eltern und Kindertagesstätten im Ohr?

(Frau Klöckner, CDU: Das war
das Zitat von Frau Alt!)

– Nein, nein, Sie haben nicht zitiert.

(Frau Klöckner, CDU: Doch! –
Zurufe von der CDU)

– Nein, nein, nein, nein. Lesen Sie es nach. Glauben Sie mir, dass ich zuhöre. Ich habe es mir auch notiert.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

– Ja, was Sie da stehen haben, dann haben Sie sich „verbabbelt“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Klöckner hat deutlich gemacht, dass sie ein solches Bild, nämlich auf der einen Seite die Eltern und auf der anderen Seite die Kindergärten, für unverantwortlich hält. Was stehe da ein Familienbild dahinter.

Wir wollen Elternverantwortung und für alle ein Angebot für Kindergärten. Wir wollen kein Betreuungsgeld, das die Schwächsten in der Gesellschaft finanziell verleitet, ihre Kinder nicht mehr in den Kindergarten zu schicken.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Herr Bracht findet das lustig. Die meisten Familienpolitiker, und zwar auch solche in der CDU, finden das gar nicht lustig, sondern halten es für eine Katastrophe, was Sie sich von der CSU haben abhandeln lassen. Ich sage Ihnen: Es wird scheitern. Diesen Quatsch werden auch CDU-geführte Länder nicht mitmachen. Er ist nicht nur unreal und kostet nicht nur 1 Milliarde Euro, sondern darüber hinaus auch eine völlige Fehlleitung. –

Liebe Frau Klöckner, sagen Sie, dass Sie für das sogenannte Betreuungsgeld sind oder die Angebote in den Kindertagesstätten ausbauen wollen, um mit den Eltern ein vernünftiges Angebot zu schaffen. Bekennen Sie endlich Farbe, und verhalten Sie sich nicht nach dem Sprichwort „weder Fisch noch Fleisch“.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Bracht, CDU: Wenn nichts zu kritisieren ist,
muss man Feindbilder aufbauen!)

– Das ist doch nicht unser Problem. Darüber streitet ihr doch öffentlich. Das können Sie heute und konnten Sie gestern in allen Zeitungen lesen. Das darf man doch einmal zur Sprache bringen, weil wir im Bundesrat gefragt werden. Es ist nicht so, dass wir nur über Berlin diskutieren.

Die Landesregierung wird im Bundesrat darüber abstimmen müssen, ob das kommt oder nicht. Deshalb ist es wichtig, dass man erfährt, wie die GRÜNEN und die SPD dazu stehen. Insofern würde ich auch gern von Ihnen einmal hören, ob Sie dazu Ja oder Nein sagen. Dann könnte man darüber beraten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

So kann man Politik spielen, aber nicht machen.

Diese Prinzipien- und Standpunktlosigkeit wird Ihnen noch schwer auf die Füße fallen. Das sage ich Ihnen voraus. Sollten Sie je in die Situation kommen, gestalten zu müssen, wird Ihnen das alles schwer auf die Füße fallen. Aber der Wähler geht vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können auf unsere Bildungspolitik und darauf stolz sein, dass wir Spitzenreiter hinsichtlich der frühkindlichen Bildung sind. Ich kann mich nur herzlich bei den Kolleginnen bedanken, die früher oder heute dafür Verantwortung haben.

Ich fand es spannend, was Sie zur Schülerbeförderung gesagt haben. Das würde ich gern noch einmal im Klartext hören.

(Zuruf von der CDU)

– Dann ist es eine Position, einverstanden. Sie sagen, wir wollen einsparen, sagen aber nicht, dass das bedeuten kann, dass vom Land für alle Kinder keine Schülerbeförderungskosten mehr getragen werden. Der Verfassungsgerichtshof hat uns aufgegeben, entweder für alle Schülerbeförderungskosten aufzukommen oder für alle nicht.

(Schreiner, CDU: Richtig!)

Wenn der Schulweg 15 Kilometer beträgt, können wir die Kinder nicht nach siebeneinhalb Kilometer aussteigen lassen, weil wir das Geld für die restlichen Kilometer nicht haben.

(Zurufe von der CDU)

Ihre Fraktionsvorsitzende – da hätten Sie „Unsinn“ rufen müssen – hat vorhin gesagt, dass Sie an der Stelle sparen wollen. Wenn der Verfassungsgerichtshof sagt, dass es nur möglich ist, die Kosten für alle Schülerinnen und Schüler zu übernehmen, kann ich nicht sagen, dann sparen wir. Wollen Sie den Kommunen das Geld nicht geben? Wir haben im Haushalt 16,7 Millionen Euro dafür vorgesehen. Die Hälfte heißt, die Aufgabe ist nicht zu erfüllen, oder die Kommunen müssen sie bezahlen. Das heißt, „Butter bei die Fische“ zu geben und zu sagen, Ja oder Nein, oder die Kommunen sollen die Kosten in einem höheren Maß tragen. Dazwischen gibt es nur Gequake.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Ich finde, das ist eine ganz spannende Geschichte. Ich will an dem Punkt deutlich machen: Wenn man sich darauf einlässt, nur ansatzweise – das hat Frau Klöckner versucht – ein paar Vorschläge zu machen, ist man genau in der Situation, dass man nicht „sowohl als auch“ verfahren kann, wie es sonst Ihre Linie ist. Dann muss man Ja oder Nein sagen. Dazwischen gibt es nichts. Das vermisste ich.

Bringen Sie es in Ordnung, oder wir müssen den Menschen sagen, dass die CDU will, dass in Zukunft die Schülerbeförderung von den Eltern zu 100 % getragen wird oder die Kommunen die Kosten übernehmen sollen. Das ist das, was Sie vorhin ausgeführt haben. Wenn Sie es korrigieren, sage ich, es ist gut. Es war ein Fehler. Es wurde in Ordnung gebracht. Reden wir nicht mehr darüber. Was denken Sie, wie Politik geht, mit solchen Spielereien?

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch ein Wort zum Steuerverbund sagen. Für jemanden, der schon manches miterlebt hat, war es fast amüsant, wenn die CDU vorwirft, wir würden am Steuerverbund herumfuhrwerken. Solange ich regiere, ist der Verbundsatz einmal nach oben gesetzt worden und noch nie nach unten. In CDU-Regierungszeiten – schauen Sie es nach – wurde er fast jedes Jahr immer nach unten gesetzt.

(Billen, CDU: Ihr gebt das in Statistiken heraus!)

– Damals sind die Schulden angehäuft worden, die die Kommunen heute haben, weil Sie sie ausgeplündert haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen die Fakten dieses Haushalts.

(Zurufe von der CDU)

– Das ist doch die Wahrheit. Ich gebe sie Ihnen gern. Das ist nicht meine Wahrheit, sondern die Wahrheit. Das ist in den Protokollen dieses Hauses und den Gesetzen nachlesbar. Sie haben im Steuerverbund herumgefuhrt und den Verbundsatz nach unten gesetzt.

Ich will Ihnen die Zahlen sagen, wie sie sich in diesem Haushalt entwickeln. Das nenne ich kommunalfreundlich. Die Finanzausgleichsmasse – das ist der Finanzbeitrag, aus dem sich die Finanzverteilung der Kommunen ergibt – steigt von 1,873 Milliarden Euro auf 1,9457 Milliarden Euro im kommenden Jahr und auf 2,005 Milliarden Euro im Jahr 2013.

Veränderungen: plus 72,7 Millionen Euro und dann noch einmal plus 54,8 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, dann haben wir die Verstetigungssumme. Sie wissen, wir haben uns mit den Kommunen verständigt, dass die Einnahmeschwankungen abgemildert werden sollen. Diese Verstetigungssumme steigt von 1,7791 Milliarden Euro auf 1,851 Milliarden Euro und im Jahr 2013 auf 1,906 Milliarden Euro.

Wir werden die Landesleistungen im KEF-Programm auf 103 Millionen Euro bzw. auf 76 Millionen Euro festlegen. Wir werden den KFA-Anteil an diesem Programm auf 67 Millionen Euro bzw. 94 Millionen Euro festlegen.

Der Aufwuchs des Stabilisierungsfonds beläuft sich auf rund 52,7 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren – das fordern die Kommunen immer ein –, wir werden erneut eine Verbesserung zwischen den allgemeinen Zuweisungen und den Zweckzuweisungen haben, 64 % zu 36 %. Das waren im Regelfall 60 % zu 40 %. Sie wissen, das heißt, dass den Kommunen durch die neue Regelung mehr Gestaltungsspielraum als durch die frühere gegeben wird.

Diese Größenordnungen werden sich im Interesse der Gestaltungsspielräume der Kommunen auf 64,8 % zu 35,2 % im Jahr 2013 verbessern. Dazu kommen plus 5 % Familienleistungsausgleich. Hinzu kommen durchlaufende Mittel, die sich im Bereich der Kosten der Unterkunft und der Grundsicherung im Alter erhöhen, eine gute und wichtige Sache.

Meine Damen und Herren, mir muss das niemand erzählen. Ich habe diese 4 Milliarden Euro zusammen mit dem Kollegen Professor Böhmer und dem Kollegen Seehofer ausgehandelt.

Frau Klöckner, Sie müssen mir nicht sagen, was da kommt. Das haben wir in Nächten ausgehandelt, dem Bund abgerungen, im wahrsten Sinne des Wortes.

Helfen Sie mit, wenn Sie es können, damit der Bund die Mittel endlich sicherstellt. Er hat, um seinen Haushalt zu schönen, 1 Milliarde Euro, die jetzt anfällt, veranschlagt, und die weiteren 3 Milliarden Euro, die bis einschließlich 2014 anfallen, sind in keiner Weise abgesichert. Die Landesregierung wird deswegen im Bundesrat – wir sind gerade mit anderen Bundesländern in Verbindung – initiativ werden.

Die Kommunen – Sie kennen die Briefe der kommunalen Spitzenverbände bundesweit – lassen sich das zu Recht nicht gefallen. Da wird schlicht und einfach auf Bundesebene haushaltsmäßig geschludert. Immerhin geht es um weitere 3 Milliarden Euro, bei denen es sich um dauerhafte Leistungen handelt, nicht einmalige, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Da haben wir sicher schon einiges miteinander auf den Weg zu bringen, damit das Ganze wirklich seine gute Ordnung hat.

(Frau Klöckner, CDU: Frau Präsidentin!)

– Frau Präsidentin, Frau Klöckner möchte eine Kurzintervention machen.

(Frau Klöckner, CDU: Danke schön!)

– Gern geschehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen. Wir haben in einer Situation, die alles andere als ohne Risiken ist, aber aufbauend auf einer aktuell guten Wirtschaftssituation, die in Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich gut ist, einer Arbeitsmarkt- und Ausbildungsplatzsituation, die in Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich gut ist, mit vorsichtigem Ansatz, was die Wirtschaftswachstumserwartungen im Schnitt bis 2020 angeht, einen Haushaltsplan und eine finanzwirtschaftliche Vorausschau vorgelegt, die den Kriterien unserer Verfassung, der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen, aber auch den gesetzten Schwerpunkten im ökologischen, Energie-, Bildungs- und Sozialsektor gerecht werden. Das war eine riesige Anstrengung.

Wer herumläuft und sagt, das waren alles gar keine richtigen Sparbemühungen, dem oder der rate ich, mitzukommen zu all den Protestversammlungen, denen wir uns stellen und gestellt haben, und dort das Gleiche zu sagen. Aber nicht dort überall sagen, das hätte natürlich nicht sein dürfen, und hier sagen, ihr habt gar nicht ernsthaft genug gespart. Das passt nicht zusammen.

Wir haben ernsthaft gespart und dabei die Orientierung politisch-inhaltlich und finanzpolitisch nicht verloren. Ich bin sicher, das ist ein richtiger und verantwortlicher Weg für die Menschen in diesem Land Rheinland-Pfalz und für diejenigen, die in Zukunft in diesem Land leben werden.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Mitglieder des CDU-Gemeindeverbandes Konz. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Zu einer Kurzintervention hat sich Frau Kollegin Klöckner gemeldet.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Beck, Lautstärke heißt noch lange nicht, dass die Aussagen richtig sind.

(Beifall der CDU)

Lassen Sie mich nur auf wenige Punkte, weil Sie mich direkt angesprochen haben, eingehen. Sie haben letztlich Herrn Hering – ich würde sagen – düpiert, weil Sie seinen Job übernommen haben. Er hat die Aussprache zu meiner Rede nicht gewagt. Deshalb haben Sie das übernommen. Deshalb gehe ich auf Ihre Punkte ein.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD: Oh!)

Also zum ersten Punkt. Ich lege deshalb so großen Wert darauf; denn ich kenne diese Methode und das System.

Sie regen sich über etwas auf, was gar niemand behauptet hat, um sich dann als Feuerlöscher hinzustellen. Das ist so ähnlich dem System in der Regierung, Feuer legen und dann selbst Feuerlöscher sein.

(Ramsauer, SPD: Unverschämt –
Präsident Mertes übernimmt den Vorsitz)

Damit Sie es vielleicht nachvollziehen können, was ich zu Frau Kollegin Alt ausgeführt habe. Ich habe lediglich Frau Alt zitiert.

Frau Alt hat in einer Plenardebatte gesagt – Zitat; nicht mein Zitat –: Noch so engagierte Eltern können die Chancen guter Kinderbetreuung nicht ausgleichen. –

Mein Punkt ist nicht der, dass Kinderbetreuung falsch ist. Ich habe gesagt, das ist nicht mein Verständnis von Elternschaft. Ich traue den Eltern zu, dass sie gute Partner einer Kinderbetreuung sind und man sie nicht „über-toppfen“ muss.

(Beifall der CDU)

Das wollte ich deutlich machen.

(Zurufe von CDU und SPD)

Ein zweiter Punkt. Herr Beck, ich finde es nicht in Ordnung; denn das ist wider besseres Wissen, was Sie gesagt haben.

Zum Thema „Generationenministerium“. Im Wahlkampf und auch bei unser beider Fernsehduell, an das ich mich gerne erinnere, habe ich deutlich gemacht, dass wir kein zusätzliches Ministerium fordern, sondern ein Ministerium, das Integration und das Thema „Generationengerechtigkeit“ im bereits bestehenden Sozialministerium bündelt. Sie sagten damals in einer Pressemitteilung und in einem Pressestatement des SWR, so ein Quatsch, das brauchen wir nicht, das haben wir längst.

(Ministerpräsident Beck: Quatsch habe ich sicher nicht gesagt!)

Was kommt dann dabei heraus? – Ein neues Ministerium, das noch nicht einmal gebündelt ist.

(Beifall der CDU)

Dritter Punkt. Was ich sehr auffällig finde, ist – das fand ich schon sehr spannend, das konnten alle Vertreter der Regierungsparteien heute sehr gut –, wie man in einem Land, in dem man jeden Tag mit Schlagzeilen zu kämpfen hat, an der Wundertüte Nürburgring vorbeischiffen kann wie eine Blindschlange.

Sie haben vorhin ein Tier benutzt.

(Ministerpräsident Beck: Blindschleiche!)

– Blindschleiche. Sie haben recht. Ich will jetzt nicht versuchen, verschiedene Tiere heranzuziehen. Das will ich den Tieren nicht antun.

Es ist schon sehr, sehr stark, wenn man es schaffen kann, wie ein Wackelpudding über eine Stunde lang zu reden – das gilt im Übrigen auch für Herrn Kühl und Herrn Hering –, ohne den Nürburgring oder das Schlosshotel nur annähernd zu erwähnen. Es ist auch sehr stark, kein Konzept vorzulegen, aber nach Berlin zu zeigen.

Darüber hinaus gönnt man den Steuerzahlern nicht – damit komme ich zum vierten Punkt –, die diesen Aufschwung erreicht und geleistet haben, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die es möglich gemacht haben, dass wir über 1 Milliarde Euro mehr im Haushalt haben, dass die kalte Progression – es geht nicht um eine Steuererleichterung – und damit die Inflation ausgeglichen werden.

Dieses Vorgehen verstehe ich jetzt, weil Sie deren Geld für Ihre Ministerien und für den Nürburgring brauchen. Das ist sozial ungerecht.

(Beifall der CDU)

Ich komme zum fünften Punkt. Sie sprachen die Polizei an. Da müssen wir uns jetzt einigen.

Präsident Mertes:

Frau Klöckner, Sie haben die blaue Karte gezogen. Das heißt, es gilt ein Zeitlimit von drei Minuten. Das habe ich jetzt großzügig auf vier Minuten und sechzehn Sekunden erweitert. Kommen Sie bitte zum Ende.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Das ist sehr, sehr nett. Ich weiß das zu schätzen. Deshalb will ich abschließend zu dem Thema kommen, das Herr Beck erwähnte, nämlich wir hätten beim Thema „Polizei“ die Leute schuckelig gemacht. Ich erinnere nur an den Kollegen Noss – das ist in der „Nahe-Zeitung“ nachzulesen –, der auf dem Kreisparteitag der SPD schon für die Schließungszwänge auch in Baumholder geworben hat. Das heißt, nicht ich habe die Leute schuckelig gemacht, sondern er hat da schon als innenpolitischer Sprecher für Verständnis geworben, dass geschlossen werden muss. Jetzt reden Sie nicht davon, dass wir die Leute durcheinander gebracht hätten.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich meine, bei einer so großen Debatte müssen auch einmal ein paar Sekunden mehr Redezeit gewährt werden. Das gilt für alle Seiten. – Nun ist Herr Kollege Schreiner an der Reihe. Herr Schreiner, Sie haben das Wort. Ihnen steht noch eine Redezeit von 21 Minuten zur Verfügung.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern wurde seitens der Regierung der Haushalt eingebracht. Aus meiner Sicht ist heute der Tag der Fragen, der Tag der großen Fragezeichen. Auf der einen Seite ist schon vielfach angesprochen worden, wie das enden und wo das hinführen soll. Auf der anderen Seiten geht es aber auch ganz einfach um die Frage, wo gespart wird. Herr Kollege Hering sprach heute Morgen davon, das ist ein Sparhaushalt. Da stellt sich für mich die Frage, wo sich Rot-Grün quält.

In der Kürze der Zeit ging mein erster Blick natürlich in die Staatskanzlei. Herr Ministerpräsident, zum einen deshalb, weil aus meiner Sicht die Treppe immer von oben gekehrt wird. Zum anderen aber auch deshalb, weil ich der Auffassung bin, dass der Ministerpräsident ein gutes Vorbild für seine Ressorts sein sollte.

Natürlich habe ich als erstes in der Staatskanzlei die Hauptgruppe 4, Personalkosten, aufgeschlagen. Siehe da, ich hatte erwartet, die Personalkosten steigen um 1 %. Nein, sie steigen um 14 % von 10,8 Millionen Euro auf 12,4 Millionen Euro. Da habe ich mir gedacht, da hast du bestimmt etwas falsch gemacht, sodass du dir einmal genau ansehen musst, wie es bei den Beamten aussieht.

Das liegt nicht an den Amtsbezügen des Ministerpräsidenten. Der bekommt auch einen kleinen Schnaps mehr, aber er bekommt immer noch weniger als ein Sparkassendirektor, was ich ausdrücklich kritisiere. Mit Schrecken stelle ich fest, dass es bei den Beamten um 24 % von 2,7 Millionen Euro auf 3,4 Millionen Euro hoch

geht. Das ist nicht darin begründet – was kritikwürdig ist –, dass es Sprungbeförderungen gab. Jemand ist am gleichen Tag im Justizministerium von B 3 nach B 6 und dann in der Staatskanzlei von B 6 nach B 8 befördert worden. Die Stelle gab es nämlich schon. Diese Geldausgabe ist zwar unnötig gewesen, aber es ist kein Grund dafür vorhanden, dass an dieser Stelle deshalb eine Erhöhung erforderlich gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU)

Es ist nicht nur so, dass es bei den Beamten um 24 % hoch geht, sondern bei den abgeordneten Beamten geht es sogar um 36 % hoch. Da habe ich gedacht, okay, das möchte ich erklärt haben. Da habe ich mir erlaubt, die Geschäftsverteilungspläne der Staatskanzlei der Jahre 2009, 2010 und 2011 herauszuholen.

Meine erste Erkenntnis war: 2009 war er noch im Hochformat, aber ab 2010 musste man ihn quer nehmen, weil man sonst nicht alles darauf bekommen hätte. Zum Stand 1. Januar 2009 gab es drei Abteilungen. In der Abteilung „Ressortkoordination und Regierungsplanung“ gibt es sieben Referate. Bei den ersten beiden Abteilungen bleibt alles beim Alten, aber man stellt fest, dass sich im Vorwahlkampfjahr und im Jahr 2011 in der Abteilung 3 einiges getan hat.

Im Vorwahlkampfjahr werden zuerst einmal aus sieben Referaten neun Referate. Ich weiß nicht, ob unendlich viele zusätzliche Aufgaben entstanden sind. Ich behaupte nicht. Kaum ist die Wahl vorbei, werden zum Stand 1. Juli 2011 aus neun Referaten fünfzehn Referate. Innerhalb von einem Jahr werden aus sieben Referaten fünfzehn Referate und aus drei Abteilungen vier Abteilungen. Frau Klöckner hat bereits angesprochen, aus einem Regierungssprecher mit einer Stellvertreterin ist plötzlich eine Regierungssprecherin mit zwei Stellvertretern geworden. Es ist also erklärbar, woher die Steigerung bei den Personalkosten kommt.

(Beifall der CDU)

Herr Kollege Hering, ich muss mit Schrecken feststellen, Sie sparen eben gerade nicht. Zumindest der Herr Ministerpräsident spart nicht. Ich meine – ich weiß nicht, wie das bei Ihnen ist –, wenn der Chef nicht mit gutem Beispiel vorangeht, ist es verdammt schwer, den anderen Ressorts zu erklären, dass sie den Gürtel enger schnallen müssen.

Dann habe ich gedacht, okay, wenn er schon nicht bei den Personalkosten spart, spart er vielleicht bei den Sachkosten. Da bleibt aber im Wesentlichen alles beim Alten. Es gibt nur einen alten Bekannten, der wieder auflebt. 1 Million Euro wird im nächsten Doppelhaushalt natürlich wieder zusätzlich für die Reklame ausgegeben. Die Standortkampagne Rheinland-Pfalz lebt wieder auf – Wir machen's einfach, Herr Ministerpräsident.

(Ministerpräsident Beck:
Wir machen's einfach gut!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Staatskanzlei spart weder bei den Personalkosten noch bei den Sachkosten.

Dann habe ich gedacht, okay, irgendwo wird der Herr Ministerpräsident bestimmt etwas machen. Ich bin die Titelgruppen durchgegangen. Dort gibt es wenige Veränderungen. Der Beauftragte für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit – ein alter Kollege von uns – bekommt 38 % mehr. Nicht dass der Eindruck entsteht, ich würde ihm das nicht gönnen, aber wenn Sie den Beamtinnen und Beamten dieses Landes erzählen, dass sie fünf Jahre lang immer nur 1 % mehr bekommen sollen, und ein Parteifreund bekommt einfach par ordre de mufti 38 % mehr, hat das für mich mit Sparen nichts zu tun.

(Beifall der CDU)

Das verhält sich aber nicht nur so in den Titelgruppen. Frau Kollegin Conrad, ich habe natürlich sofort an die Vertretung des Landes gedacht, wobei ich in der Aussage ausdrücklich sehr moderat bin, dass Sie Ihr Amt als Chefin der Vertretung des Landes in der Funktion einer Ministerin wahrnehmen, weil die Kosten zwischen einem B 10-Staatssekretär und einer Ministerin fast vernachlässigbar sind, dies unabhängig davon, dass Sie vielleicht auf andere Art und Weise deshalb, weil Sie Ministerin sind, dem Land Kosten ersparen. Das gilt beispielsweise für die Reisekosten.

Es ist aber nicht zu erklären, weshalb der Ministerialdirigent plötzlich zum Ministerialdirektor wird. Das sind zusätzliche Kosten bei der Vertretung des Landes. Das verstehe ich nicht.

(Staatsminister Lewentz: Die sind im
Innenministerium weggefallen!)

– Herr Lewentz, auf Sie komme ich noch zu sprechen.

Es wird aber natürlich auch in der Vertretung des Landes gespart. An einer Stelle wird abgebaut. Bisher gab es zwei Regierungsamtsträger, während es jetzt einen gibt. Super, so sieht also sparen in der Staatskanzlei aus.

Halt, stopp, eine Stelle habe ich gefunden, an der wirklich richtig gespart wird.

(Ministerpräsident Beck: Man merkt,
dass der 11.11. ist!)

Das ist im Kapitel 02 25 bei den Euro-Pool-Stellen. Das ist eine super Idee. Wir schicken Beamtinnen und Beamte des Landes Rheinland-Pfalz nach Brüssel. Da lernen sie etwas, und da lernen sie vielleicht auch, wie man in den Behörden in Rheinland-Pfalz, in die sie danach wieder zurückkommen, an den einen oder anderen Euro aus Brüssel kommen kann. Das ist eine super Sache. Da wird gespart. 18%! Von 550.000 Euro auf 450.000 Euro wird der Ansatz abgesenkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das halte ich für kein gutes Vorbild. Ich dachte immer, der Hofstaat in der Staatskanzlei aus Zeiten der SPD-Alleinregierung sei nicht mehr zu toppen. Ich habe mich getäuscht. Nicht nur ich habe mich getäuscht, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger werden getäuscht, wenn Sie nach wie vor wider besseres Wissen behaupten, in diesem Haus-

halt würde gespart. Nach Lektüre des Einzelplans 02, Staatskanzlei, weiß ich nicht, wo gespart wird. In der Staatskanzlei wird auf jeden Fall nicht gespart. Der Ministerpräsident ist ein schlechtes Vorbild.

(Beifall der CDU)

Herr Kollege Pörksen, dann habe ich gesagt, schauen wir einmal und gehen in die Ressorts. Mit Verlaub, ich konnte jetzt nicht 3.300 Seiten sichten, aber mein Interesse galt zunächst natürlich einmal dem Verschiebebahnhof zwischen Innenministerium, Wirtschaftsministerium und Umweltministerium. Damit bin ich bei Ihnen angelangt, Herr Kollege Lewentz.

(Staatsminister Lewentz: Sehr gerne!)

Man sieht nämlich auf den ersten Blick, dass es da Gewinner und Verlierer gibt. Der Gewinner heißt Lewentz, und der Verlierer heißt Lemke. Das Wirtschaftsministerium verliert den Verkehr, und das Innenministerium bekommt 700 Millionen Euro mehr. Das Wirtschaftsministerium verliert die Landwirtschaft, und das Umweltministerium bekommt 160 Millionen Euro mehr.

Herr Lewentz, hören Sie zu. In Ihrem Ministerium arbeiten jetzt 383 Mitarbeiter – bei mehr Aufgaben. Das bedeutet ein Plus von 6,4 %. Im Ministerium von Frau Lemke leeren sich hingegen die Flure. Dort arbeiten jetzt 22,4 % weniger.

Stimmt vielleicht, was SPD und GRÜNE uns sagen? Wird doch bei der Verwaltung gespart? Ich habe mich gefragt, ob dieser Aufwuchs im Innen- und Umweltministerium durch den Ausverkauf des Wirtschaftsministeriums kompensiert wird. Dann musste ich feststellen, wohl kaum, wenn man berücksichtigt, dass auch in den Verwaltungskapiteln SGD und ADD wilde Verschiebungen zwischen den einzelnen Ressorts vorgenommen werden und heimlich die Stellen im Saldo über diese drei Ressorts um 50 Stellen anwachsen.

(Ministerpräsident Beck: Wieso ist es denn heimlich, wenn es da steht?)

– Das nehme ich zurück.

(Frau Klöckner, CDU: 3.300 Seiten!)

Herr Ministerpräsident, ich stelle fest, dass es wilde Verschiebungen in diesen Kapiteln gegeben hat und nicht bei der Verwaltung gespart worden ist, sondern über die drei Ressorts hinweg 50 Stellen erhöht wurden.

Sie haben recht, wäre es heimlich gewesen, dann hätte ich es nicht gefunden. Ich habe es aber gefunden, und wir halten es Ihnen vor, weil es kein Sparen bedeutet, sondern genau das Gegenteil, es bedeutet ein Mehrausgeben.

(Beifall der CDU)

Es wird nicht gespart, obwohl Frau Lemke bluten muss. Da habe ich mich gefragt: Was bekommt sie denn dafür? Ich habe vor meinem geistigen Auge Revue passieren lassen, was in der Zeitung stand. Frau Lemke hat

aus Sicht der GRÜNEN zweifellos wichtige Beiträge für das Wahlergebnis geleistet. Siehe da, Frau Lemke bekommt die Energiewende und den Klimaschutz als neue Schwerpunkte der rot-grünen Landesregierung zugesprochen, zumindest in den Sonntagsreden.

Was sagen die Zahlen? Drei Stellen mehr bekommt Frau Lemke in Kapitel 08 17 für die Energiewende. Herr Lewentz stockt sein Ministerium um 6,4 %, Frau Höfken ihr Ministerium um 9,5 % auf, und Frau Lemke bekommt für den neuen großen Schwerpunkt der Landesregierung drei Stellen mehr – Respekt.

Am Ende verbleiben im Wirtschaftsministerium gerade einmal 200 Millionen Euro Ausgabeermächtigung, was weniger als ein Drittel der Gelder ist, die Herr Lewentz zusätzlich bekommt.

(Licht, CDU: Viel Wind!)

Zur Erinnerung: Es waren 700 Millionen Euro.

Frau Lemke muss 200 Millionen Euro verantworten, Herr Lewentz 2 Milliarden Euro. Wenn das der Herr Brüderle wüsste, was aus seinem stolzen Wirtschaftsministerium geworden ist!

Rot-Grün fordert Einsparvorschläge von uns. Nach einer ersten summarischen Prüfung des Haushalts – ich habe das nicht mit meiner Fraktion abstimmen können – habe ich nicht nur Fragen zum Thema „Integrationsministerium“, sondern auch sehr viele Fragen zum Thema „Wirtschaftsministerium“. Warum nimmt sich Frau Lemke nicht ein Beispiel an der Kollegin Conrad und kommt in der Staatskanzlei unter? Die vier Schreibtische für eine „Stabsstelle Energiewende“ hätten dort auch untergebracht werden können.

(Beifall bei der CDU)

Die Arbeit, die das Wirtschaftsministerium noch macht, hätte auch Frau Höfken noch mitmachen können. So ist es nicht.

Es gibt große Fragezeichen. Wir wissen nicht, wo gespart wird. In der Staatskanzlei jedenfalls wird nicht gespart, Herr Ministerpräsident. Sie sind ein schlechtes Vorbild, auch wenn Sie es jetzt auf Ihrem Platz nicht aushalten. Es ist manchmal schwer, die Wahrheit zu hören.

(Beifall der Abg. Frau Klöckner, CDU)

In den Ressorts wird nicht gespart. Herr Lewentz läuft sich auf Kosten der Steuerzahler warm und versucht, sich in den Zeitungen gut darzustellen, wie man sieht.

Frau Klöckner hat schon angesprochen, dass die Bewerbungsrede des Fraktionsvorsitzenden der SPD für das Amt des Ministerpräsidenten heute Vormittag nicht ganz so glücklich war.

Aber die Organisationsreform der Landesregierung, das Verschieben der Aufgaben zwischen den einzelnen Ressorts, wirft ein Schlaglicht auf die Zusammenarbeit der Koalition; denn beim Geld hört bekanntlich die

Freundschaft auf, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN.

Zur Erinnerung: Wir haben die höchsten Steuereinnahmen, die das Land Rheinland-Pfalz jemals hatte. Mehr Steuereinnahmen auszugeben, heißt nicht einsparen. Einsparen würde die Landesregierung, wenn die Ausgaben sinken oder zumindest einmal überrollt würden. Richtiges Einsparen hieße das, was wir unseren Kindern erzählen, das Bilden von Rücklagen. Dafür müssten wir aber erst einmal von unseren hohen Altschuldbeständen herunter.

Die Landesregierung täuscht Sparen nur vor und täuscht somit dieses Parlament. Deshalb werden wir als CDU-Fraktion dem Haushalt, wenn sich nichts Grundlegendes ändert, kaum unsere Zustimmung geben können.

(Zuruf von der SPD)

– Frau Kollegin, ich habe gesagt, wenn sich nichts Grundlegendes ändert.

(Beifall bei der CDU)

Das aus meiner Sicht Wichtige ist – weil wir gerade das Thema „unsere Kinder“ angesprochen haben; ich weiß, dass ich das immer sage, deshalb sage ich es am Schluss auch noch einmal –, dass wir das nicht zum Selbstzweck machen. Das haben sowohl der Ministerpräsident, der Herr Finanzminister als auch die Kolleginnen und Kollegen immer wieder richtig gesagt.

Es geht nicht darum, die Schuldenbremse einzuführen, um der Schuldenbremse Genüge zu tun, sondern es geht darum, dass wir bei sinkenden Bevölkerungszahlen, bei einem sinkenden Anteil der Bevölkerung, die erwerbstätig und somit steuerpflichtig ist, der Generation unserer Kinder und Enkel Lasten hinterlassen, die von ihnen kaum zu schultern sein werden. Deshalb geht es darum, dass wir jetzt in Zeiten einer guten Konjunktur und in Zeiten guter Steuereinnahmen alles tun müssen, um Vorsorge für die Zukunft zu treffen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Kollegen Thomas Wansch das Wort.

Abg. Wansch, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Haushaltsentwurf, der vorliegt, macht deutlich, wir werden die Landesfinanzen konsolidieren und zugleich die Zukunftsgestaltung entschlossen in die Hand nehmen. Konsolidierung und Gestaltung sind die Ansprüche unserer Politik.

Auf eines können sich die Menschen in unserem Land verlassen: Die soziale Gerechtigkeit wird bei allen Konsolidierungsnotwendigkeiten nicht unter die Räder kom-

men. Bei dem, was ich vorhin von Vorrednern aus dem Bereich der CDU gehört habe, kann ich nur festhalten, dass die Sicherung der sozialen Gerechtigkeit auch ein wesentlicher Bestandteil unseres Haushaltsentwurfs ist, den wir zur Beratung vorliegen haben.

Dieser Haushalt setzt Schwerpunkte bei der Bildung und Wissenschaft, er sichert die Finanzierung der Energiewende ab und bietet den Städten und Gemeinden in unserem Land Unterstützung an.

Der hier vorgelegte Haushaltsentwurf macht deutlich, diese Koalition macht ernst mit der Konsolidierung der Landesfinanzen. Die alte, noch geltende Schuldenregelung wird eingehalten, genauso wie die neue, die nun in der Landesverfassung verankert ist.

Eine kontinuierliche, stetige Verminderung des strukturellen Defizits ist, wenn auch mit erheblichen Anstrengungen, in allen Bereichen eingeleitet. In jedem Einzelplan und mit einem entsprechend dargestellten Pfad wird sichergestellt, dass bis zum Jahr 2020 die Verfassungsvorgabe eines schuldenfreien Haushalts erreicht wird.

Angesichts des Umstands, also der Rahmenbedingungen, in denen die Landesfinanzen stehen, ist es nicht einfach. Wir haben eine unsoziale und wirtschaftspolitisch unsinnige Steuerpolitik der aktuellen Bundesregierung. Ich nenne Stichworte wie Wachstumsbeschleunigungsgesetz und Hotelsteuerprivileg. Das hat uns viel Geld aus dem Landeshaushalt herausgezogen. Vor allem die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die unser Land immer noch, zumindest an den Rändern, stark kennzeichnet, sind zu nennen.

Durch diese Rahmenbedingungen sind weiterhin große politische Anstrengungen erforderlich, um eine konsequente Konsolidierung in diesen vielen Bereichen eines Landeshaushalts zu gewährleisten.

Tatsache ist aber auch, wenn wir unseren Haushalt betrachten, wie er vorliegt, dass die Nettokreditaufnahme gegenüber 2011 im Haushalt 2012/2013 um ca. 700 Millionen Euro bzw. 860 Millionen Euro zurückgefahren wird.

Nun sprechen Sie davon, es werde nicht gespart. Lieber Herr Kollege Schreiner, wenn wir die Einsparvorschläge von Ihnen betrachten, die Sie heute Morgen vorgestellt haben, kann ich nur sagen, es sind sogenannte „Einsparvorschläge“; aber dazu gleich mehr. Sie blenden nämlich bei der Beurteilung des Landes Rheinland-Pfalz und seines Landeshaushalts die Rahmenbedingungen komplett aus. Sie sprechen von verfehlten Ansätzen in der Landespolitik und kritisieren die Verschuldung.

Es ist klar, die Schulden sind nicht wegzudiskutieren. Aber die Frage ist doch, woher sie kommen. Wenn Sie Beispiele hören wollen, kann ich nur auf das verweisen, was Herr Ministerpräsident Beck und unser Fraktionsvorsitzender heute Morgen ausgeführt haben. Es liegt natürlich auch an Rahmenbedingungen, die in den 90er-Jahren vorgeherrscht haben. Wenn Sie heute die Verschuldung und damit die Ausgabenpolitik von damals kritisieren, frage ich mich: Wie erklären Sie das den

Menschen in der Westpfalz, in der Eifel oder im Hunsrück, wo Hunderte von militärischen Liegenschaften und Tausende von Arbeitsplätzen entfallen sind, weil sich damals die politischen Rahmenbedingungen weltweit neu definiert haben? – Diese Konversionsproblematik war solitär für und in Rheinland-Pfalz, und dieses Land hat sich dieser Problematik gestellt. Die Menschen, die in diesen Regionen gelebt haben, sind sehr froh darüber, dass das Land ihnen eine Chance geboten hat, und sie haben sie auch ergriffen. Dies sieht man auch an den aktuellen Wirtschaftsdaten unseres Landes.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Koalitionsfraktionen verfolgen gemeinsam mit der Landesregierung einen klaren und transparenten Kurs der Konsolidierung. Wir haben deutlich gemacht, wie groß der Beitrag von Jahr zu Jahr ist und wie wir bis zum Jahr 2020 einen Haushalt ohne Neuverschuldung erreichen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, vor noch nicht allzu langer Zeit hatten Sie versprochen, bis zum Jahr 2016 durch Einsparungen bei einigen Ministerien einen Haushalt ohne Neuverschuldung zu verwirklichen. Allerdings haben Sie nicht gesagt, wie das genau aussehen soll, und ich werde Ihnen gleich an einigen Beispielen verdeutlichen, wo Ihr Problem liegt.

(Ministerpräsident Beck: Sie lagen
ca. 3 Millionen Euro daneben!)

Konsolidieren heißt nämlich nicht „kaputtsparen“. Die Konsolidierung ist kein Selbstzweck, und sie kann auch nicht unter Verzicht auf politische Zukunftsgestaltung erfolgen. Der von uns eingeleitete Konsolidierungsschritt betrifft fast alle Bereiche der Landesverwaltung. Diese Schritte sind gerecht und transparent, und es ist für die Bereiche gut nachvollziehbar, dass alle Felder betroffen sind. Keiner hat einen Einzelbeitrag zu leisten, sondern jeder wird mit einbezogen werden müssen.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Wo waren denn die
Sparbeiträge in der Staatskanzlei?)

Ich komme nun zu den Personalkosten und ihrem Anteil an unserem Konsolidierungskurs. Die Personalkosten bilden einen Ausgabenanteil beim Land von rund 40 %. Sie machen Vorschläge und wollen gegenfinanzieren. Sie wollen sich an einem Dienstrechtsänderungsgesetz nicht beteiligen, weil Sie sagen, dass die Beamtinnen und Beamten sowie die Bezieherinnen und Bezieher von Pensionsleistungen zu wenig haben und mehr bräuchten. Gleichzeitig machen Sie aber einen Gegenfinanzierungsvorschlag, indem Sie ein Ministerium abschaffen wollen. Tatsächlich ist dies aber zu einem wesentlichen Teil nur eine Umorganisation innerhalb der Landesregierung.

Wovon reden wir? – Lieber Herr Kollege Schreiner, ich habe festgestellt, obwohl Ihre Fraktionsvorsitzende gesagt hat, die CDU habe den Haushalt zu kurzfristig bekommen, haben Sie doch einige detaillierte Einblicke in den Haushalt nehmen können. Wenn ich mir die Haushaltsübersicht vor Augen halte, reden wir bei den Perso-

nalausgaben von 5,5 Milliarden Euro im Jahr 2013, also von einem bereinigten Ausgabenvolumen von 14 Milliarden Euro, rund 40 %. An diesen Betrag wollen Sie nicht heran. Im Gegenteil, Sie sagen sogar, dass in diesem Bereich nicht eingespart, sondern mehr Geld ausgegeben werden soll.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Wer hat denn das gesagt?)

Aber wie soll dann, wenn man das Ganze ausklammert, ein Landeshaushalt einer Konsolidierung zugeführt werden?

Eine besondere Bedeutung im Landeshaushalt hat die Reduzierung der Stellen im Schuldienst. Wenn wir eine demografische Dividende zugrundelegen, wird deutlich, dass es rein rechnerisch 3.000 Stellen sind, die im Bereich der Schulen entfallen könnten. Aber nur 2.000 Stellen werden tatsächlich davon betroffen sein, weil man die demografische Rendite auch als Chance versteht, um die Qualität im Bildungsbereich steigern zu können. Die Konsolidierung wird also als eine Chance verstanden, auch weiterhin positiv zu gestalten. Aber Konsolidierung kann in einem öffentlichen Haushalt ohne entsprechende Maßnahmen auf der Einnahmeseite dauerhaft nicht gelingen.

Die nun von der Bundesregierung angekündigte Steuersenkung läuft komplett dagegen. Aus Sicht der SPD und – ich bin mir sicher – auch aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das absolut kontraproduktiv. Diese angekündigte Steuersenkung ist vor allem eine Fortsetzung der Klientelpolitik von CDU und FDP und der Vorspiegelung falscher Tatsachen. Es wird Ihnen aber letztlich nichts nutzen; denn die Bürgerinnen und Bürger haben dieses falsche Spiel von CDU und FDP längst erkannt.

Der Finanzminister hat gestern dargestellt, wenn diese Steuersenkungen umgesetzt würden, würden rund 100 Millionen Euro nicht mehr in die Kassen von Rheinland-Pfalz fließen. Dies bedeutet, wenn man es umrechnet – und ich kann den Darstellungen von Herrn Finanzminister Kühl folgen –, so entspricht dies etwa 2.000 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer, und trotzdem sagen Sie, dies sei verträglich. Ich kann es nicht nachvollziehen. An dieser Stelle würde die Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz als ein ganz konkretes Beispiel erheblich leiden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN -

Vizepräsident Dr. Braun übernimmt den Vorsitz)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Menschen wollen einen Staat, der für die Leistungen, die er erbringt und die sie von ihm erwarten, auch auskömmlich finanziert ist. Sie lehnen die Folgen der zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft ab. Sie wollen einen sozialen Ausgleich, und sie wollen soziale Gerechtigkeit. Die Kluft zwischen Arm und Reich, die immer wieder zutage tritt, sorgt für Beunruhigung. Das scheint jetzt auch die CDU erkannt zu haben, die plötzlich wieder ein neues Wendenmanöver vollzieht, wenn ich an den Bereich der sogenannten tariflichen Lohnuntergrenze denke. – Ein ganz schön schweres Wort! – Nehmen Sie doch ein viel ein-

facheres Wort, das auch landläufig eingeführt ist, und sprechen Sie einfach vom gesetzlichen Mindestlohn.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Ministerpräsident Beck: Die sind schon wieder auf dem Rückwärtsgang!)

– Herr Ministerpräsident, genau darin liegt das Problem. Ich weiß nicht, wie das läuft. Wir hatten eine Energie- wende, wir hatten eine Wende in der Bildungspolitik und nun eine Wende in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Ich habe das Gefühl, dort, wo andere ein Rückgrat haben, haben Sie ein Kugelgelenk. So schnell kann man das Wenden gar nicht nachvollziehen, wie es bei Ihnen in der Politik stattfindet.

Wo ist denn Ihr haushaltspolitisches Rückgrat? Wo sind Ihre ehrlichen, sozialen und gerechten Konsolidierungsvorschläge?

Heute haben wir das eine oder andere gehört. Es stellt sich immer die Frage: Wie geschlossen tritt denn die CDU auf? Wie klar ist ihre Aussage? Verständlich, oder sprechen hier unterschiedliche Stimmen? Ich wurde von gutenbergtv angefragt, bei einer Sendung mitzuwirken. Ich habe mir den Sender angeschaut.

Sie wissen, als Lauterer schaut man den Offenen Kanal in Mainz nicht immer. Ich habe dann im Internet gesurft und finde interessanterweise eine Aussage einer jungen Kollegin Ihrer Fraktion, von Ellen Demuth.

Ellen Demuth erklärt dort – wörtliches Zitat aus der Meldung von gutenbergtv vom 27. Mai 2011 –: Ich bin dafür, dass man umfassend spart. Das fängt bei mir bei allen Bevölkerungsschichten an. Ich bin für Studiengebühren;

(Hering, SPD: Aha!)

denn ich finde, auch Studenten könnten ihren Beitrag leisten. –

(Hering, SPD: Das ist eine Position!)

Ich zitiere eine andere Stelle aus dem gleichen Zusammenhang heraus. Dort erklärt Ellen Demuth: Ich bin auch dafür, dass die Eltern dazu beitragen und Kindergartenbeiträge bezahlen. –

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Weiter geht es: Ich bin auch dafür, dass die Rentner ihren Beitrag leisten, und dass auch meinetwegen die Steuern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber erhöht werden. –

(Dr. Weiland, CDU: Jawohl!)

Also ich stelle fest, richtig, sozial gerecht und ausgewogen.

(Dr. Weiland, CDU: Ja und?)

Studiengebühren einführen und noch dazu Kindergartenbeiträge. Genau das ist das, was wir nicht machen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bildung ist und bleibt ein zentraler Schwerpunkt unserer Politik. Wir bleiben deshalb unserem Grundsatz der gebührenfreien Bildung

(Dr. Weiland, CDU: Sprechblase 338!)

von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule konsequent auch in dieser Legislaturperiode treu. Das sage ich auch ganz bewusst vor dem Hintergrund der Aussage der Kollegin Klöckner.

Wer hingeht und eine kostenlose Schülerbeförderung infrage stellt, kritisiert auch eine Bildungsgerechtigkeit. Er nimmt nicht wahr, wie Rheinland-Pfalz als Flächenland von solchen Möglichkeiten abhängig ist, damit Bildung gerecht ist und, egal, wo ich wohne, funktionieren kann. Die Kosten für die Schülerbeförderung sind richtig in diesem Haushalt veranschlagt.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Die Kosten für die Schülerbeförderung werden genauso wie die Ansätze im Bereich der Lernmittelfreiheit aufgestockt. Im Interesse der Erleichterung für Familien und einer breiten Bildungsbeteiligung wird dieser Haushalt gestaltet. Die Finanzierung der Hochschulen darf man an dieser Stelle natürlich nicht vergessen.

Als ehemaliger Vorsitzender einer großen Jugendorganisation – damals der Sportjugend – sehe ich als wichtiges Ziel unserer Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz, Kinder und Jugendliche bei Vorhaben und Entscheidungen auch außerhalb der Schule zu fördern.

Wenn ich an dieser Stelle sehe, dass die Ansätze im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit erhöht werden, dann kann ich dazu nur sagen, das ist ein richtiger Schritt, um Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, außerhalb der Schulen an den Bildungsangeboten teilzuhaben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich als einen Schwerpunkt das Thema des kommunalen Finanzausgleichs ansprechen. Ich hatte zu Beginn meiner Rede ein wenig auf die Personalkosten abgehoben, wie diese sich im Verhältnis darstellen. Wenn ich jetzt auf die kommunalen Finanzen blicke, so ist die Aussage, die gemacht wurde, dass der kommunale Finanzausgleich geplündert wird, mit Zahlen, die das eindeutig belegen, vom Ministerpräsidenten zurückgewiesen worden. An der Stelle darf ich auch einen Hinweis auf den Stabilisierungsfonds anbringen.

Sie müssen aber, wenn Sie solche Behauptungen in den Raum stellen und im Plenum vortragen, damit rechnen, dass Sie es mit Personen zu tun haben, die mit dieser Thematik sehr vertraut sind. Ich habe in meinem beruflichen Leben mit Finanzen als Kämmerer, also als kommunal Verantwortlicher im Bereich der Finanzen, einiges

zu tun gehabt. Nur mit Schlagworten zu operieren und zu sagen, man hätte die Grunderwerbsteuer gestrichen und den Kommunen weggenommen und gleichzeitig den kommunalen Finanzausgleich geplündert, so passt das mit der Wirklichkeit nicht ganz überein.

Denken Sie einmal zurück, wie es damals war. Das war ein Verhandlungsergebnis zwischen den kommunalen Spitzenverbänden. Dazu ist im Ergebnis festgestellt worden, dass die Schlüsselzuweisungen entsprechend erhöht wurden. Dort ist also nicht einfach etwas gestrichen worden, sondern es ist im gemeinsamen Gespräch in den Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Weiterentwicklung erfolgt.

(Ministerpräsident Beck: Das wollen die aber nicht wahrnehmen!)

– Das ist das große Problem. Man hat eine vorgefertigte Meinung, die hier vorgetragen wird. Man müsste manchmal auch darauf hören, was im Umfeld eines Landtags so läuft, wenn man mit den kommunalen Spitzenverbänden ins Gespräch kommt.

Einfach nur auf eine Demonstration zu gehen und mitzulaufen, reicht nicht aus. Man muss sich auch inhaltlich damit auseinandersetzen.

Da wird deutlich, wie die Anstrengungen des Landes sind, wenn man im Bereich des kommunalen Finanzausgleichs noch den kommunalen Entschuldungsfonds benennt. Auch an dieser Stelle ist klar, dass das Land die Gemeinden und Städte nicht alleine stehen lässt.

Die Rahmenbedingungen sind schwierig, aber letztlich ist es eine Möglichkeit, dass die Gemeinden über den kommunalen Entschuldungsfonds eine weitere Chance erhalten, ihre Finanzausstattung zu verbessern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich konnte wie meine Vorredner

(Ernst, CDU: Nicht überzeugen!)

auch nur Schlaglichter auf diesen Haushaltsentwurf werfen. Die Haushaltsberatungen im Haushalts- und Finanzausschuss werden bis ins Detail geführt.

Ich bin schon gespannt, wie diese Vorschläge, die Sie ankündigen, dann in realisierbare Vorschläge umgemünzt werden und nicht einfach nur ein unsoziales Denken verwirklichen, das Sie dann in Zahlen manifestieren wollen.

Für meine Fraktion kann ich festhalten: Wir sehen in diesem Haushalt eine klare Verdeutlichung dessen, was in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben worden ist. Das ist der sozial-ökologische Wandel, der mit den Zahlen nun unterlegt ist. Ich bin auf die Haushaltsberatungen im Haushalts- und Finanzausschuss gespannt und freue mich darauf.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Als weitere Gäste im Landtag begrüße ich die Wehrleiter aus dem Vulkaneifelkreis. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Des Weiteren begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Sozialkunde der Klassen 11 und 13 des Friedrich-Magnus-Schwerd-Gymnasiums Speyer. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile nun dem Abgeordneten Steinbach für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herzlichen Dank, Herr Präsident.

Liebe Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf, der gestern vom Finanzminister eingebracht worden ist, lässt sich am besten mit folgenden drei Begriffen umschreiben: nachhaltig, transparent und verlässlich.

(Heiterkeit bei der CDU)

Das sind auch die Leitbilder, an denen sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Beratungen des Haushalts weiterhin orientieren möchte.

Es fällt uns nicht schwer, so positive Worte für diesen Haushaltsentwurf zu wählen. Es fällt mir nicht schwer, diesen Haushaltsentwurf zu loben; denn es steht viel Richtiges und Wegweisendes darin, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Dennoch werden wir bei den Beratungen ein offenes Ohr nach draußen, aber auch für konstruktive Vorschläge aus dem Parlament haben. Meine Damen und Herren von der CDU, darin beziehe ich Sie ausdrücklich mit ein. Wir wollen und werden als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu beitragen, diesen guten Entwurf weiter zu verbessern. Dafür gehen wir den Weg einer ernsthaften und konstruktiven Auseinandersetzung miteinander.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die erste und entscheidende Botschaft dieses Haushalts ist, dass wir die zwei relevanten Verfassungsgrenzen, die uns vorgegeben sind, einhalten und es dennoch schaffen werden, zukunftsgerichtete und wegweisende Investitionen und Ausgaben zu tätigen. Das Einhalten von gleich zwei Verfassungsgrenzen, einerseits die Begrenzung der Nettokreditaufnahme durch die Ausgaben für Investitionen, andererseits die Einhaltung des Abbaupfades für das strukturelle Defizit in der verfassungsrechtlich festgelegten Schul-

denbremse, ist keine Selbstverständlichkeit, und schon gar nicht in diesen Zeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich bin mir relativ sicher, dass Sie ein bisschen enttäuscht und entsetzt waren; denn Sie haben darauf spekuliert, dass wir die Grenze reißen werden. Sie haben gedacht, sie könnten sich eine ernsthafte haushaltspolitische Auseinandersetzung in diesem Haus ersparen, indem Sie einfach sagen, das Ding ist verfassungswidrig, und dies als einziges Argument anführen. Diesen Gefallen haben wir Ihnen bewusst nicht getan. Wir haben uns in den Vorbereitungen sehr viel Mühe damit gegeben, und wir werden das auch in den Beratungen durchhalten. Jetzt sind Sie umso stärker gefragt; denn dieses Argument ist weg, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Ich hätte gern ein Wort des Lobes und der Anerkennung dafür gehört, aber ich gebe zu, das ist im politischen Geschäft eigentlich nicht üblich. Ich hätte es aber dennoch als richtig empfunden, wenn auch vonseiten der Oppositionsfraktion darauf hingewiesen worden wäre, dass wir dieses Ziel in der Vorlage erreichen. Ich finde es besonders deshalb spannend – und das ist auch im Gesetzentwurf ausdrücklich dargelegt –, dass wir dies tun, obwohl die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sehr wohl festzustellen ist. Umso mehr ist dieser Entwurf zu würdigen.

Frau Klöckner hat sich heute Morgen in ihrer ersten Rede mit dem Duktus eingelassen, man könne nur mit Blindheit geschlagen sein oder könne die Expertenmeinung nicht zur Kenntnis nehmen, wenn man der Auffassung sei, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört sei. Ich muss sagen, wer lesen kann, ist klar im Vorteil.

Manchmal hilft auch die Lektüre des einen oder anderen Beitrags der Bundesregierung. In einer Vorlage der Bundesregierung steht nämlich, dass wir bis zum Jahr 2015 die Output-Lücke nicht geschlossen haben werden und daraus die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts resultiert. Es hätte auch geholfen, wenn sie den Bericht des Sachverständigenrates mit seinen Risiken für die kommenden zwei Jahre bis zum Ende gelesen hätte und nicht nur das zitiert hätte, was ihr wohlfeil gewesen ist. Dann hätte sie sich dieser Auffassung durchaus anschließen können, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Aber mit dem Abstand zur Verfassungsgrenze, die wir mit Blick auf die Nettokreditaufnahme durch die Investitionen einhalten werden, ist ein klares Risiko für diesen Haushalt beschrieben. Ich kann mich gar nicht der Meinung anschließen, dass irgendetwas verschwiegen worden wäre. Die Planungen für die Einnahmen in der Vorlage der Landesregierung waren in der Form vorsichtig, dass auch die korrigierte Steuerschätzung, die wir hinnehmen durften, nicht zu einer Verletzung der verfas-

sungsmäßigen Grenzen führen wird. Dennoch werden wir die Werte für die Steuereinnahmen und damit möglicherweise die ganze Kreditaufnahme noch einmal verändern müssen, um der Wahrheit Genüge zu tun; und dennoch wird dieser Haushalt den Verfassungstest bestehen.

Es gibt darüber hinaus Risiken für diesen Haushalt. Der Finanzminister hat sie gestern in großer Breite vollkommen richtig benannt. Er hat vollkommen recht damit, wenn er bei den Risiken in erster Linie auf europäische Entwicklungen und auf die Bundesregierung verweist, weil dort die wesentlichen Risiken liegen.

Meine Damen und Herren, das, was Sie beschrieben haben, sind Ereignisse der Vergangenheit. Das, was wir heute zu bewältigen haben, sind die Fragen, was in den Jahren 2012 und 2013 auf uns zukommt. Dabei liegen die Risiken in Brüssel und Berlin, meine Damen und Herren. Aber wir wollen die Risiken nicht verschweigen, sondern sie benennen, so wie es die Vorlage getan hat. Es geht um die Entwicklung in der Staatsschuldenkrise. Es geht um die Frage der zukünftigen Entwicklung der Finanzmärkte und ihre Auswirkungen auf realwirtschaftliche Prozesse.

Meine Damen und Herren, mit Abstand das größte Risiko für den Landeshaushalt ist die steuerpolitisch irrliehende Bundesregierung in Berlin.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Ministerpräsident Beck: Das kann
man wohl so sagen! –
Unruhe im Hause)

Sie wissen genau, wie stark solche steuerpolitischen Entscheidungen und Vorlagen Auswirkungen auf unseren Haushalt haben würden. Der Finanzminister hat es eindeutig benannt und quantifiziert. Ich weiß nicht, wie lange Sie dieses tote Pferd der Steuersenkung eigentlich noch reiten wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Auch die letzte Steuerschätzung zeigt, dass wir uns gerade einmal in Richtung eines normalen Niveaus bei den Steuereinnahmen bewegen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck –
Unruhe im Hause)

Auf der Einnahmeseite bestehen keine Spielräume. Wenn wir die Konsolidierung der Haushalte ernst nehmen, müssen wir diese Einnahmeseite auch verwirklichen. Wir brauchen weitere Anstrengungen auf allen Ebenen, um dieses Ziel zu erreichen.

Meine Damen und Herren, wir haben nicht mehr, wir haben nur etwas weniger wenig, und das lässt keine Spielräume zu, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD –
Unruhe im Hause)

Vizepräsident Dr. Braun:

Entschuldigen Sie, aber es herrscht ein sehr hoher Lärmpegel. Ich werde darauf hingewiesen, dass die Rede kaum zu verstehen ist. Ich würde Sie bitten, diese Rede noch konzentrierter entgegenzunehmen. – Vielen Dank.

Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Danke für diesen Hinweis. Noch lauter wollte ich jetzt nicht reden.

Wenn Sie mich und auch die Bevölkerung fragen, ob wir einen Rettungsschirm für den schwächelnden Koalitionspartner der CDU oder einen Rettungsschirm für die öffentlichen Haushalte brauchen, dann glaube ich, die große Mehrheit würde sich für die öffentlichen Haushalte entscheiden. Ich wünschte, Sie würden es auch tun.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Das besonders Dreiste an Ihren Steuervorschlägen aus Berlin ist nicht nur, dass Sie damit das Ziel der Konsolidierung der Haushalte obstruieren, nein, auch nicht, dass Sie damit die Länder mit in die Haftung nehmen, obwohl sie in Teilen keine Verantwortung dafür tragen können. Das besonders Dreiste ist – das haben Sie heute wieder getan –, dass Sie den sozialpolitischen Verteilungsaspekt in den Vordergrund stellen und dies als Gerechtigkeit bemängeln.

Meine Damen und Herren, Sie irren, und ich kann es Ihnen vorrechnen. Das werde nicht ich selbst tun, sondern ich werde einfach das zitieren, was die „Financial Times Deutschland“ wiedergibt. Sie planen nämlich in Ihrem steuerpolitischen Kompromiss vom letzten Wochenende, dass ein Kleinverdiener mit sage und schreibe 1,41 Euro monatlich zu entlasten ist, wohingegen der 60.000 Euro verdienende Einkommenssingle mit monatlich 54,33 Euro zu entlasten ist. – Jetzt nehmen Sie bitte das Wort von der sozialen Gerechtigkeit in dieser Steuerpolitik nie wieder in den Mund; denn das ist nicht zu entdecken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Das spricht eine deutliche Sprache, wer von Ihren Vorschlägen am meisten profitieren würde. Das hat mit Gerechtigkeit sehr wenig zu tun, und deswegen findet die Position des Ministerpräsidenten und des Finanzministers in diesem Punkt die volle Unterstützung von uns GRÜNEN, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

„Nachhaltig, transparent und verlässlich“ – das ist unser Gegenentwurf aus Rheinland-Pfalz zum schwarz-gelben Regierungschao aus Berlin. Rot-Grün hat sich im April und Mai 2011 darauf verständigt, dass sie die im Landtag beschlossene Schuldenbremse umsetzen wollen. Wir haben sehr konkrete Maßnahmen beschlossen, wie

wir das erreichen wollen. Wir haben ein mittelfristiges und ein sehr langfristiges Ziel dabei benannt, und wir wissen, dass wir im Jahr 2020 bei einer strukturellen Neuverschuldung von null herauskommen wollen. So etwas habe ich von Ihnen noch nie gesehen, noch nicht einmal in Ansätzen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Natürlich kann man die Frage stellen, ob man diesen Weg nicht hätte früher beginnen sollen. Ja, diese Frage kann man stellen, und man kann darüber diskutieren. Aber eines ist klar, wir, Rot und Grün, machen uns in diesem Punkt gemeinsam auf den Weg, und ich bin Herrn Finanzminister Kühl herzlich dankbar für seine äußerst dezidierten, detaillierten und auch quantifizierten Darlegungen über die Perspektiven und die Schritte, die wir weiterhin zu gehen haben. Das ist Verlässlichkeit, und es ist ein klarer Weg, meine Damen und Herren. Damit geben wir Orientierung, und wir kommen nicht – entschuldigen Sie bitte – jede Woche mit einer neuen Sau durchs Dorf.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Dass wir die strukturelle Neuverschuldung als zentrale Größe verringern werden, ist für uns der Weg in eine dauerhaft tragfähige Haushalts- und Finanzpolitik. Das erfüllen wir, und das ist der Vorlage auch anzusehen. Dass wir uns auf den Weg machen und darin auch erfolgreich sind, sieht man an einigen Kennzahlen, die man sich herausuchen kann.

So sinkt die Nettokreditaufnahme von 2011 auf 2012 um rund 700 Millionen Euro und für das Jahr 2013 noch einmal um 200 Millionen Euro.

Auch der Finanzierungssaldo verringert sich von 2011 auf 2012 um 900 Millionen Euro und 2013 nochmals um 180 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie nun kritisieren, das sei alles nicht ausreichend, das sei nicht genug, das hätte mit Sparen nichts zu tun, dann möchte ich doch gern einmal ein wenig den Blick weiten und in andere Länder werfen wollen. Es wurde dankenswerterweise schon die IW-Studie angeführt. Das IW ist vollkommen unverdächtig, in der Sozialismuskategorie oder der Ökospinnerebene zu sein. Von daher fragen Sie sich einmal, warum die uns auf diesem Kurs eigentlich recht geben. Wir haben sie nicht bestellt. Sie haben es uns gesagt. Wir nehmen das Urteil einfach so entgegen. Danke dafür.

Wir können uns aber die Länder konkret anschauen. In Schleswig-Holstein – schwarz-gelb regiert – sinkt die Nettokreditaufnahme im Jahr 2012 um 17 %, der Finanzierungssaldo um 25 %. In Hessen – ebenfalls schwarz-gelb regiert – sinkt die Nettokreditaufnahme im Jahr 2012 um 33 %, der Finanzierungssaldo um 38 %.

Die Vergleichszahlen aus Rheinland-Pfalz dazu: Nettokreditaufnahme minus 39 %, Finanzierungssaldo minus 45 %.

Jetzt fragen Sie noch einmal nach sinnvollen Vergleichen. Frau Klöckner, wenn Sie, momentan nicht anwesend, aber wenigstens aus dem Protokoll – – –

(Frau Klöckner, CDU: Doch, doch!)

– Ah, dahinten. Gut, das ehrt Sie. Entschuldigen Sie, ich habe in die erste Reihe geschaut. Da habe ich Sie erwartet. Entschuldigen Sie. Dann hören Sie nun.

Wenn Sie die Vergleiche mit anderen Landeshaushalten anführen, dann bringen Sie lauter Länderhaushalte aus dem Osten der Republik, die 25 % ihres Budgets aus dem Länderfinanzausgleich erhalten. Dann erklären Sie doch bitte auch, dass Sie in dem Moment Äpfel und Birnen miteinander vergleichen, weil so geht das nicht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, es ist insgesamt wenig glaubwürdig, wenn Sie uns hier erzählen wollen, dass Sie wirklich das alles besser machen. Ich finde, wir haben im Ländervergleich kein adäquates Beispiel dafür gefunden. Ich habe hier – das finde ich das Entscheidende – auch im Plenum wenig Überzeugendes dazu gehört.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Nun kommen wir zu den Erwartungen, die man an eine Opposition hegen kann, und an eine so große Oppositionsfraktion im Besonderen. Wir haben heute alle ein bisschen gespannt auf die Vorschläge und Konzepte der CDU-Fraktion in diesem Hause gewartet.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Selbst das haben Sie nicht verstanden!)

Ich, aber wahrscheinlich nicht nur ich, muss sagen, bin einmal mehr von dieser CDU in diesem Hause enttäuscht worden; denn es war wenig Konkretes zu vernehmen. Das Konkrete, das Sie hier aufgeführt haben, war bei der summarischen Betrachtung schlicht und ergreifend ungenügend, Frau Klöckner. Das war schlicht und ergreifend ungenügend.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir müssen uns in der Bewertung auf das verlassen, was Sie hier vorgetragen haben. Sie haben noch Zeit im kommenden Prozess, es in Einklang mit dem zu bringen, wie Sie tatsächlich handeln und vor allen Dingen, was Sie vor Ort sagen und was wir dann gelegentlich der Presse entnehmen dürfen. Da gilt einmal mehr nach Adolf Kühn für diese CDU-Fraktion: „Solide und transparent, wahr und klar, wie Haushaltspolitik zu sein hat, ist das nicht, sondern sprunghaft, windig, wirr, unüberlegt und nicht ganz seriös.“ – Sehr gut.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich will das auch einmal an dem illustrieren, was wir heute Morgen von Frau Klöckner zu vernehmen hatten.

Erstens: Falsche Sachverhalte. – Da war dann einiges dabei. Sie haben Sachverhalte benannt, beispielsweise in der Höhe der Fragestellung, wie denn das mit dem Ministerium einzuschätzen sei. Sie kennen die Zahlen. Sie wissen es besser, Frau Klöckner. Trotzdem verbreiten Sie es draußen.

Ich gebe Ihnen die Gelegenheit, im Rahmen der Haushaltsberatungen das zu erörtern und klarzuziehen, und dann bitte nicht mehr mit diesem Unsinn die Leute draußen „schalü“ zu machen und ihnen Sand in die Augen zu streuen. Das klären wir bitte im Rahmen der Erörterungen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Nächster falscher Sachverhalt: Ich war nie finanzpolitischer Berater der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich war Vorstandsreferent und Geschäftsführer. Mein Kollege war damals Markus Hebgen. Der arbeitet heute nicht mehr bei Ihnen.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD –

Pörksen, SPD: Vor allem nicht mehr für sie!)

Ich habe nie die Haushaltsreden für Frau Ise Thomas geschrieben. Das hat Frau Ise Thomas selbst gemacht.

(Ministerpräsident Beck: Herr Kollege,
aber wirksam ist er noch!)

– Das ist auch eine Form von Nachhaltigkeit, aber nicht die, die die CDU haben wollte.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Sie haben die Behauptung aufgestellt, der Rechnungshof habe vorgeschlagen, keine Entlastung für die Landesregierung für das Jahr 2009 vorzunehmen. Ich bin unverdächtig. Wir waren damals nicht Mitglied des Parlaments, schon gar nicht Mitglied der Landesregierung. Der Rechnungshof hat dies nicht vorgeschlagen.

Sie haben ausgeführt, die Rechnungsprüfungskommission habe in ihrer Vorlage des Berichts vorgeschlagen, die Entlastung für die Landesregierung zu verweigern.

(Bracht, CDU: Hat sie nicht gesagt!)

Die Rechnungsprüfungskommission hat zu keinem Zeitpunkt gesagt oder auch nur angedeutet, dass man die Entlastung verweigern soll.

(Ministerpräsident Beck: Das hat sie
ausdrücklich gesagt! –

Bracht, CDU: Ausdrücklich nicht!)

– Herr Bracht, vor Ihrer künstlichen Aufregung – Sie regen sich ja immer so gern auf, weil Ihnen die Sachargumente fehlen – schauen wir ins Protokoll. Dann werden wir sehen, was gesagt worden ist.

(Ministerpräsident Beck: Ausdrücklich!)

Im Zweifel nehme ich mich gerne zurück, aber da schauen wir ins Protokoll, Herr Bracht. Jetzt hören Sie auf, sich aufzuregen.

(Ministerpräsident Beck: Ausdrücklich hat sie das gesagt!)

Meine Damen und Herren, bei der Nachhaltigkeit geht es aber auch um die Stärkung von in die Zukunft weisenden Ausgaben.

(Bracht, CDU: Ausdrücklich nicht!)

Meine Damen und Herren, da setzt dieser Haushaltsentwurf klar die richtigen Schwerpunkte; denn wir gestalten Zukunft und verwalten nicht die Vergangenheit. Wir gestalten Zukunft, indem wir im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energiewende Ausgaben Schwerpunkte setzen.

Mein lieber Herr Schreiner, wenn Sie meinen, das alles sei auch mit einer Stabsstelle in der Staatskanzlei zu erledigen, dann unterscheiden wir uns von Ihnen ganz eindeutig in dieser Auffassung. Aber auch das, was da getan wird und mit welchem Umfang es getan wird, können wir bei der Beratung des Einzelplans des Wirtschaftsministeriums gern erörtern. Darum werden wir ganz besonders die Ausgabenbereiche von Energieagenturen steigern. Deswegen werden wir in dem Bereich weitere Schwerpunkte setzen.

Wir gestalten Zukunft, indem wir bei der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung weiter stärker investieren. Dafür stehen 436 bzw. 465 Millionen Euro für die Kindertagesstättenstruktur in den Jahren 2012 und 2013 zur Verfügung. Dass diese Politik fruchtet – auch das ist heute schon einmal gesagt worden, ich will es gern noch einmal wiederholen –, sieht man an dem Ländervergleich über die Frage der Kindertagesstättenversorgung der bundesdeutschen Flächenländer. Da steht Rheinland-Pfalz nämlich ganz weit vorn. Das ist ein Ergebnis, das wir gern weiter verfestigen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Aber an diesem Punkt sieht man bei all Ihrer Positionlosigkeit doch endlich einmal deutliche Unterschiede zu dem, was Sie hier erzählt haben, Frau Klöckner. Frau Klöckner, Sie waren lange in Berlin. Ich weiß, das ist ein schwieriges Umfeld und ein schwieriges Raumschiff.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Man muss sich da auch nicht gänzlich von der Wirklichkeit entkoppeln. Das hat Frau Höfken auch nicht getan. Aber dass Sie so weit weg sind von den Menschen und so wenig Ahnung davon haben, was sie wirklich betrifft, das überrascht mich doch.

Sie geben doch lieber Geld dafür aus, in eine Herdprämie zu investieren, die selbst bei Ihren eigenen jungen Frauen nicht beliebt ist, weil jeder weiß, dass es eigentlich eine versteckte Investition für Flachbildschirme ist. Wir geben lieber etwas aus für eine gute Infrastruktur,

die Menschen etwas bringt, meine Damen und Herren. Das ist unser Ziel.

(Starker Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir gestalten Zukunft, indem wir für die ökologischen Herausforderungen die Finanzierung sichern und ordentliche Rahmenbedingungen schaffen. Darum werden wir mit einem Wasser-Cent und auch mit einer Rohstoffabgabe ökologische Steuerungswirkung und Mehreinnahmen für den Landeshaushalt gleichermaßen verwirklichen. Das ist zukunftsgerichtet.

Jetzt kommen wir zu Ihren Ausgabenschwerpunkten. Sie haben bislang jedem – und ist sage wirklich „jedem“ – Vorschlag, den diese Landesregierung zur Konsolidierung eingebracht hat, hier nicht zugestimmt. Bei den Katasterämtern mögen Sie hier mit halber Hand zugestimmt haben, vor Ort hat sich jeder Ihrer Abgeordneten hingestellt und gesagt: aber nicht mein Katasteramt. –

Das ist die unverantwortliche Politik. Das hat Herr Beck schon benannt. Das hat Herr Kühl schon benannt. Das ist genau das, was Ihre Vorschläge beinhaltet, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich weiß aber, was Sie wollen. Sie haben in Ihrer schönen Hunsrück-Konferenz festgelegt, dass Sie eine dauerhafte Bezuschussung des Flughafens Hahn aus Steuermitteln wollen. Meine Damen und Herren, herzlichen Glückwunsch! Sind das die Investitionen und die Strukturen, von denen Sie die Zukunft erhoffen? Wenn Sie auf diesem Weg sind, dann sind Sie meines Erachtens auf einem falschen Weg. Das unterscheidet uns voneinander, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie haben beim Thema „Infrastruktur“ auch keinen Plan. Aber was Sie wissen, ist, dass Sie auf jeden Fall immer mehr wollen. Da sind Sie sich immer einig. Ich finde es löblich, dass Herr Kollege Schreiner den demografischen Wandel ebenso wie der Finanzminister angesprochen hat. Das ist ein wichtiges Thema. Das sollten wir weiter verfolgen. Darüber diskutieren wir gern.

Sie haben aber keinen Plan davon, wie Sie Straßeninfrastruktur erhalten. Wir hingegen sagen klar, unser Schwerpunkt ist der Erhalt der guten Struktur und eine punktuelle Verbesserung. Das ist der Unterschied. Das sind Ihre Schwerpunkte. Das unterscheidet uns, meine Damen und Herren von der CDU.

Wir investieren in Köpfe, in intakte Umwelt und in zukunftsfähige und innovative Wirtschaft. Sie investieren lieber in Beton und halten an jeder noch so überkommenen Struktur fest, meine Damen und Herren. Das ist der Unterschied. Das ist hier wenigstens klargeworden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Dieser Haushalt bietet Transparenz; denn er stellt den Liquiditätspool auf eine saubere, den Vorgaben des Rechnungshofes entsprechende Grundlage. Der Finanzminister hat es gestern ausgeführt. Ich bin dem Finanzminister auch ausdrücklich dankbar für den Hinweis, den er in die Richtung gegeben hat, dass die Ausführungsbestimmungen in Abstimmung mit dem Haushalts- und Finanzausschuss erlassen werden. Ich finde, genauso gehört sich das im Umgang miteinander.

Das Landeshaushaltsgesetz enthält darüber hinaus eine ausführliche Darstellung, in welcher gesamtwirtschaftlichen Lage wir uns befinden. Zur Transparenz eines Haushalts gehört dazu, dass wir in einer Zeit, in der sich die Halbwertszeiten von Prognosen deutlich verkürzen, eine sehr offene und transparente Diskussion darüber führen, was mögliche Einflussfaktoren sind und welche wir davon beeinflussen können. Es gehört auch dazu, auf Gefährdungslagen, die möglicherweise bestehen, hinzuweisen. Das ist ein kluger und transparenter Weg, den wir gehen.

Wir beraten außerdem gemeinsam mit dem Haushaltsentwurf auch die mittelfristige Finanzplanung. Deshalb hat die Landesregierung zusätzlich einen Entwurf bis 2020 – das ist etwas, was weit über jede gesetzliche Verpflichtung hinausgeht – und eine langfristige Projektion vorgelegt, die Planungssicherheit gibt und uns auch klar einschätzen lässt, wo wir langfristig stehen wollen. Ich finde, auch das ist ein starker Beitrag zum Thema „Transparenz“ eines Haushalts.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Der Haushalt bietet Verlässlichkeit. Er bietet dies in seinen Haushaltsberatungen vor allen Dingen den Menschen in Rheinland-Pfalz, die von möglichen Ausgaben- und Einnahmenveränderungen betroffen sein werden. Er bietet auch deshalb Verlässlichkeit, weil er die Belastungen, Einsparungen und Zumutungen langfristig planbar macht und deutlich benennt.

Wir sind uns insgesamt als Koalition unserer Verantwortung für die Beschäftigten des Landes Rheinland-Pfalz bewusst. Wir wissen auch, dass nicht alle Änderungen im Rahmen der Dienstrechtsänderungsreform unbedingt auf Beifall stoßen. Sagen wir es einmal so.

Ich habe großes Verständnis dafür, dass die Menschen mit Sorge und Betroffenheit darauf reagieren. Ich verstehe, dass die Diskussion darüber, dass sie als Einzige die Last für die Konsolidierung tragen würden, als ungerecht empfunden wird. Ich finde aber auch, dass wir es klar, frühzeitig und verlässlich signalisiert haben. Wir stehen zu unserer Entscheidung und begründen sie. Dort, wo es konkrete Veränderungen geben soll, weil wir Härten vermeiden wollen, hören wir auf die Leute und werden Änderungen anbringen.

Meine Damen und Herren, das ist etwas ganz Wichtiges. Es ist Verlässlichkeit. Das erwarten die Menschen von der Politik.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Auch hier unterscheiden wir uns von der CDU; denn Sie reden zu häufig den Menschen nach dem Mund und sagen ihnen, was sie hören wollen. In Ihren Antworten und Presseerklärungen schimmert durch, was eigentlich Ihr Plan ist.

Frau Klöckner, ich muss noch einmal auf Sie zu sprechen kommen. Sie haben in der „Allgemeinen Zeitung“ erklärt, dass Sie den Landeshaushalt dadurch sanieren möchten, dass Sie in den Ministerien Streichungen vornehmen. Abgesehen davon, dass ich mir das rein quantitativ schlecht vorstellen kann, werden Sie die Möglichkeit haben, das zu präzisieren. Es ist klar, was Ihr Vorgehen heißt. Ihr Vorgehen heißt: Rasenmäher und Kahlschlag.

Meine Damen und Herren, wir haben uns dagegen entschieden. Das kommt auch in diesem Haushalt zum Ausdruck. Unser Vorgehen heißt: prüfen, sachgerechte Lösungen entwickeln und verträgliche Umsetzungen vornehmen.

Meine Damen und Herren, per aspera ad astra – das ist unser Weg im Haushalt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wenn an dieser Stelle – Herr Schreiner hat dieses Argument immer wieder gern aufgegriffen, weil er die Brutobewegungen nicht verstanden hat oder nicht einrechnen möchte, welche Effekte wir davon in unserem Haushalt haben – beklagt wird, wir würden im Haushalt nicht ordentlich sparen, gehört zu dieser Wahrheit auch, dass wir ein verlässlicher Partner für die Kommunen sein wollen.

Deswegen steigt natürlich mit den steigenden Steuereinnahmen die Verbundmasse, aus der wir den kommunalen Finanzausgleich mitfinanzieren. Ich habe Sie nicht so verstanden, dass Sie die kommunalen Zuweisungen verringern wollten, weil mir vor Ort immer gesagt wird, die CDU wollte noch viel mehr ausgeben. Zu dieser Wahrheit gehört, dass wir zu unseren Vereinbarungen stehen, was den kommunalen Entschuldungsfonds angeht.

Meine Damen und Herren, das ist kein Pappenstiel, was wir dort alles ausgeben werden. Der Herr Ministerpräsident hat die Zahlen bereits referiert. Ich erspare mir die Wiederholung. Auf uns können sich die Kommunen in Rheinland-Pfalz verlassen. Wir wissen, dass dieser Weg schwierig ist und lange dauert, weil wir die Verträge über 15 Jahre geschlossen haben. Dennoch sind wir bereit, ihn konsequent zu gehen und unseren Teil des Vertrags konsequent zu erfüllen und dafür auch das entsprechende Geld auszugeben.

Meine Damen und Herren, wenn Sie das kritisieren, dann sagen Sie bitte immer dazu, dass Sie an dieser Stelle das Geld nicht ausgeben wollen. Dann kritisieren Sie bitte nicht, in welcher finanziellen Lage sich die Kommunen in fünf oder zehn Jahren befinden werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich will ausdrücklich würdigen, dass der Herr Kollege Schreiner in seiner Rede darauf eingegangen ist, was der Finanzminister bereits gestern ausgeführt hat, nämlich dass wir die Auswirkungen des demografischen Wandels stärker berücksichtigen müssen. Ich finde, das ist eine zentrale Debatte, weil eine zentrale Säule der Einnahmen des Landes Rheinland-Pfalz, die Einkommensteuer und andere davon abgeleitete Steuern, zu erodieren droht. Darum ist es eine Frage, wo wir uns in fünf, zehn oder 15 Jahren befinden.

Ich würde in konstruktivem Ton darum bitten, dass wir solche Diskussionen stärker bei den Beratungen des Haushalts führen und diesen Aspekt immer mitführen. Wir müssen uns auch immer alle selbst vergewissern – das gilt für alle Fraktionen –, was dies für unsere Forderung nach Mehrausgaben in bestimmten Bereichen bedeutet. Ich finde eine Debatte über die Infrastruktur sehr spannend.

Darum ist unser Weg, dass wir die Infrastruktur, die wir in Rheinland-Pfalz haben, sichern und erhalten und nicht immer noch obendrauf geben wollen. Allerdings müssen wir uns fragen, was davon morgen noch zu verwenden ist.

(Vereinzelt Beifall bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich könnte noch viel über die Konsolidierungsstrategie reden. Ich will es Ihnen im Weiteren ersparen. Ich nehme an, dass wir das innerhalb der Debatte noch erörtern können, die wir führen werden.

Meine Damen und Herren, wir haben ein klares Konzept für eine Konsolidierung und klare Konzepte für Einsparungen, Effizienzsteigerungen und Einnahmeerhöhungen vorgelegt. Wo, wie und warum wir das tun, haben wir stets begründet. Mit welcher Perspektive wir das weiterverfolgen, geht in weiten Teilen aus dem Haushaltsentwurf hervor. Wir folgen weiterhin der klaren Leitlinie. Wir gestalten die Haushaltspolitik nachhaltig, transparent und verlässlich.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Weiland von der CDU-Fraktion das Wort.

Sie haben noch drei Minuten Redezeit.

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben mich zum Vorsitzenden der Rechnungsprüfungskommission gewählt. In dieser Eigenschaft kann ich immer nur die aufmerksame Lektüre der Rechnungshofberichte empfehlen, und zwar Wort für Wort und Seite für Seite.

Wenn man das tut, kommt man zu dem Ergebnis, dass im Bericht des Landesrechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung 2008 der Satz steht: Gegen die Bestätigung der Landeshaushaltsrechnung bestehen keine Einwendungen. – Wenn man dann den Bericht des Landesrechnungshofs für die Landeshaushaltsrechnung des Jahres 2009 aufmerksam liest, wird man feststellen, dass dieser Satz „Gegen die Bestätigung der Landeshaushaltsrechnung bestehen keine Einwendungen“ in diesem Bericht des Rechnungshofs nicht steht.

(Beifall der CDU)

Das muss man nicht überbewerten.

(Beifall der CDU)

Man kann es aber erstens wahrnehmen, und man sollte es zweitens ernst nehmen;

(Beifall der CDU)

denn man sollte nicht davon ausgehen, dass der Rechnungshof den Satz einfach vergessen hat.

(Beifall der CDU)

Man sollte davon ausgehen, dass sich der Rechnungshof etwas dabei gedacht hat. Wenn wir schon beim Rechnungshof sind, dann führt eine aufmerksame Lektüre der Texte des Rechnungshofs auch zu dem Zitat: Nachhaltiges Ziel – ich füge hinzu, der Haushaltspolitik der Landesregierung – muss es sein, zunächst die Ausgaben nicht stärker wachsen zu lassen als die Einnahmen ohne Kredite. –

(Beifall der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Das ist der Grundsatz der Haushaltsberatungen. Wir werden den Finger immer wieder in die Wunde legen.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Kühl)

– Herr Minister, auch wenn Sie hier rummotzen, wird das nicht besser. Das strukturelle Problem seit 20 Jahren dieser Haushaltspolitik ist, dass wir immer 2 Milliarden Euro mehr ausgeben, als wir einnehmen.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Das ist eine Kurzintervention
auf den Kollegen Steinbach! –
Zurufe von der SPD)

Jetzt wollen Sie den Konsolidierungspfad beschreiten. Sie geben 2013 1,4 Milliarden Euro und im Jahr 2013 1,2 Milliarden Euro mehr aus, als Sie einnehmen. Wo ist hier die Änderung Ihrer Haushaltspolitik? Das werden wir Sie in den anschließenden Beratungen fragen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Ich möchte grundsätzlich darauf hinweisen, dass Kurzinterventionen nicht allgemein in die Debatte gehören,

sondern auf die vorhergehende Rede Bezug nehmend sind. Das war am Anfang so, aber am Schluss war es ein Dialog mit dem Finanzminister.

Es liegt noch eine Wortmeldung von Frau Demuth von der Fraktion der CDU vor. Frau Demuth, Sie haben das Wort.

Abg. Frau Demuth, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Wansch, ich möchte noch kurz auf Sie eingehen. Ich habe es in der Zeit leider nicht mehr geschafft, die Kurzintervention dazwischen zu bringen. Deshalb nutze ich jetzt noch die Redezeit.

Ich freue mich und fühle mich fast schon ein bisschen geehrt, dass Sie Ihre Ausführungen an meinen Äußerungen, die ich im Mai gemacht habe, festmachen. Ich freue mich, dass ich in Ihrer Rede offensichtlich eine so große Rolle spiele, dass Sie es für bemerkenswert halten, auf mich einzugehen.

Danke schön.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Kommt nicht wieder vor!)

Herr Wansch hat das sehr schön gemacht. Es hat mich gefreut. Ich finde hier öfter Beachtung, deshalb möchte ich jetzt auch einmal darauf eingehen.

Als Mitglied der jungen Generationen kann ich mit meinen 29 Jahren sagen, dass ich als junge Mutter durchaus der Meinung bin, dass auch die junge Generation – davon habe ich viele Rückmeldungen – bereit ist, sich durch Sparen und Mittun in unsere Gesellschaft einzubringen, und wir durchaus bereit sind, unseren Beitrag zu leisten. Darauf gründen auch meine Vorschläge, die Sie so schön zitiert haben, die ich nach wie vor unterstütze und für die ich auch stehe.

Ich freue mich, dass ich Mitglied einer großen Volkspartei bin, meine Meinung in meiner Partei offen vorbringen kann und diese dort gehört wird.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: Sehr bedenklich,
dass man das betonen muss! –
Unruhe im Hause)

Selbst bei den Nachbarparteien stößt man auf Gehör. Das ist schön.

(Unruhe im Hause)

Wenn Sie jetzt wieder zur Ruhe finden, würde ich gerne meinen kurzen Beitrag beenden.

Ich glaube, dass wir, wenn wir wirklich Schulden abbauen und die nächsten Generationen mitgestalten wollen, ein bisschen mehr tun müssen, als heute oder vorgestern schon eingebracht worden ist. Deshalb stehe ich nach wie vor dazu, dass wir offen diskutieren, wie wir weiter die verschiedenen Gruppen in unserer Gesellschaft einbinden können, und freue mich auf den zukünftigen Dialog mit Ihnen.

(Beifall der CDU und des Abg. Köbler,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich bedanke mich für die Debatte und schließe die Sitzung.

Ich lade Sie zur nächsten Plenarsitzung am Mittwoch, den 7. Dezember 2011, ein und stelle fest, dass der Gesetzentwurf an den Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung der Fachausschüsse überwiesen wird.

Herzlichen Dank.

Ende der Sitzung: 14:23 Uhr.